UNIVERSITY OF TORONTO
3 1761 01525090 5

Christlichsociale Arbeiter-
schaft Österreichs. Parteitag
9th; Wien, 1911
Protokoll über die Verhand-
lungen

JN
1999
C5A44
1911

Protokoll

über die

Verhandlungen des IX. Parteitages der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs.

Abgehalten am 8., 9. und 10. September 1911 in Wien.

Preis 80 Heller.

Protokoll

über die

Verhandlungen des IX. Parteitages der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs.

Abgehalten am 8., 9. und 10. September 1911 in Wien.

Tagesordnung:

1. **Konstituierung** und Wahl der Ausschüsse.
2. **Bericht der Parteivertretung.** Referent: Landtagsabgeordneter Adolf Anderle.
3. **Parlamentarischer Bericht.** Referent: Landtagsabgeordneter Leopold Kunschak.
4. **Wahl der Parteivertretung.**
5. **Die Ergebnisse der Reichsratswahlen.** Referent: Dr. Franz Hemala.
6. **Unsere Taktik.** Referent: Franz M. Bittner.
7. **Die Sozialversicherung.** Referent: Dr. Karl Drexel.
8. **Jugendorganisation.** Referent: Christian Fischer.
9. **Die Bekämpfung der Wohnungsnot.** Referent: Landtagsabgeordneter Franz Spalowsky.
10. **Anträge und Resolutionen.**

Wien 1912.

Verlag der Parteivertretung, Wien, 7. Bezirk, Kaiserstraße 8.
Druck: Wiener Graphische Anstalt (Christl. Arbeiterdruckerei), 1. Bez., Ebendorferstraße 8.

JN
1999
C5A44
1911

Erster Verhandlungstag.

Freitag, den 8. September 1911.

Vormittagssitzung.

Abg. Leopold **Kunschak** eröffnet die Tagung um 9 Uhr mit folgender Ansprache:

„Sehr verehrte **Delegierte**! Namens der Parteileitung heiße ich Sie alle, die Sie zum IX. **Parteitage** erschienen sind, herzlichst willkommen. Der IX. Parteitag hätte **nach dem** Beschlusse des vorhergegangenen Parteitages in Graz stattfinden sollen. Die Vorkommnisse anläßlich der Reichsratswahlen ließen es aber opportun erscheinen, daß der Parteitag nicht in Graz, sondern in Wien abgehalten wird. Das Grazer Lokalkomitee hat gleichfalls den Wunsch ausgesprochen, diesmal von Graz Abstand zu nehmen und den Parteitag in Wien abzuhalten. Der Parteitag, der diesmal zusammentritt, hat nicht nur hochwichtige und sehr ernste, sondern wohl die wichtigsten und ernstesten Angelegenheiten zu beraten, die je auf einem Parteitage zur Diskussion gestanden sind. Es haben die politischen Verhältnisse eine Veränderung erfahren, durch welche naturgemäß die Stellung der Arbeiterschaft außerordentlich stark berührt erscheint und es ist notwendig, daß wir rechtzeitig mit aller Klarheit und Entschiedenheit unsere Stellungnahme präzisieren und dadurch zunächst der Öffentlichkeit bekanntgeben, daß wir gewillt sind, auch weiterhin in unbeugsamer Treue für die christlichsozialen Ideale einzustehen, aber auch ihren Anhängern selbst zu zeigen, daß Verzweiflung und Mutlosigkeit noch lange nicht in die Reihen der christlichsozialen Arbeiterschaft Eingang finden wird. Wenn es uns dabei gelingen sollte, ein gutes Beispiel zu konstruieren für diejenigen Parteigenossen, die im bürgerlichen Lager stehen, so soll das uns mit aufrichtiger Freude erfüllen. **Ich heiße** Sie nochmals willkommen und begrüße den Reichsrats**abgeordneten** Franz Fuchs, die Landesausschüsse Bielohlawek und Regierungs**rat Sturm**, sowie die Herren Abgeordneten Dr. Drexel und Kennerknecht aus Vorarlberg. Entschuldigungsschreiben haben gesendet Durchlaucht Prinz Liechtenstein, Exzellenz Dr. Ebenhoch, Oberkurator Steiner, Gemeinderat Rykl und Kollege Bierbaumer, der Vertrauensmann des Viertels unterm Wienerwald, der durch Krankheit am Erscheinen verhindert ist.

Bevor wir in die Beratungen selbst eingehen, obliegt mir eine traurige Pflicht. Als wir vor zwei Jahren hier in diesem Saale versammelt waren, da langte vom Krankenbette unseres Führers Dr. Lueger ein Schreiben ein, das, in herzlichen Worten abgefaßt, uns tief empfundene Grüße entbot und in seinem Inhalte selbst in klarer und präziser Weise das christlichsoziale Programm und dessen Liebe und Solidarität zu den christlichen Arbeitern feststellte. Brausender Jubel hat damals dieses Schreiben — es war eines der letzten Handschreiben unseres Bürgermeisters —

begrüßt und hat sicherlich helle Flammen der Begeisterung und der Liebe nicht allein zu diesem Manne, sondern auch zu den von ihm vertretenen Grundsätzen in den Herzen aller Delegierten entfacht. Nunmehr ist längst ein Jahr verflossen, daß man Dr. Lueger von der Stätte seiner Wirksamkeit hinausgetragen hat auf die Stätte der Toten, wo ewiger Friede ihn umschließt, ewige Ruhe ihn umgibt, ihn, der in seinem Leben aus Liebe zu seinem Volke sich auch nicht eine Stunde der Ruhe gegönnt hat. Was Dr. Lueger den christlichsozialen Arbeitern war, ist zu einem anderen Zeitpunkt bereits ausgesprochen worden. Er war uns ein aufrichtiger, mit Rat und Tat stets gerne zur Seite tretender Freund. In den schwierigsten Situationen hat er immer unsere Sache in seiner Eigenart vertreten und manchen glänzenden Erfolg haben wir seinem Eingreifen zu verdanken. Ich darf erinnern an die Jugendtage unserer Arbeiterbewegung, an ihre Kindestage, an jene Zeit, wo die Sozialdemokraten glaubten, unsere Bewegung brutal niedertreten zu können. Da war es niemand geringerer als der damalige Dr. Lueger, der an die Seite der christlichsozialen Arbeiter getreten ist und durch seine Teilnahme an den ersten Versammlungen, insbesondere an der berühmten Mandlversammlung mit Selbstlosigkeit und großem Opfermut uns geholfen hat, durch den sozialdemokratischen Terrorismus hindurch den Weg zu bahnen, den Weg, der uns die Bahn freigab zur weiteren Entwicklung. Und wenn heute die Arbeiterbewegung mächtig und achtunggebietend dasteht, kann sie nie und nimmer in ihrer Geschichte vergessen der Mitarbeit, die Dr. Lueger geleistet hat. Bis in die letzten Tage hinauf war Dr. Lueger ein warmer Freund der Arbeiter. Als es galt, das allgemeine Wahlrecht zu erkämpfen, da war er es, der die große Versammlung vor dem Rathause inszenierte und sich mit Leidenschaftlichkeit und heiligem Eifer dafür einsetzte, daß auch den Arbeitern ihr Anteil an der Verwaltung des Staates gegeben werde. Und als den Arbeitern das Wahlrecht errungen war und es galt, die Arbeiter praktischen Nutzen davon ziehen zu lassen, da war es wieder er, der bei der Aufstellung der Kandidaten allen Widerstand besiegte und mit seiner ganzen Persönlichkeit dafür eintrat, daß den christlichsozialen Arbeitern ihr Anteil an den Kandidaturen der christlichsozialen Partei in aussichtsvollen Bezirken gesichert werde. So haben wir bei den Reichsratswahlen im Jahre 1907 den Erfolg, daß christlichsoziale Arbeitervertreter trotz aller Schwierigkeiten, die aus bürgerlichen Kreisen bereitet wurden, ins Parlament eingezogen sind, seiner Tatkraft, seiner Einsicht und seiner Liebe zu den Arbeitern zu danken. Was wir an Dr. Lueger verloren haben, das haben uns die Ereignisse der letzten Zeit gelehrt. Unter Dr. Lueger hätte es nicht eine Stunde lang eine so unverdiente und kränkende Behandlung der christlichsozialen Arbeiter gegeben, wie in den letzten Wochen und Monaten. Wir werden daher dem Dr. Lueger als Arbeiter und in Rücksicht auf seine Stellungnahme zu uns stets das ehrendste Andenken bewahren, ein Andenken, das nicht in Phrasen und leeren Kundgebungen besteht, das darin seinen Ausdruck finden soll, daß wir trotz aller Widrigkeiten und Schwierigkeiten treu bleiben der Fahne, die seinen toten Händen entsunken ist und diese Fahne vor Beschmutzung, vor Niederlagen bewahren. In dem Fortbestand der christlichsozialen Idee, in der Fortentwicklung derselben werden wir Arbeiter durch unsere Mitarbeit Dr. Luegers herrlichstes und dauerndstes Denkmal setzen. Nunmehr erkläre ich den IX. Parteitag für eröffnet."

Hierauf begrüßte Landesausschuß Hermann **Bielohlawek** den Parteitag und beglückwünschte die christlichsoziale Arbeiterschaft zu ihrem unentwegten Festhalten an den christlichsozialen Prinzipien in einer Zeit, wo es viele Leute gibt, die nicht mehr wissen, ob sie rechts oder links gehen oder in der Mitte bleiben sollen.

Sodann wurde die Wahl des Präsidiums vorgenommen. In dasselbe wurden gewählt: GR. Preyer (Wien), Schernthanner (Salzburg) und Peschke (Freiwaldau) als Vorsitzende, weiters Kolb (Wien), Goldbacher (Leoben), Scholz (Wigstadtl) und Junghofer (Wien) als Schriftführer. Ferner wurden gewählt: in die Wahlkommission die Delegierten GR. Gohout, Friedrich (Wien), Bachinger (Salzburg) und Höretzauer (Waidhofen a. d. Ybbs) und in die Mandatsprüfungskommission die Delegierten Plischke, Appel (Wien), Gröpelbauer (Wels) und L.-Abg. Kennerknecht (Bregenz).

R.-Abg. Franz **Fuchs** begrüßte den IX. Parteitag namens der christlichsozialen Vereinigung des Abgeordnetenhauses und äußerte den Wunsch, daß die christlichsoziale Arbeiterschaft so wie bisher die Kerntruppe der Partei sein möge.

Vorsitzender **Preyer** bringt sodann die Geschäftsordnung zur Verlesung, die ohne Debatte zur Annahme gelangt.

Hierauf gelangte folgender Dringlichkeitsantrag der Stadtorganisation zur Verhandlung:

„Die Preise der Lebensmittel, der täglichen Bedarfsartikel und der Wohnungen haben in den letzten Wochen eine Steigerung erfahren, die als unerträglich bezeichnet werden muß. Nicht allein unerträglich sind diese Preissteigerungen, sie sind auch völlig unberechtigt, sie sind eine unerhörte, von unersättlicher Profitwut diktierte Bewucherung der Bevölkerung.

Indem der Parteitag in schärfster Weise gegen dieses System der Volksausbeutung protestiert und Staats-, Landes- und Gemeindeverwaltungen mit erhöhtem Nachdruck zu energischer Pflichterfüllung auffordert, stellt er die Unzuverlässigkeit des neuen Abgeordnetenhauses als Beschützer der Volksinteressen fest.

Während das alte Abgeordnetenhaus unter dem Einflusse der christlichsozialen Partei, um Erleichterungen in der Fleischfrage zu erzielen, die teilweise Öffnung der rumänischen und der serbischen Grenze sowie die Einfuhr argentinischen Fleisches durchzusetzen vermochte, ist unter der Herrschaft des neuen Abgeordnetenhauses trotz weiterer Verschärfung der Fleischnot die Einfuhr argentinischen Fleisches verboten worden und haben zudem die großkapitalistischen Kartelle, von dieser Volksvertretung keine Behinderung befürchtend, geradezu wahnwitzige Preiserhöhungen diktiert.

Mit der Lüge, „die Christlichsozialen sind schuld an der Teuerung", und mit dem Versprechen, daß alle Not ihr Ende finden werde, wenn nur die Kandidaten der freisinnig-sozialdemokratischen Koalition in das neue Haus gelangen, hat diese Koalition ihre Siege erfochten.

Nun der christlichsoziale Einfluß im Parlamente gebrochen und die freisinnig-sozialdemokratischen Sieger die Herrschaft errungen haben, verbietet die Regierung die weitere Fleischeinfuhr, diktieren die Kartelle, frecher und unverschämter als je zuvor, dem Volke unerschwingliche Wucherpreise. Die Versprechungen des Wahlkampfes sind vergessen, der freisinnig-sozialdemokratische Volksverrat feiert seine Orgien, das Volk sieht sich belogen.

Statt zur Bekämpfung der wahren Schuldigen zu schreiten, gefällt sich das freisinnig-sozialdemokratische Demagogentum auch weiterhin in der Rolle des Anklägers der christlichsozialen Partei, dieser die Schuld an der Not des Volkes zuschreibend.

Unter schärfster Verwahrung gegen diese verleumderische, den wahren Sachverhalt wissentlich fälschende Agitation fordert der Parteitag auf zu rücksichtslosem Kampf gegen den Lebensmittel- und Wohnungswucher, insbesondere gegen die Kartelle und das jüdische Spekulantentum. Gleichzeitig protestiert der Parteitag gegen die wirtschaftliche Knebelung Österreichs durch die ungarischen Machthaber und erwartet, daß sich die öster-

reichische Regierung endlich einmal zu einer energischen Wahrung der österreichischen Interessen aufraffen wird".

Dieser Antrag wurde ohne Debatte einstimmig angenommen.

Ebenso wurde folgender Dringlichkeitsantrag der Delegierten **Haider** und Genossen einstimmig angenommen:

„Der IX. Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs spricht den mitten in einem schweren wirtschaftlichen Kampfe stehenden Eisenbahnern Österreichs seine wärmste Sympathie aus und gibt der Erwartung Ausdruck, daß sowohl die k. k. Regierung als auch das Abgeordnetenhaus alles aufbieten werden, um den berechtigten Forderungen des Eisenbahnpersonals volle Rechnung zu tragen."

Hierauf erstattet L.-Abg. **Adolf Anderle** den

Bericht der Parteivertretung.

Abgeordneter **Anderle**: Geehrter Parteitag! Namens der Parteivertretung habe ich die Ehre, folgenden Bericht zu erstatten:

Aus der vom letzten Parteitage gewählten Parteileitung ist ein Mitglied, Herr Germ, ausgeschieden, an seine Stelle wurde Landtagsabgeordneter Spalowsky kooptiert. Die Parteivertretung hat in den Berichtsjahren 39 Sitzungen abgehalten, von welchen zwei beschlußunfähig waren. An Einlauf waren 525 Stücke zu verzeichnen, der Auslauf weist 349 Stücke mit 3641 Expeditionen aus. Was die Frage der Entsendung von Referenten anbelangt, so ist den Bitten der einzelnen Organisationen nach Möglichkeit entsprochen worden. Während der Wahlen waren selbstverständlich unsere Referenten in der Provinz und Wien stark in Anspruch genommen. Im Jahre 1909 fand, so wie in den früheren Jahren, ein sozialer Kurs statt, welcher gut besucht war und an Erfolg den vorausgegangenen nicht zurückblieb. Weiters hat die Parteivertretung die Gründung des „Reichsbundes der christlichen Arbeiterjugend Österreichs" durchgeführt, welchen sie aus bekannten Gründen zu schaffen gezwungen war. Ich will hier über die Ursachen der Gründung nicht sprechen, weil ja ein eingehendes Referat über diesen Punkt erstattet werden wird.

Besonders hervorheben aber möchte ich die Gründung des „Österreichischen Arbeiterkredit". Mit dieser Gründung hat die christlichsoziale Arbeiterschaft eine Institution erhalten, welche, wenn sie von allen Organisationen benützt wird, von großer Bedeutung für unsere Gesamtorganisation sein wird. Ich kann aber noch weiters berichten, daß eine eigene Druckerei in Wien eingerichtet wurde. Und nun komme ich zu einem anderen Punkte des Berichtes: Parteibeiträge etc.

An Parteibeiträgen sind in den Berichtsjahren von Wien 1189 K, 6 h und von der Provinz 1751 K 93 h eingegangen. Hiezu muß ich leider wiederholen, was ich auf jedem Parteitage gesagt habe: die Parteibeiträge laufen fast gar nicht ein. Die im ganzen für die beiden Jahre geleisteten Beiträge stehen in keinem Verhältnis zu der großen Zahl der Organisierten, welche wir nachweisen können. Dabei möchte ich darauf hinweisen, daß wir im Verlaufe der letzten zwei Jahre zweimal an alle Organisationen Schreiben versendet haben, in welchen nicht nur ersucht wurde, die rückständigen und laufenden Beiträge zu zahlen, sondern auch empfohlen wurde, sich die Protokolle der Parteitage anzuschaffen. Ich erwähne dies deswegen, weil der Kassebericht über die letzten zwei Jahre nur 148 K für verkaufte Protokolle ausweist. Wenn Sie bedenken, daß die Herstellung eines einzigen Protokolles viele Hunderte Kronen kostet und vier solche Protokolle gedruckt wurden, diese unverkauft im Kasten liegen, trotz Briefe an die Organisa-

tionen und Empfehlungen durch die „Christlichsoziale Arbeiterzeitung", so müssen Sie zugeben, daß dies keinen Erfolg bedeutet. Wir haben die Protokolle über ausdrücklichen Beschluß der Delegierten der einzelnen Parteitage in Druck legen und uns dabei von dem Gedanken leiten lassen, daß die Delegierten, wenn sie zu ihren Organisationen zurückkehren, für den Vertrieb der Protokolle agitieren werden. Wie Sie sehen, war dies aber nicht so. Ich bitte Sie daher, für die Protokolle eifrigst Propaganda zu machen, und zwar nicht nur deswegen, um die Druckkosten hereinzubekommen, sondern vielmehr darum, damit die organisierten Mitglieder Aufschluß über die verschiedenen Fragen und Anträge, welche auf den Parteitagen verhandelt wurden, erhalten. Sie finden in den einzelnen Referaten Aufschluß über die wichtigsten Arbeiterfragen und dadurch nicht nur Gelegenheit, sich über solche Fragen zu informieren, sondern auch Gelegenheit, selbst ein Referat erstatten zu können. Eine weitere Bitte wäre die, daß die Delegierten dahin aufklärend wirken mögen, daß unsere Parteigenossen endlich einmal verstehen lernen, was Parteivertretung der christlichsozialen Arbeiterschaft, Parteitag usw. sind. Wir finden immer und immer wieder die unglaublichsten Verwechslungen. Mahnen wir um den Parteibeitrag, dann heißt es: „Wir sind ohnehin beim Reichsverband", usw. Bei richtigem Verständnis über all das unter unseren Parteigenossen würden wir auch mehr Opferwilligkeit vorfinden.

Wir leiden in der Parteivertretung insbesonders am Mangel der nötigen Geldmittel und das ist vielfach auch Grund und Ursache, daß wir unseren Aufgaben nicht besser entsprechen können. Die Berichte der Parteivertretung werden nicht besser, weil die geringen Parteibeiträge, die einlaufen, die Parteivertretung nicht in die Lage versetzen, ihre eigentlichen Aufgaben zur Durchführung zu bringen. Ich verweise Sie hier nur auf die Notwendigkeit, gerade in der jetzigen Zeit, daß die Parteivertretung endlich einmal dazukomme, was im Organisationsstatut schon lange vorgesehen ist, die Schaffung von Landes- und Bezirksorganisationen durchzuführen. Hätten wir die Mittel, solche Bezirksorganisationen zu schaffen, dann hätten wir auch eine Reihe neuer Organisationen. Es wird daher eine der ersten Aufgaben der nächsten Zeit die sein müssen, unsere Parteigenossen endlich darüber aufzuklären, was man unter christlichsozialer Arbeiterpartei versteht. Die christlichsoziale Arbeiterpartei umfaßt alle christlichen Arbeiter, welcher christlichen Arbeiterorganisation sie immer angehören mögen. Diese christlichen Arbeiter sollen in den Bezirksorganisationen vereinigt sein. Die Bezirksorganisationen können dann ihre Aufmerksamkeit auch auf kleinere Vorkommnisse richten. Auf diese Weise könnten nicht nur neue Organisationen gegründet, die bestehenden Organisationen leicht vergrößert und gestärkt werden, sondern wir würden auch erreichen, was wir so notwendig brauchen: ein einheitliches Vorgehen der christlichen Arbeiterschaft Österreichs.

Zum Punkte Presse will ich mitteilen, daß ich auch diesmal mit Freuden konstatieren kann, daß wir weitere drei neue Blätter zu verzeichnen haben: die Gewerkschaftsblätter „Einigkeit" (Organ der christlichen Fleischfelcher- und Fleischhauergehilfen), der „Telegraph" (Organ der christlichen Telephon- und Telegraphenarbeiter) und für die Jugendorganisation „Die Arbeiterjugend".

Im allgemeinen ist zu konstatieren, daß, obwohl ein Anwachsen der Mitgliederzahl in den Organisationen zu verzeichnen ist, die Verbreitung

der Presse nicht vorwärts gegangen ist. Ich bitte Sie daher eindringlich, dafür zu sorgen, daß die Organisationen erstens selbst die Blätter abonnieren und zweitens unter ihren Mitgliedern zu verbreiten suchen.

Über die Stärke unserer Organisationen in den einzelnen Kronländern bringe ich nachfolgenden Bericht zur Kenntnis. Ich bemerke hiezu, daß die einzelnen Zahlen dem Stande vom Monat Juli 1911 entsprechen.

Niederösterreich zählt zur Zeit 93 Vereine mit 19.728 Mitgliedern, von welchen 13 Vereine mit 13.787 Mitglieder auf Wien entfallen. Niederösterreich hat somit um 12 Vereine zugenommen. Die Gewerkschaften zählen in Wien 10.525 und außerhalb Wiens 4708 Mitglieder. Die Organisation ist in stetem Anwachsen begriffen.

Oberösterreich. Auch Oberösterreich verzeichnet ein Anwachsen der Organisation. Es bestehen dort 83 Organisationen mit 9074 Mitglieder; die Gewerkschaften haben 5514 Mitglieder. Die Erfolge in Oberösterreich sind auf eine starke Versammlungstätigkeit zurückzuführen.

Böhmen. Hier fehlt es noch immer an tüchtiger Agitation und Organisationsarbeit. Eine feste Organisation haben wir nur in Nordböhmen. Dort bestehen 27 Vereine mit 3243 Mitglieder. Die Gewerkschaften zählen 3624 Mitglieder. Unsere Organisationen haben dort in der deutschnationalen Arbeiterpartei einen sehr fühlbaren Gegner. Bei den letzten Reichsratswahlen wurde der Wahlkreis Rumburg-Georgswalde durch Dr. Anton Jerzabek-Wien erobert.

Mähren. Trotz der eigentümlichen Organisationsform in Mähren (es bestehen hauptsächlichst „Volksvereine", in denen die Arbeiterschaft ebenfalls organisiert ist) ist dennoch eine Zunahme von Arbeiterorganisationen zu konstatieren. Es sind in 36 Vereinen 4964 Mitglieder und in der Gewerkschaftsorganisation 3089 Mitglieder organisiert. Bei den Reichsratswahlen war die christliche Arbeiterschaft in 3 Wahlkreisen, u. zw. in den Städtewahlkreisen Olmütz, Schönberg und Neutitschein beteiligt. Auch hier wächst die deutschnationale Arbeiterpartei, allerdings unter dem Schutze der Fabrikanten, während die Sozialdemokratie keine besonderen Erfolge aufweist. Übrigens hat letztere bei den Reichsratswahlen sämtliche Mandate verloren. Im Jahre 1909 und 1910 wurden praktische soziale Kurse mit Erfolg abgehalten.

Salzburg. Hier sind 1840 Mitglieder in 30 Vereinen und 938 in den Gewerkschaften. Eine sehr starke Versammlungstätigkeit hat auch in Salzburg eine Zunahme im Gefolge, insbesondere im Pinzgau und Pongau. Im Allgemeinen wäre die Situation nicht ungünstig, doch fehlt es hier eben auch an den notwendigen Kräften. In Salzburg und Hallein wurde je ein sozialer Kurs abgehalten. Die nationale Arbeiterbewegung hängt auch hier größtenteils von den Unternehmern ab. In Betrieben, die sie besetzt halten, gehen sie gegen die christlichen Arbeiter außerordentlich terroristisch vor. Die Sozialdemokraten haben 7 freigestellte Kräfte, der Kampf derselben ist der gleiche terroristische wie früher.

Steiermark. In Steiermark ist eine allgemeine Zunahme zu konstatieren. Es sind hier in 55 Vereinen 3682 Mitglieder und in den Gewerkschaften 939 christliche Arbeiter organisiert. Die Versammlungstätigkeit war eine äußerst rege, wie auch die Beteiligung an verschiedenen Wahlen. Im Landtage besitzen die christlichen Arbeiter ein eigenes Mandat. Die Erfolge des Hauptgegners der Sozialdemokratie in

wirtschaftlicher Beziehung sind sehr geringe. Die deutschnationale Arbeiterpartei ist hier lediglich auf die Handelsangestellten beschränkt.

Kärnten. Hier sind in 20 Vereinen 1200 und in den Gewerkschaften 245 christliche Arbeiter organisiert. Die Organisation hat in Kärnten zwar nichts verloren, aber auch keine Zunahme zu verzeichnen. Die bekannten Vorfälle haben eben auch auf die Arbeiterorganisation hemmend eingewirkt. Soziale Kurse wurden in Friesach, Klagenfurt, Spittal und Wolfsbach abgehalten. Die Sozialdemokraten sind hier rastlos in der Agitation tätig. Auch in Kärnten wird das Fehlen einer freigestellten Person beklagt.

Tirol. Hiezu kann ich nur berichten, daß in 51 Vereinen 4332 und in den Gewerkschaften 3890 Mitglieder organisiert sind. Auch hier ist eine bedeutende Zunahme zu verzeichnen.

Vorarlberg. Die Organisation in Vorarlberg hat eine Zunahme von 4 Vereinen zu verzeichnen. Es bestehen 61 Organisationen mit 3600 Mitgliedern und in der Gewerkschaft sind 1104 Arbeiter organisiert. Die Versammlungstätigkeit war eine äußerst rege. Auch hier wurde ein dreitägiger Kurs abgehalten. Als Gegner kommen die Sozialdemokraten in Betracht, die jetzt bereits 2 Sekretäre angestellt haben und den Bau von Arbeiterheimen in Bregenz, Bludenz und Dornbirn planen.

Schlesien. Schlesien hat 13 Organisationen mit 1775 Mitgliedern und in den Gewerkschaften 2759 Mitglieder. Trotzdem in Schlesien unsere Organisation wenig Unterstützung findet, muß auch hier eine Zunahme festgestellt werden. Hier findet die deutschnationale Arbeiterpartei seitens der Fabrikanten und Gemeindevorstände eine kräftige Unterstützung. Kurse wurden 2 in Jägerndorf und Freudental abgehalten.

Schließlich ist noch zu berichten, daß die Gewerkschaften in Krain 289, Istrien 79, Galizien 301 und Bukowina 318 Mitglieder zählen. Insgesamt zählen somit die christlichen Arbeiterorganisationen 100.242 Mitglieder.

Geehrter Parteitag! Zu diesem Gesamtberichte will ich nur noch bemerken, daß er auf Vollständigkeit leider keinen Anspruch erheben darf. Die von den einzelnen Kronländern abverlangten Berichte weisen eben Lücken auf, die durch die schlechte Berichterstattung seitens der Organisationen entstehen. Daraus wollen Sie wieder ersehen, wie notwendig die Schulung in unseren Reihen ist. Ich bin nun am Schlusse meines Berichtes und glaube, diesen nicht besser schließen zu können, als Sie, meine Herren, nochmals dringendst zu bitten, über das Gehörte in Ihrer Heimat genau zu berichten und für die Verbreitung unserer Arbeiterpresse tätig zu sein, damit die so notwendige Aufklärung in bezug auf Agitation und Organisation unter unsere Mitglieder kommt. Trachten Sie durch eine eifrige Agitation, daß unsere Broschüren und Protokolle mehr Absatz finden, damit wir durch diese Schulung in die Kreise unserer Parteigenossen bringen. Denn, nur wenn wir unsere Reihen ebenso tüchtig geschult haben wie unsere Gegner, wird es uns gelingen, unsere Aufgaben ganz zu erfüllen. Wir werden dann unsere Gesamtorganisation ausbauen und stärken, die notwendigen Landes- und Bezirksorganisationen schaffen, und so im Interesse der christlichsozialen Arbeiterschaft wirksam arbeiten können. In diesem Sinne bitte ich, meinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Beifall.)

Vorsitzender **Preyer**: Ich erteile Herrn Appel zur Erstattung des Kassaberichtes das Wort.

Appel: Werter Parteitag! Ich erlaube mir, Ihnen den Kassabericht der Parteivertretung für die Jahre 1909/10 zur Kenntnis zu bringen.

Einnahmen:

An Parteibeitrag Wien	K 1189·06	
„ „ Provinz	„ 1751·93	
Zusammen . .		K 2940·99
Verschiedene Einnahmen		„ 813·—
Kassasaldo 1909		„ 2520·97
		K 6274·96

Die Ausgaben betragen (verliest die einzelnen Posten)

Zusammen	K 4606·26
Somit verbleiben	K 1668·70

Der Wahlfond betrug 1909 K 434·09, davon für Agitation 1911 verausgabt 400 K, verbleibt ein Rest von 34·09 K.

Ich bitte, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen.

Vorsitzender **Preyer**: Wir gehen in die Debatte über die beiden Berichte ein.

Wanker-Innsbruck: Geehrte Delegierte! Abg. Anderle hat in seinem Bericht über das mangelnde Verständnis der Mitglieder geklagt und darüber, daß die Mitglieder in der Provinz über das Wesen der Parteivertretung der Arbeiterschaft, über den Parteitag usw. nicht aufgeklärt sind. Wenn die Parteivertretung der christlichsozialen Arbeiterschaft überhaupt bestehen soll, ist es notwendig, daß sie selbständig wird und selbständige Beiträge einhebt. Für diese kleinen Beiträge, welche heute vorgesehen sind, kann doch nichts geleistet werden. Wir müssen ein Sekretariat schaffen, damit die Leute politisch besser aufgeklärt werden. Bei uns in Tirol, wo viel Konservative sind, wollen viel von einem Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft nichts wissen und sagen, daß ein solcher nicht notwendig sei. Wollen wir etwas großes leisten, dann müssen wir selbständig werden und höhere Beiträge einheben.

Bittner-Wien. Ich vermisse in dem Bericht der Parteivertretung die Schaffung des „Reichsbundes der christlichen Arbeiterjugend".

Vorsitzender **Preyer**: Der Referent Abg. **Anderle** hat das Schlußwort.

Abg. **Anderle**: Dem letzten Herrn Redner gegenüber bemerke ich, daß ich von der Gründung des Reichsbundes berichtet habe. Im übrigen habe ich nichts weiteres zu bemerken.

Vorsitzender **Preyer**: Wir schreiten zur Abstimmung: Jene der Herren Delegierten, welche mit dem Tätigkeits- und Kassabericht der Parteivertretung einverstanden sind, bitte ich, die Hand zu erheben. Ich erkläre die einstimmige Annahme. Ich erteile nunmehr Herrn Abg. **Kunschak** zu Punkt 3 der Tagesordnung „Parlamentarischer Bericht" das Wort.

Parlamentarischer Bericht.

Referent: Landtagsabgeordneter Leopold **Kunschak**:

Die Tätigkeit des Parlamentes in der Zeit seit unserem letzten Parteitage ist eine sehr minimale gewesen. Die Erklärung hiefür liegt in

den bekannten Verhältnissen, die es mit sich brachten, daß insbesondere durch die slawischen Parteien wiederholt die Aktionsfähigkeit des Abgeordnetenhauses gelähmt und die Tätigkeit desselben auf längere Perioden hinaus vollständig unterbunden war. Die christlichsoziale Partei kann für sich in Anspruch nehmen, daß sie unter diesen Verhältnissen unausgesetzt und unter großen Opfern bemüht war, dem Abgeordnetenhause die Arbeitsfähigkeit zu vermitteln und zu sichern, damit eben das Haus in die Lage versetzt sei, seinen großen Aufgaben gegenüber dem Volksinteresse gerecht zu werden und jene Hoffnungen wenigstens teilweise zu erfüllen, die die Bevölkerung in dieses Haus gesetzt hat. Wenn dieses Bemühen der christlichsozialen Partei nur von einem bescheidenen Erfolge begleitet war, so ist die Partei sicherlich von jeder Schuld hieran freizusprechen. Wenn außer den slawischen Parteien für diesen Mißerfolg noch jemand anderer verantwortlich gemacht werden kann, so sind es die Sozialdemokraten, die die ganze Zeit hindurch im Abgeordnetenhause eine überaus hinterhältige und unaufrichtige Politik betrieben haben. Sie sprachen sich wohl für die Arbeitsfähigkeit des Hauses aus und haben auch gelegentlich, wenn es gegolten hat, diese Arbeitsfähigkeit zu retten, entweder dadurch, daß sie sich der Abstimmung enthielten oder bei der Abstimmung einen Teil ihrer Abgeordneten aus dem Saale hinauskommandierten, dazu beigetragen, daß bei verschiedenen Anlässen eine günstige Mehrheit ermöglicht wurde und daß so das Haus über Schwierigkeiten hinwegkam. Man hat aber keinen Augenblick gewußt, was die Sozialdemokraten für eine Haltung einnehmen und es ist durch ihre ausschlaggebende Stärke bei den Entscheidungen des Hauses doch eine permanente Unsicherheit über das ganze Haus selbst gekommen. Die Sozialdemokraten waren an der Auflösung des Hauses direkt mitschuldig. Sie waren es ja, die im März d. J. zwar nicht durch ihren deutschen Flügel, aber dafür umso nachdrücklicher durch ihren tschechischen Flügel, an der Obstruktion sich beteiligt hatten und dadurch den Zustand der vollständigen Arbeitsunfähigkeit des Hauses herbeiführten. Es wird von mancher Seite der christlichsozialen Partei der Vorwurf gemacht, daß sie nicht energisch gegen den Plan, das Haus aufzulösen, Stellung genommen habe.

Demgegenüber konstatiere ich, daß für die christlichsoziale Partei eine Veranlassung, das Haus vor der Auflösung zu bewahren, nicht vorgelegen ist, und zwar deswegen nicht, weil das Haus in seinen bisherigen Leistungen selbst es nicht gerechtfertigt hätte, daß eine Partei mit ihrem ganzen Einfluß und mit dem Einsatze ihres Ansehens sich für dasselbe verwendet. Ich glaube, wenn die christlichsoziale Partei versucht hätte, die Auflösung des Hauses hintanzuhalten, wäre ihr das vielleicht doch gelungen. Der Erfolg, der damit erzielt worden wäre, wäre aber ein sehr fragwürdiger gewesen, es wäre das Haus vor dem Tode bewahrt worden, es wäre aber damit doch nicht lebendig geworden, es wäre sein Siechtum nur verlängert worden und dem Volke selbst wären aus der Verlängerung dieser Leidenszeit erhöhte Kosten erwachsen, ohne daß damit die Aussicht verbunden gewesen wäre, den schwer Leidenden auch wieder gesund und arbeitsfähig zu machen. Man hätte dann sicherlich der christlichsozialen Partei den Vorwurf gemacht, daß sie, besorgt um ihre Mandate, daß sie, besorgt um ihre Diäten, sich dafür eingesetzt hätte, daß das Scheinleben des Parlaments weiterhin aufrechterhalten und das Volk nicht in die Lage

versetzt worden wäre, durch Neuwahlen die Ordnung wieder herzustellen. Einen solchen Vorwurf konnte und wollte die christlichsoziale Partei nicht auf sich nehmen und sie hat daher im vollen Bewußtsein der schwierigen Situation, unter welcher Neuwahlen erfolgen mußten, im vollen Bewußtsein der ungeheuren Schwierigkeiten und Opfer, die Neuwahlen erfordern, der Auflösung des Hauses kein Hindernis in den Weg gelegt. Ich für meinen Teil knüpfe daran, daß ich die Auflösung des Hauses sogar begrüßt habe als die Beendigung eines Trauerspieles, das dem Volke ohnehin Geld und, was noch mehr bedeuten will, Zeit mehr als genug gekostet hat.

Aus der Tätigkeit des Abgeordnetenhauses selbst will ich nur einige wenige Hauptfragen herausgreifen und die Stellungnahme der christlichsozialen Abgeordneten, vor allem die Stellungnahme der paar Abgeordneten, die als Arbeitervertreter ins Abgeordnetenhaus eingezogen sind, beleuchten.

Ein großes Problem wurde in das Abgeordnetenhaus gebracht durch zwei Anträge, von welchen der eine durch die christlichsozialen Arbeitervertreter schon zu Beginn der Tätigkeit des Hauses im Jahre 1907 und nach der erfolgten Schließung neuerlich eingebracht wurde. Dieser Antrag forderte für alle industriellen und gewerblichen Unternehmungen einen

Normalarbeitstag

im Ausmaße von 10 Stunden, für alle gesundheitsschädlichen und kontinuierlichen Betriebe den Achtstundentag. Der von den Sozialdemokraten eingebrachte Gesetzentwurf fordert zunächst die Festlegung des Zehnstundentages und dann in automatischer Wirkung bis zum Jahre 1916 den achtstündigen Arbeitstag für alle Zweige der Industrie und der Gewerbe. Diese Anträge sind dem sozialpolitischen Ausschusse zur Beratung und Berichterstattung an das Haus zugewiesen worden. Im sozialpolitischen Ausschusse ist bezüglich des Gesetzentwurfes der sozialdemokratischen Partei beschlossen worden, daß derselbe vorher den sogenannten Fachbeiräten zur Abgabe einer begutachtenden Äußerung vorgelegt werden solle. Die Sozialdemokraten haben aus dieser Beschlußfassung, für welche sich auch die christlichsozialen Arbeitervertreter im sozialpolitischen Ausschusse ausgesprochen haben, den Schluß gezogen, daß wir uns damit gegen den Achtstundentag ausgesprochen und das Interesse der Arbeiter verraten hätten. Es ist dann der Antrag selbst im Arbeitsbeirat zur Verhandlung gekommen und wurde der Abgeordnete Spalowsky, der Vertreter der christlichsozialen Arbeiterschaft, mit der Berichterstattung betraut. Spalowsky hat im vollen Einvernehmen mit der Arbeiterorganisation und mit den Arbeiterabgeordneten sich auf den Standpunkt gestellt, daß sich die Gesetzgebung zunächst mit der Festlegung des Zehnstundentages für Industrie und Gewerbe zu begnügen hätte. Das Gutachten des Arbeitsbeirates hat das Abgeordnetenhaus beim Leben nicht mehr erreicht. Aber es ist interessant, daß nach der Beschlußfassung des Arbeitsbeirates die Sozialdemokraten im Abgeordnetenhause ohne jedes Aufheben ganz in der Stille ihren Antrag auf Einführung des Achtstundentages zurückzogen und statt desselben einen Antrag auf Einführung des Zehnstundentages einbrachten: darin liegt die rückhaltloseste Anerkennung des Standpunktes, den wir vertreten haben. In dem Augenblick, als die sozialdemokratische Fraktion den Acht-

stundentag beerdigte, mußte sie sich darüber klar sein, ob der Antrag möglich ist oder nicht. Und als sie daran gegangen ist, uns, weil wir ihren Antrag als derzeit undurchführbar bezeichneten, als Verräter zu bezeichnen, mußte sie sich doch auch darüber klar geworden sein, ob in unserer Stellungnahme wirklich ein Verrat gelegen ist oder nicht. Dadurch nun, daß die Sozialdemokraten später ihren eigenen Antrag zurückgezogen und denselben Standpunkt eingenommen haben wie wir, haben sie bewiesen, daß ihr erster Antrag nichts als eine plumpe Demagogie gewesen ist, oder sagen wir es offen heraus, nichts anderes war als ein plumper Schwindel, eine Augenauswischerei. Wäre gleich von vornherein der Antrag auf Einführung des Zehnstundentages im Hause zur Beratung gekommen, dann hätte der sozialpolitische Ausschuß sich sofort mit diesem Antrage beschäftigt, ohne erst ein weiteres Gutachten einzuholen. Es wäre ein solcher Antrag im alten Hause noch erledigt worden und es wäre damit der Sache der Arbeiter ein wesentlicher Dienst erwiesen worden.

Eine weitere Frage, die das Haus stark beschäftigte, war die

Sozialversicherung.

Die Beratung dieses Gesetzes hat naturgemäß auch eine Menge von Reibungen zwischen uns und den Sozialdemokraten hervorgerufen. Zunächst schon bei Feststellung des Prinzips. Die Sozialdemokraten haben lange Zeit den Kampf geführt für die reine Industriearbeiterversicherung. Und erst im späteren Verlaufe haben sie sich zu jenem Standpunkte bequemt, der nicht allein die landwirtschaftlichen Arbeiter, sondern auch die kleinen Bauern und die kleinen Handwerker in die Versicherung miteinbezogen wissen will. Es haben die Sozialdemokraten auch bei der Feststellung über die Organisation und über den Aufbau der Versicherung die größtmöglichsten Schwierigkeiten gemacht. Die Sozialdemokraten verlangten, daß die Sozialversicherung vollständig der Verwaltung der Krankenkassen anvertraut werde. Krankenkassen nannten sie es und sozialdemokratische Partei meinten sie. Sie haben sich gedacht: bekommen einmal die Krankenkassen die Verwaltung der Sozialversicherung in die Hand, so eröffnet sich damit die Möglichkeit, eine ganze Armee von sozialdemokratischen Agitatoren auf Kosten des Volkes frei zu stellen. Es ist berechnet worden, daß nicht weniger als 10.000 Beamte zur Bewältigung der Arbeiten der Sozialversicherung notwendig sein werden, man kann daher verstehen, daß die Sozialdemokraten so außerordentlich dafür eingenommen waren, daß die Anstellung dieser 10.000 Beamten durch die Krankenkassenverwaltungen, d. h. durch die sozialdemokratische Partei erfolgen solle. Wir waren der Meinung, daß die Sozialversicherung geschaffen werden müsse, nur im Interesse des Volkes, d. h. der Versicherungspflichtigen und sonst in gar keinem anderen Interesse, sicherlich nicht im Interesse parteipolitischer Bestrebungen, weder im Interesse der sozialdemokratischen Partei, noch in jenem der christlichsozialen Partei. Es sollte der Parteieinfluß ausgeschaltet und einzig und allein das Interesse der Versicherten zur Grundlage der Organisation gemacht werden. Daher haben wir uns für die Errichtung der Bezirksstellen ausgesprochen und auch hier seitens der Sozialdemokraten Angriffe erfahren müssen, die dahin gehen, daß wir die Arbeiter von der Selbstverwaltung ausschalten und diese Selbstverwaltung in die Hände der Staatsverwaltung spielen wollen. Es ist uns vollständig ferne gelegen,

den Einfluß der Arbeiter auf die Verwaltung der Sozialversicherung auszuschließen. Wir wollten den Einfluß der Arbeiter sichern insbesondere dadurch, daß wir uns für das Proportionalwahlrecht ausgesprochen haben, wodurch es allen Richtungen der Arbeiterschaft möglich ist, ihre Vertreter in die Verwaltung hineinzubekommen. Es hat auch eine Reihe anderer Fragen hereingespielt, ich erinnere an die Unfallversicherung, wo insbesondere mir der Vorwurf des Arbeiterverrates gemacht wurde. Es hat sich bei der Unfallversicherung um die Zusammensetzung der Verwaltung der Versicherung gehandelt. Es wurde im Regierungsentwurf der Standpunkt eingenommen, daß die Beiträge zur Unfallversicherung vollständig auf Rechnung der Unternehmer zu erfolgen hätten und die Beitragspflicht der Arbeiter dadurch entfällt. Hingegen aber sollte die Verwaltung der Unfallversicherung in reinen Verwaltungsangelegenheiten, bei Fragen der Anstellung, Entlassung, Beförderung von Beamten und in der Frage der Verwaltung der Kapitalien paritätisch gebildet sein, zu gleichen Teilen aus Arbeitern und Unternehmern bestehen. Bisher war die Sache so, daß zwei Drittel Arbeiter und ein Drittel Unternehmer im Vorstande sitzen, bisher besteht aber auch noch die Beitragspflicht der Arbeiter. Wir waren der Meinung, daß nichts daran liegt, wenn die Verwaltung paritätisch erfolgt, haben aber darauf bestanden, daß dort, wo es sich um die Geltendmachung der Ansprüche der Arbeiter handelt, der Einfluß der Arbeiter überwiegt, d. h. insbesondere bei Feststellung der Höhe der Renten und der Feststellung der Renten überhaupt. Hier sollten zwei Drittel der die Entscheidung fällenden Kommission aus Arbeitern und nur zu einem Drittel aus Unternehmern bestehen, wodurch das eigentlichste Interesse der Arbeiterschaft vollständig gewahrt ist. Nichtsdestoweniger haben die Sozialdemokraten behauptet, daß wir dafür eingetreten seien, daß die Unfallversicherung nunmehr den Unternehmern ausgeliefert werde. Sie haben gesehen, daß das nicht richtig ist, es trifft dies selbst auch nicht in jenen Belangen zu, wo wir für die gleichmäßige Teilnahme von Unternehmern und Arbeitern an der Verwaltung eingetreten sind, denn die Tatsache besteht, daß die Arbeitervertreter immer die Agileren sind, während die Unternehmervertreter, die in den seltensten Fällen zur Sitzung kommen, sicherlich in den meisten Fällen die Majorität in der Verwaltungskommission gehabt hätten.

Es ist von den Sozialdemokraten bei der Krankenversicherung eine Aktion unternommen worden, die dahin geht, daß zu den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen auch die Ausbezahlung des Krankengeldes an die Wöchnerinnen durch vier Wochen vor der Entbindung gereiht werde und daß nach der Entbindung durch längere Zeit das Krankengeld auszubezahlen sei. Sie haben somit den sogenannten Mutterschutz zu den Verpflichtungen der Krankenkassen machen wollen. Ich will gar nicht reden von den technischen Schwierigkeiten, die der Lösung dieser Frage entgegenstehen. Jedenfalls ist es eine Schwierigkeit, zu konstatieren, wann die vier Wochen vor der Entbindung beginnen. Ich habe mich gegen diesen Versuch ausgesprochen und den Standpunkt eingenommen, daß ja das Gesetz diese Art der Versicherung als freiwillige Leistung kennt: wollen die Sozialdemokraten das tun, was sie beantragen, so haben sie die Möglichkeit, es in ihren Kassen einzuführen. Sie brauchen nur in der Generalversammlung den Beschluß zu fassen und die Sache ist gemacht. Ich habe den Standpunkt vertreten, daß die hochwichtige Frage des Mutterschutzes

nicht auf Kosten des engen Kreises der an der Krankenversicherung Beteiligten, sondern, nachdem es eine Frage ist, zu deren Lösung die ganze Gesellschaft verpflichtet ist, durch ein eigenes Mutterschutzgesetz gelöst werden soll. Zu den Kosten des Mutterschutzes soll nicht allein die Arbeiterschaft beitragen, dafür soll die ganze Gesellschaft aufkommen. Das haben die Sozialdemokraten verschwiegen und haben kurzerhand die Nachricht herausgegeben, daß ich mich gegen den Mutterschutz, gegen den Schutz der Schwangeren und die gebärenden Arbeiterinnen ausgesprochen habe. Sie sehen auch hier, daß in unserer Stellungnahme nicht eine feindselige Aktion gegen die Arbeiterschaft erblickt werden kann, daß eigentlich im Standpunkt der Sozialdemokraten eine feindselige Aktion liegt, weil sie durch die Überwälzung des Mutterschutzes auf die Krankenversicherung die Kosten der Arbeiterschaft allein aufhalst, während wir für sie die Allgemeinheit heranziehen wollen.

Sie sehen, daß in der Frage der Sozialversicherung die christlichsozialen Arbeitervertreter ihre Pflicht voll und ganz erfüllt und keinerlei Interesse der Arbeiter preisgegeben haben. Bei dieser Gelegenheit will ich die Tätigkeit eines Mannes hervorheben, der heute in unserer Mitte weilt, die Anteilnahme des Herrn Dr. Drexel, der als Generalreferent über das Gesetz, betreffend die Sozialversicherung, eine ganz außerordentliche Sachkenntnis, aber auch einen das persönliche Ich vollständig unterdrückenden und die größten Schwierigkeiten spielend überwindenden Fleiß in der Bewältigung seiner Aufgaben an den Tag legte. Wenn wir in der Beratung der Sozialversicherung fast bis zum Ende gekommen sind, so verdanken wir dies fast ganz ausschließlich der Arbeitsfreude und der Sachkenntnis, welche der Generalreferent Dr. Drexel in den Dienst dieser hochwichtigen Sache gestellt hat. Daß Dr. Drexel nicht allein Christlichsozialer, daß er christlichsozialer Arbeitervertreter ist, das, meine Herren, darf uns mit Stolz und innerer Befriedigung erfüllen, weil durch ihn und seine Tätigkeit der Beweis erbracht wurde, daß die christlichsoziale Arbeiterschaft aus sich Männer hervorzubringen vermag, die berufen sind, und die Gewähr dafür bieten, daß ihnen auch die größten und wichtigsten Aufgaben der sozialpolitischen Gesetzgebung ruhig anvertraut werden können. Ich spreche dem Herrn Dr. Drexel in Ihrem Namen für das, was er im Dienste der Sozialversicherung geleistet hat, den herzlichsten und besten Dank aus. (Stürmischer Beifall. Die Parteitagsdelegierten erheben sich von den Sitzen.) Es ist bezeichnend für die Sozialdemokratie, daß sie bei der Stichwahl einen Fabrikanten und Gegner der Sozialversicherung gegen Dr. Drexel unterstützten und damit niederträchtigen Verrat an dem Werke der Sozialversicherung begingen. Man weiß, welche Kräfte da mitgewirkt haben. Der Kapitalismus hat ein Interesse, die Sozialversicherung überhaupt nicht zustande kommen zu lassen, und die Sozialdemokraten haben das Interesse: Wenn Sozialversicherung, dann muß sie die Versicherung von 10.000 Agitatoren unserer Partei bedeuten. So hat sich eine Seelenübereinstimmung zwischen den Kapitalisten und Sozialdemokraten herausgebildet, die in ihrem Effekt nichts anderes ist, als der blanke Verrat der Arbeiterinteressen.

Ich komme zu der dritten wichtigen Frage, die das Haus beschäftigt hat, das war die Frage der

Lebensmittelteuerung.

Das Haus war mit Umsicht bemüht, der Frage der Lebensmittelteuerung entgegenzuwirken. Auch seitens unserer Partei ist alles aufgeboten worden, um Anträge durchzusetzen, welche geeignet wären, der Verteuerung entgegenzuwirken. In der Fleischfrage können wir mit Stolz den Erfolg für uns in Anspruch nehmen. Unserem Einfluß ist es zunächst gelungen, daß das Ermächtigungsgesetz geschaffen wurde. Ich konstatiere hier, unserem Einflusse, der sich nicht allein auf die städtischen christlichsozialen Abgeordneten, sondern auch auf die agrarischen christlichsozialen Abgeordneten erstreckt. Hätten unsere christlichsozialen Bauernvertreter mit den übrigen Bauernvertretern der deutschen und tschechischen Parteien gestimmt, dann wäre das Ermächtigungsgesetz nicht zustande gekommen. Nur deswegen, weil ein Teil der christlichsozialen Bauernabgeordneten direkt für das Ermächtigungsgesetz gestimmt hat, ist dieses Gesetz möglich geworden und auf Grund dieses Gesetzes ist die Möglichkeit eröffnet worden zur Abschließung des Handelsvertrages mit Rumänien, Serbien, Bulgarien und Montenegro. Der rumänische Handelsvertrag, der uns die Einfuhr von 35.000 Rindern sichert, ist Tatsache geworden. Freilich, die 35.000 Rinder erhalten wir nicht, weil sie in Rumänien nicht vorhanden sind. Wenn deshalb heute die Sozialdemokraten sagen, daß der rumänische Handelsvertrag eine Komödie war, dann sei nur erwähnt, daß dann eben ihre Agitation eine Komödie war. Sie haben in ihrer Agitation immer die Öffnung der rumänischen Grenze verlangt. Wir haben stets gesagt, daß wird uns nicht viel nützen weil in Rumänien nicht genug Vieh ist. Wir wurden 1907 deswegen in der heftigsten Weise angegriffen und die Sozialdemokraten erklärten damals: „Wir brauchen nur die Grenzen zu öffnen, das Vieh wird in Massen über die rumänische Grenze kommen". Deswegen ist aber der Handelsvertrag doch nicht überflüssig. Wenn die Rumänen wissen, daß sie einen Absatz für ihr Vieh haben, dann werden sie sich der Viehzucht zuwenden und in Kürze werden wir die 35.000 Stück Rinder pro Jahr zur Ergänzung unseres Viehbedarfes erlangen. Serbien hat die Einfuhr von 15.000 Rindern zugestanden erhalten. Das Kontingent wurde bedeutend herabgesetzt, von 25.000 auf 15.000. Das wurde als ein Verrat der Christlichsozialen hingestellt. Dazu ist zu bemerken, daß die Handelsverträge nicht vom österreichischen Handelsminister allein abgeschlossen werden, sondern im Einvernehmen und mit Zustimmung Ungarns. Nachdem Ungarn die Zustimmung zu dem hohen Kontingent verweigert hat, lag die Situation so: Entweder kommt der Handelsvertrag überhaupt nicht zustande oder wir begnügen uns mit einem Handelsvertrage, der uns das kleine Kontingent gewährt und uns die Möglichkeit bietet, einen Teil unserer Industrieprodukte auszuführen. In der Fleischfrage haben wir im Abgeordnetenhause auch die Einfuhr des argentinischen Fleisches durchgesetzt. Man hat gesagt, wir hätten dagegen gestimmt. Das ist eine blanke Unwahrheit, denn wir haben nicht nur nicht dagegengestimmt, ich war sogar der Referent, der namens des Teuerungsausschusses die Zulassung des argentinischen Fleisches referiert und zur Abstimmung gebracht hat. Mein Antrag hat gelautet: Für die Zeit des Bedarfes mindestens bis Ende 1911 die unbeschränkte Einfuhr des argentinischen Fleisches zu gestatten. Gegen die Worte „mindestens bis 1911" haben die Sozialdemokraten wütend Sturm gelaufen und sie als Verrat be-

zeichnet. Wir standen auf dem Standpunkt, daß, wenn wir Ende 1911 das argentinische Fleisch noch weiter brauchen, dann können wir Ende 1911 neuerlich einen Beschluß fassen. Es waren auch andere Parteien dafür, daß der Termin gestrichen werde und daß es heißen solle für die Zeit des Bedarfes. Die Ereignisse haben mir Recht gegeben. Wäre im Hause beschlossen worden, bis Ende 1911, dann hätten wir bis Ende 1911 argentinisches Fleisch gehabt und man hätte nicht im Juni 1911 mit einem Verbot der Einfuhr des Fleisches vorgehen können. Es hat sich in der Folge gezeigt, daß es nicht klug war, die dehnbare Formel „für die Zeit des Bedarfes" zu wählen. Verschiedene Umstände haben es mit sich gebracht, daß das argentinische Fleisch nicht an den Mann gebracht werden konnte, man hat ein großes Quantum Fleisch (60.000 Kilogramm) von Wien weggeführt und in die Schweiz, nach Italien und England transportiert. Als das geschehen war, hat die ungarische Regierung sofort erklärt, die haben keinen Bedarf, und es ist das Verbot der weiteren Einfuhr des argentinischen Fleisches erfolgt. Hier müssen wir die Tatsache festhalten, daß das alte Abgeordnetenhaus mit seinem starken christlichsozialen Einfluß und seinem christlichsozialen Handelsminister sich die Einfuhr argentinischen Fleisches erkämpft und diese sichergestellt hat. Erst das neue Haus mußte kommen mit dem geschwächten Einfluß der christlichsozialen Partei, mit der Beseitigung des christlichsozialen Handelsministers, mit der Herrschaft der Freisinnigen, um der Regierung die Möglichkeit zu bieten, sofort mit einem Verbot der weiteren Fleischeinfuhr vorzugehen. Die Regierung muß eine schöne Meinung von dem neuen Abgeordnetenhaus haben, wenn sie diesem Hause als Begrüßung das Verbot der weiteren Einfuhr argentinischen Fleisches vorsetzen konnte. Das neue Haus hat de facto vollständig versagt, es hat sich in dieser Frage einen blanken Verrat an den Volksinteressen zu schulden kommen lassen. Zur Bekämpfung der Teuerung sind von unserer Seite eine Reihe von Vorschlägen erstattet worden. Dr. Drexel hat beantragt, daß das Abgeordnetenhaus eine permanente Kommission bilden solle, welche die Aufgabe hätte, die Preisbildung ständig zu verfolgen und zu beobachten, um gegebenenfalls zu begutachten, ob eine Preiserhöhung in den sachlichen Verhältnissen ihre Berechtigung findet oder nicht. Und danach hätte dann die Regierung ihre Maßnahmen durch Vorschriften, durch Eingriffe in die Preisbildung zu treffen. Eine solche Kommission wäre gewiß von der größten Wichtigkeit. Sie könnte z. B. jetzt außerordentlich gut funktionieren. Das Kohlenkartell hat den Preis der Kohle erhöht, es sagt, es sei dies notwendig. Wir müssen es glauben, wenn wir auch nicht wollen. Wäre die Kommission hier, dann könnte sie erheben, ob wirklich sachliche Gründe vorliegen und es würde amtlich nachgewiesen werden, daß die Verteuerung der Kohlenproduktion keine begründete ist, daß sie sich als ein willkürlicher Raubzug gegen die Taschen des Volkes darstellt. Das gleiche könnte die Kommission beim Zuckerkartell tun, sie wäre also ein segensreicher Behelf im Kampfe gegen den Lebensmittelwucher. Es ist zur Beratung und Beschlußfassung über diesen Antrag nicht gekommen. Im Abgeordnetenhaus ist auch hinsichtlich der

Wohnungsfrage

ein Erfolg erzielt worden. Es wurde der sogenannte Wohnungsfürsorgefonds geschaffen, der die Aufgabe hat, gemeinnützigen Baugenossenschaften

Kredit und Kreditgarantie zu bieten. Es ist also die Möglichkeit geboten, durch das Mittel der gemeinnützigen Baugenossenschaften eine erhöhte Bautätigkeit und eine Bekämpfung der Wohnungsnot erfolgreich durchzuführen.

Wenn ich den Strich ziehe unter die vierjährige Tätigkeit, welche die Arbeitervertreter im österreichischen Abgeordnetenhause entfaltet haben, dann komme ich zwar nicht zum Gefühle der Befriedigung, weil dieses Gefühl nur befriedigt werden kann, wenn solche Erfolge vorliegen würden, die einen wesentlichen Teil der Hoffnungen und berechtigten Forderungen des Volkes erfüllen, solche Erfolge sind aber im Abgeordnetenhause leider nicht erzielt worden und daher kann gar kein Abgeordneter mit einem Gefühl der Befriedigung auf die Tätigkeit des letzten Abgeordnetenhauses zurückblicken. Wir aber blicken zurück auf unsere vierjährige Tätigkeit in dem Bewußtsein, unsere Pflicht getreulich und gewissenhaft erfüllt zu haben, nicht etwa nur als einseitige Vertreter der Arbeiterinteressen, als ehrliche und selbstlose Vertreter des Arbeiterstandes, sondern auch als warme und aufrichtige Vertreter der Interessen des Gewerbestandes und der übrigen arbeitenden Stände. Ich glaube heute, wo ich mich zum letztenmal in der Eigenschaft als gewesener Abgeordneter mit dem alten Abgeordnetenhause zu beschäftigen hatte, Sie bitten zu dürfen, daß auch Sie, wenn Sie den Schluß unter die Rechnung der vier Jahre ziehen, bei Ihrem Urteil uns durchaus nicht Gnade wohl aber Gerechtigkeit widerfahren lassen. (Stürmischer Beifall.)

Vorsitzender **Preyer**: Nachdem es inzwischen 12 Uhr geworden ist, unterbreche ich die Verhandlungen und wird die Diskussion nachmittags um 2 Uhr fortgesetzt.

Die Beratungen werden sodann abgebrochen und es tritt die Mittagspause ein.

In der **Nachmittagssitzung** wurde nach kurzer Debatte, an welcher sich die Delegierten Goldbacher-Leoben, Friedrich-Wien und Gröpelbauer-Wels beteiligten, der parlamentarische Bericht zur Kenntnis genommen und folgender Antrag des Delegierten Müller-Wien einstimmig zum Beschlusse erhoben: „Der IX. Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs spricht den Abgeordneten Kunschak, Dr. Dierel, Anderle und Fuchs für ihre im letzten Abgeordnetenhause geleistete Tätigkeit den Dank aus und versichert sie des uneingeschränkten Vertrauens der christlichsozialen Arbeiterschaft."

Hierauf referierte Dr. Franz **Hemala** über das

Ergebnis der Reichsratswahlen.

Die Wahlen des 13. und 20. Juni 1911 standen im Zeichen eines Generalkompromisses der kulturkämpferischen Parteien gegen die christliche Volksbewegung Österreichs. Wir können bei allen Nationen im letzten Wahlkampfe eine Verbrüderung der verschiedenartigsten Elemente feststellen, nur zu dem Zwecke geeint, die christlichen Parteien in der parlamentarischen Vertretung zu schwächen und ihren Einfluß zurückzudrängen. Es war eine recht buntscheckige Gesellschaft, die z. B. hier uns in Wien am 20. Juni gegen die christlichsoziale Partei aufmarschierte. Sozialdemokraten, die den Kampf gegen das

Großkapital auf ihre Fahne geschrieben haben, brüderlich vereint mit großkapitalistischen Ausbeutern, deutschnationale Antisemiten als Wahlmacher der Friedmannzentrale, Deutschnationale und Czechischnationale brüderlich geeint im Hasse gegen die Christlichsozialen, über allen als einigender und versöhnender Geist Herr Vergani, sie alle haben am 20. Juni ganze Arbeit geleistet und der christlichsozialen Partei eine schwere Schlappe beigebracht.

Die Sozialdemokraten haben in diesem Wahlkampfe nur ein Bestreben gehabt, die christlichsoziale Partei zu vernichten, namentlich aber die parlamentarische Vertretung der christlichsozialen Arbeiterschaft unmöglich zu machen. Es war ihnen kein Mittel zu schlecht, um zu diesem Ziel zu gelangen. Mit den bürgerlichen Christlichsozialen würden sie sich noch zur Not abfinden, aber die christlichsoziale Arbeiterschaft ist den Sozialdemokraten ein Dorn im Auge, gegen sie sind sie mit allen Mitteln in den Kampf gezogen. Die Erfolge des 20. Juni haben die Genossen in einen wahren Freudenrausch versetzt. Man muß nur einmal nachlesen, wie die Arbeiterzeitung am Tage nach der Stichwahl jubelte:

„Welch ein Sieg! Das, was heute Wien erlebt hat, steht ohne Beispiel in der politischen Geschichte . . . . ., nicht etwa bloß besiegt, nein, zerrieben, zerstampft, ausgerottet sind die Christlichsozialen heute geworden . . . Zum Schluß, als die Zerschmetterung der Christlichsozialen auf der ganzen Linie besiegelt war, da haben die Christlichsozialen, die am Tage noch Stimmen erhalten haben, wohl ihren letzten Anhänger verloren. Die Bilanz des heutigen Wahltages in Wien und nicht minder in den anderen österreichischen Städten ist: Es gibt keine Christlichsozialen mehr!"

Dieser Freudenausbruch der „Arbeiterzeitung" fand nur sein Gegenstück im Jubel der Kapitalisten und Börsenpresse. So schrieb der Börsenreferent des „Illustrierten Wiener Extrablattes" am 15. Juni:

„Die Niederlage der Christlichsozialen hat, wie nicht anders zu erwarten war, die Finanzkreise mit Befriedigung erfüllt. Sind doch die gefährlichsten Gegner der Börse niedergerungen, die Persönlichkeiten, welche jahrelang einen heftigen Kampf gegen das mobile Kapital geführt haben, ausgeschaltet worden."

Und die jüdisch-kapitalistische „Sonn- und Montagszeitung" schrieb am 19. Juni:

„Auch die Börse als Brennpunkt der wirtschaftlichen und kapitalistischen Interessen hat alle Ursache, mit dem bisherigen Verlaufe der Wahlkampagne zufrieden zu sein."

Und die „Grazer Tagespost" vom 18. Juni schrieb über das Wahlergebnis:

„Auch die Börse hat den bisherigen Ausfall der Reichsratswahlen günstig beurteilt. Man hofft, daß die antikapitalistische Strömung sich jetzt nicht mehr so ausbreiten werde."

Börse und Sozialdemokraten jubelten über die Niederlage der Christlichsozialen, feierten wahre Siegesorgien und leben heute noch von der Erinnerung an die herrlichen Siege des 20. Juni 1911.

Betrachten wir einmal diese Zerschmetterung der christlichsozialen Partei etwas näher, untersuchen wir, ob das Siegesgeschrei der Gegner berechtigt war oder nicht. Eines hat der blaurotgelbe Block in Österreich nicht aus der Welt schaffen können, daß nämlich die christlichsoziale Partei auch heute noch die stärkste

deutsche Partei in Österreich ist. Die Christlichsozialen vereinigten am 13. Juni 1911 614.000 Stimmen auf sich, darunter:

in Niederösterreich	300.991
„ Oberösterreich	97.296
„ Salzburg	20.008
„ Steiermark	65.910
„ Kärnten	8.019
„ Tirol	50.268
„ Vorarlberg	15.944
„ Böhmen	26.450
„ Mähren	17.901
„ Schlesien	8.225
„ Bukowina	3.039

Die Deutschfreisinnigen der verschiedensten Schattierungen haben 466.749 Stimmen aufgebracht, also um 150.000 Stimmen weniger als die Christlichsozialen, die Sozialdemokraten 529.000 Stimmen. Und wie verteilen sich nun die Mandate unter den deutschen Parteien? Gerade im umgekehrten Verhältnisse! Die Deutschfreisinnigen, welche unter den drei großen Parteien die wenigsten Stimmen erhielten, haben nun die meisten Mandate, nämlich 96 — die 8 Wiener Liberalen abgerechnet. Dagegen haben die Christlichsozialen, die 150.000 Stimmen mehr erhielten als die Freisinnigen, 76, das ist 20 Mandate weniger inne! Und die deutschen Sozialdemokraten, die 60.000 Stimmen mehr aufbrachten als die Freisinnigen, haben nur 44, das ist 52 Mandate weniger als diese, trotz des Wiener Bündnisses!

Die Knebelung des christlichen Volkes durch diese verräterische freisinnig-sozialdemokratische Verbrüderung ist fast durch alle Kronländer zu beobachten; am schroffsten tritt sie aber in Wien zutage. In Wien haben am Hauptwahltage, am 13. Juni von 351.865 abgegebenen Stimmen — davon 15.694 oder 4·5 Prozent leer — erhalten: die Christlichsozialen 137.884 Stimmen oder 39 Prozent; die Sozialdemokraten 144.651 Stimmen, das sind 41 Prozent der abgegebenen Stimmen, die Deutschnationalen 11.962 Stimmen, somit insgesamt nur 3 Prozent, die Liberalen 29.109, das sind 8 Prozent, die selbständigen Kandidaten — darunter die Verganiten — 2401 Stimmen oder 0·7 Prozent, die tschechischen Zählkandidaten 5694 Stimmen oder 1·6 Prozent. Von den 33 Mandaten Wiens haben daher die 39 Prozent Christlichsozialen nur 4 Mandate, die 41 Prozent Sozialdemokraten 19 Mandate, die 8 Prozent Liberalen 9 und die 3 Prozent Deutschnationalen 1 Mandat! Wohl selten ist es einer Koalition so glänzend gelungen, die politische Repräsentanz so zu fälschen und die öffentliche Meinung derart schamlos zu knebeln, wie dieser Bund der „Freiheitlichen".

Das Beginnen der Kulturkämpfer wäre ein vergebliches gewesen, wenn nicht die Partei selbst in den letzten Jahren eine Reihe von Fehlern und Unterlassungssünden begangen hätte. Ich glaube, ein Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft ist der Ort, wo man diese Fehler untersucht, um ihre Wiederkehr womöglich zu verhindern.

Von dem Gedanken ausgehend, daß eine große Partei nicht außerhalb der Regierung stehen könne, ist die christlichsoziale Partei unter äußerst ungünstigen Verhältnissen in die Regierung eingetreten. Durch die

Ministerialisierung wurden Kräfte lahmgelegt, die für den weiteren Ausbau der Organisation unumgänglich notwendig waren. Dazu kommt, daß sich eine Scheidewand zwischen Minister und Volk aufrichtet, daß die Minister nicht mehr die Möglichkeit haben, ständig unter dem Volke zu leben, seine Ansichten kennen zu lernen, daß sie leider oft von Schmeichlern umgeben sind, die die Verhältnisse viel rosiger sehen, als sie in Wirklichkeit sind und infolgedessen auch falsch informiert werden.

Dazu kommt, daß sich in jede Partei, die über eine gewisse Machtfülle verfügt, Schmarotzer, Nutznießer, Überläufer hineindrängen, die alten Parteigenossen beiseiteschieben, die ohne Liebe im Herzen und ohne Treue arbeiten, jeden Augenblick zu neuerlichem Verrat bereit, wenn die politische „Konstellation" eine „ungünstige" werden sollte. Auch in unserer christlichsozialen Partei herrschte mehr Freude über einen bekehrten Sünder als über 99 Gerechte. Diese Überläufer wurden verhätschelt, kamen in wichtige Stellungen und haben dann ihre Macht gegen die christlichsoziale Partei mißbraucht. Sie suchten überall den Gedanken zu propagieren, daß das alte Programm schon überholt sei, daß der Antisemitismus heute ein überwundener Standpunkt sei, daß man mit den Überresten der Judenliberalen Frieden schließen müsse.

In der Partei selbst fehlt seit dem Tode Luegers die starke Hand. Die Parteileitung genießt keine Autorität, die Zwistigkeiten der leitenden Persönlichkeiten mußten große Wählerschichten entmutigen und verärgern.

Dazu kamen jene Fehler, die mit der Partei groß geworden: Mangel einer tüchtigen Organisation und einer verbreiteten Presse. In Wien verfügt eigentlich nur die Arbeiterschaft über eine halbwegs gute Organisation; wir sind mit ihr allerdings noch lange nicht zufrieden. In bürgerlichen Kreisen bestehen Wählervereine, die schon auf ein recht ehrwürdiges Alter zurückblicken und mitunter eine recht beschauliche Existenz fristen. Sie werden zu politischen Zünften, die sich nach außenhin immer mehr abschließen, ja womöglich auch keine neuen Mitglieder mehr aufnehmen. Ihre politische Tätigkeit besteht gewöhnlich im Fasching in der Veranstaltung eines Balles oder einer geselligen Unterhaltung und in der Abhaltung einer Generalversammlung. Hie und da wird das Jahr über auch eine Ausschußsitzung abgehalten. Es gibt aber auch politische Organisationen, die nur einmal im Jahre eine Ausschußsitzung abhalten, um die Generalversammlung vorzubereiten. Versammlungen sind für viele unserer bürgerlichen politischen Organisationen schon ein längst überwundener Standpunkt. So war es möglich, daß unsere früheren Abgeordneten äußerst selten Versammlungen abhielten, daß sie selten mit ihren Wählern in Kontakt traten, daß sie nicht in die Lage kamen, das Volk über die sozialdemokratische Demagogie aufzuklären. Sie glaubten, es stehe alles gut, sie werden ohne viel Arbeit wiedergewählt. Der christlichsozialen Arbeiterschaft blieb es überlassen, das politische Leben in Wien weiterzuführen und nach Kräften der sozialdemokratischen Agitation entgegenzutreten. Daß sie leider große Schwierigkeiten zu überwinden hatte, ist jedem Eingeweihten klar.

Demgegenüber haben die Sozialdemokraten die letzten Monate zu einer großzügigen Agitation ausgenützt. Es war ihnen leicht möglich, die traurigen Verhältnisse, die drückende Wohnungsnot, die Lebensmittelteuerung auszunützen, um den Christlichsozialen die Schuld an diesen

und noch mehreren anderen Dingen in die Schuhe zu schieben. Sie arbeiteten mit Versammlungen, Flugschriften und in der Presse.

Was konnten wir ihnen entgegenstellen? Von den 137.000 Wiener christlichsozialen Wählern dürften kaum 30.0000 christliche Blätter beziehen. Die gänzliche Vernachlässigung der christlichen Presse, das Festhalten an farblosen und gegnerischen Blättern, ist einer der wundesten Punkte in unserer christlichsozialen Bewegung. In christlichsozialen Kreisen war außerdem noch das „Deutsche Volksblatt" ziemlich stark verbreitet. Und was das „Deutsche Volksblatt" in diesem Wahlkampfe der christlichsozialen Arbeiterschaft angetan hat, ist Ihnen allen zur Genüge bekannt. Von der hohen Warte des „Antisemitenhofes" wurden täglich Verleumdungen in Menge gegen die christlichsoziale Arbeiterschaft losgelassen und namentlich die Gewerbetreibenden in eine Art klassenkämpferischer Stimmung gegen die christlichsoziale Arbeiterschaft hineingehetzt.

Zu der Niederlage in Wien hat ferner beigetragen die Unterschätzung der Wahlarbeit mancher „Schutzvereine", z. B. des Bundes der Deutschen Niederösterreichs, der eine treffliche Organisation für die Herren Pollauf, Wedra und Schürff war, um Mandate zu erlangen. Diese Verfälschung nationaler Schutzarbeit ging so weit, daß sie in den meisten Bezirken eine Anzahl von Wählern in der Stichwahl den Sozialdemokraten, den Förderern der Komensky-Schule, als Wahlhelfer zuführte.

In der Partei selbst herrschte während der Wahlbewegung eine Desorganisation traurigster Art. Sie zeigte sich bei der Aufstellung der Kandidaturen. Man hatte den alten Wahlkomitees auf dem letzten Parteitage einen frischen Anstrich gegeben, das Material blieb nahezu das gleiche. Wo in aller Welt kommt es vor, daß die Gewählten ausschlaggebend sind bei der Aufstellung von Kandidaten? Bei uns in Wien ist es der Fall, in den Wahlkomitees bilden die Mandatare, die Gemeinderäte und Bezirksräte die Mehrzahl, sie entscheiden über die Kandidaturen. Die christlichsoziale Arbeiterschaft ist in allen Wahlkomitees, auch in den Arbeiterbezirken, dazu verurteilt, eine verschwindende Minderheit in der Vertrauensmännerversammlung des Bezirkes zu bilden. Die 30 Bezirksräte haben den gleichen politischen Einfluß wie 1500 in politischen Vereinen organisierte Parteigenossen. Dazu kommt es, daß unsere Arbeiter für ihre politische Organisation, den christlichsozialen Arbeiterverein, über 11 Kronen jährlich Mitgliedsbeiträge leisten müssen, während unsere bürgerlichen Parteigenossen Wählervereine besitzen, mit einer, höchstens zwei Kronen Jahresbeitrag. So kommt es, daß die Mandatare und die bürgerlichen Organisationen in jedem Wahlkomitee den Ausschlag geben.

Dabei herrscht eine Bezirksbergerei non plus ultra. Die Vorbedingung für jeden Kandidaten ist die, daß er im Bezirke wohne. Ein „Ausländer" — so heißt der Unglücksmensch, der in einem Nachbarbezirke wohnt und kandidieren will — ist von vorneherein als Kandidat unmöglich. Dann kommen für die Kandidatur zunächst jene in Betracht, die schon irgendein Mandat bekleiden. Bei den heurigen Reichsratswahlen haben die in ihrer Mehrheit bürgerlichen Wahlkomitees, ihrer Macht bewußt, überall die gerechten Forderungen der christlichsozialen Arbeiterschaft bei der Kandidatenaufstellung niedergestimmt. Es hatte schon im Jahre 1907 schwere Kämpfe gekostet, um die Aufstellung christlichsozialer Kandidaten aus den Kreisen der Arbeiterschaft durchzusetzen. Es ist Ihnen

allen bekannt, daß damals Dr. Lueger seinen ganzen Einfluß in die Wagschale warf, um die Aufstellung christlichsozialer Arbeiterkandidaturen durchzusetzen.

Er stand auf dem Standpunkte: Die Arbeiter leisten im politischen Leben der Partei große Dienste, sie arbeiten unentwegt und unter schwierigen Verhältnissen, sie haben auch das Recht auf eine politische Vertretung.

Bei den diesjährigen Wahlen war Lueger nicht mehr, die Parteileitung viel zu schwach und einflußlos und so kam es, daß in den Wahlkomitees die Arbeiterkandidaturen mit Ausnahme des Bezirkes Hernals überall niedergestimmt wurden. Man hatte vergessen, was die Arbeiter in organisatorischer Beziehung geleistet hatten, man hatte vergessen, welche Opfer sie für die Partei gebracht hatten. Bei allen diesen Entscheidungen war der Standpunkt maßgebend: Die paar Mandeln brauchen kein Mandat, die existieren nur auf dem Papier, die werden wir im ersten Ansturm niederrennen, wir brauchen sie nicht zur Erringung des Sieges usw. Andere, wie z. B. Herr Wegel-Leckl, waren wieder der Ansicht, daß die christlichsozialen Arbeiter ohnehin schon genügend durch die sozialdemokratischen Abgeordneten vertreten seien. Nun hofften die Herren, daß die christlichsozialen Arbeiter Parteidisziplin halten und diese Knebelung ruhig ertragen werden. Die christlichsozialen Arbeiter haben schon längst aufgehört, die Rosenberger, Wanderer, Hollaus, Wegel-Leckl usw. als Parteigenossen und Träger des christlichen Gedankens zu betrachten, sie haben sich um die Beschlüsse der bürgerlichen Klassenpolitiker nicht gekümmert und erklärt: In jenen Bezirken, in welchen wir im Jahre 1907 Arbeiterkandidaten hatten, die von der ganzen Partei gebilligt waren, für deren Aufstellung namentlich Dr. Lueger sich einsetzte, in allen diesen Bezirken verlangt es die Ehre der christlichsozialen Arbeiterschaft, daß wir auch heuer in den Wahlkampf treten. Entweder sind wir eine Gruppe in der Partei, die ihrer Stärke und ihrer organisatorischen Arbeit entsprechend gewürdigt wird, entweder haben wir soviel Einfluß in der Partei, um das Recht der Arbeiter und ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen oder aber wir sind tatsächlich jenes jämmerliche Anhängsel, als das uns immer die Sozialdemokraten verhöhnen". Und so haben denn die christlichsozialen Arbeiter, um mit Herrn Gussenbauer zu sprechen, die „ungeheure Disziplinlosigkeit" begangen, eigene Kandidaten aufzustellen. Es war der erste Versuch und wir können mit Stolz sagen, daß der Erfolg kein schlechter war.

Die paar Mandeln, die christlichsoziale Arbeiterpartei spielen, die auf den Papier stehenden christlichsozialen Arbeiter — wie die Herren Sozialdemokraten und die gewerblichen Klassenpolitiker von der Sorte der Rosenberger und Wegel-Leckl uns zu nennen belieben — haben in den 5 Wiener Wahlkreisen, in welchen sie selbständig auftraten, nicht weniger als 11.191 Stimmen aufgebracht, während die bürgerlichen Kandidaten, die den ganzen Wahlapparat in den Händen hatten, in diesen Bezirken 15.082, also nur um 3891 Stimmen mehr, auf sich vereinigten. Es war die erste Probe aufs Exempel und wir können mit ihr zufrieden sein.

Wir haben auch in der Provinz Kandidaturen der christlichsozialen Arbeiterschaft gehabt. Im Neunkirchner Bezirk kämpfte unser bewährter Bierbaumer gegen den Sozialdemokraten Dr. Renner und gegen den Führer der deutschnationalen Arbeiter Ertl. In Mähren, im Neutit-

scheiner Bezirk kandidierte Gemeinderat Angeli, im Mährisch-Schönberger Bezirk unser Parteigenosse Nißl, in Böhmen im Städtebezirk Mies-Tachau, Abg. Nepustil. Überall gelang es den christlichsozialen Arbeiterkandidaten, ansehnliche Minoritäten zu erzielen, sie gelangten aber auch zur Erkenntnis, daß die kurze Frist der Wahlbewegung nicht ausreicht, um solche Wahlbezirke zu bearbeiten, daß vielmehr jahrelange ununterbrochene Arbeit notwendig ist, um Erfolge zu erzielen. Es wird notwendig sein, daß wir diesen Erfahrungen in der Zukunft Rechnung tragen. Die christlichsoziale Arbeiterschaft ist übrigens im neuen Volkshause nicht unvertreten, wir haben 2 Vertreter und zwar Abgeordneten Franz Fuchs, der in seinem alten oberösterreichischen Wahlkreis gewählt wurde und Dr. Jerzabek, der den Rumburger Wahlkreis für die christlichsoziale Partei eroberte.

Die Hauptsache unserer Niederlage war aber der grenzenlose Terrorismus der Gegner. In Wien war am 13. und 20. Juni jede Wahlarbeit unmöglich. Wir haben zwar ein Wahlschutzgesetz, das ist aber nur dazu da, um von den Sozialdemokraten straflos übertreten zu werden. Man spricht von Wahlschutz und an jeder Straßenecke stehen 2 Genossen mit Knütteln ausgerüstet, jedes Agitationslokal der Christlichsozialen wird von Sozialdemokraten blockiert, Arbeiter werden kontrolliert, wie sie stimmen, desgleichen von Sozialdemokraten abhängige Geschäftsleute. Dabei erfahren wir in den seltensten Fällen rechtzeitig, was für ein Terrorismus geübt wird. Erst nach der Wahl sickert so manches durch. Hätten wir eine Häuserorganisation, hätten wir in jedem Haus einen Vertrauensmann, es würde mit vielem anders stehen. Wir würden erfahren, daß der und jener verreist ist oder erkrankt ist, daß er nicht zur Wahl gehen kann, daß aber die Sozialdemokraten seinen Stimmzettel sich angeeignet haben und einen falschen Wähler zur Wahl schicken. Wir würden so manchem sozialdemokratischen Wahlschwindler gründlich das Handwerk legen können.

Unsere Organisation muß den Erfahrungen der Wahlbewegung angepaßt werden. Wir müssen wissen, wie die Leute im Hause gesinnt sind, ob christlich, ob sozialdemokratisch, ob indifferent, und müssen in der Agitation namentlich auf die Indifferenten das Hauptgewicht legen. Heute ist jedes Haus für uns ein großes Fragezeichen, unsere Agitatoren kommen in Wohnungen von Genossen und werden da einfach hinausgeworfen und trauen sich ein zweites- oder drittesmal nicht mehr agitieren zu gehen.

Die Lehren, die wir aus dem Wahlkampf zu ziehen haben, sind folgende: Ausbau unserer Organisation, Arbeit von Haus zu Haus, unermüdliche Werbearbeit für die christliche Presse, Schutz der Freiheit der Wahl, Schutz der Überzeugung. Zu diesem Behufe verlangen wir die Einführung des Wahlkouverts und der Wahlzelle und die Verwendung nicht amtlicher Stimmzettel. Jeder Wähler bekommt vor Betreten der Wahlzelle, eines separierten Raumes im Wahllokal, ein Wahlkouvert, in welches er den Stimmzettel hinein legt und das verschlossene Kouvert abgibt. Kein Mensch kann ihn kontrollieren, keiner weiß, wie er gewählt hat. Dabei liegen in der Wahlzelle Stimmzettel aller Parteien, so daß er noch dort den Stimmzettel jenes Kandidaten nehmen kann, für den er sich schließlich entscheidet. Wir verlangen endlich auch die Einführung der Verhältnis-

wahl. In Wien haben wir gesehen, daß eine verschwindende Anzahl von sogenannten freisinnigen Wählern den Ausschlag gegeben hat. Durch das Proportionalwahlrecht werden unmoralische Kompromisse verhindert und es wird den Sozialdemokraten das Odium abgenommen, sich bei den nächsten Wahlen wieder mit den Großkapitalisten und Machern des Industriellen-Verbandes, ferner mit den Herren Ruschka, Striebl und Genossen, mit den Pollaufbündlern und mit den Tschechen gegen die Christlichsozialen vereinigen zu müssen. Unsere nächste Arbeit muß der Durchsetzung dieser Forderung dienen. In Zusammenfassung meines Referates beantrage ich die Annahme folgender Resolution:

Der IX. Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs verlangt auf Grund der Erfahrungen der letzten Reichsratswahlen eine Änderung der Reichsratswahlordnung, die eine wirklich freie und geheime Wahl ermöglichen würde. Zu diesem Behufe verlangt der Parteitag die Einführung der Wahlzelle, des Wahlkouverts und des nichtamtlichen Stimmzettels bei allen Wahlen in die öffentlichen Vertretungskörper und in die sozialen Interessenvertretungen und Institute. Außerdem verlangt der Parteitag die Einführung des Proportionalwahlrechtes für den Reichsrat, Landtag und Gemeinde, das allein den Volksparteien es möglich macht, daß sie eine ihrer Wählerzahl entsprechende Mandatszahl erlangen und auf demoralisierende Kompromisse Verzicht leisten können. Schließlich macht es der Parteitag den Parteigenossen zur Pflicht, allüberall die Häuser- und Straßenorganisation durchzuführen.

Deleg. **Müller**-Wien verlangt den Ausbau der Häuserorganisation.

Deleg. **Reichhart**-Wien betont die Notwendigkeit der Erhaltung der christlichsozialen Partei als Volkspartei. Die Partei kann nur groß sein, wenn alle einig sind. In dem Augenblick, wo die einzelnen Gruppen eine Sonderstellung einnehmen, sind sie alle miteinander verloren. Und das war der Fall bei den letzten Reichsratswahlen.

Deleg. **Höretzauer**-Waidhofen a. d. Ybbs. Ich erinnere mich noch an die Zeiten, als Dr. Lueger in die Provinz hinausgegangen ist. So mancher hat gesagt: Wer ist denn der, der will uns helfen? Fünf Minuten nach einer solchen Rede klang es „Hoch Lueger" durch den Saal. Lueger war ein Volksmann, er hat es verstanden einem jeden, Arbeiter, Bürger und Angehörigen der Intelligenz, aus dem Herzen zu sprechen. Das fehlt uns heute. Wir mußten aber auch die Wahrnehmung machen, daß seit dem Tode Luegers die starke Hand fehlt, die dem gewissen Streben Einhalt gebietet und dem Arbeiter die politische Gleichberechtigung mit den anderen Ständen gewährleistet. Die Erfahrungen, die wir in der Provinz gemacht haben, sind derartige, daß wir uns sagen können: Die Arbeiterschaft muß der Sauerteig sein, wenn die Gesamtpartei gesunden soll.

Deleg. **Fuchs**-Linz. Ich möchte das Wort über die Versammlungsscheu gewisser Abgeordneter ganz besonders unterstreichen. Im früheren Parlamente haben wir eine große Anzahl von Abgeordneten gehabt. Wenn man sie ersucht hat, sie möchten in die oder jene Versammlung gehen oder ein Referat erstatten, haben sie gesagt: Wir sind jetzt so angestrengt durch die parlamentarische Tätigkeit; kommt, wenn das Parlament geschlossen ist. Ist man nach Parlamentsschluß gekommen, so sagten sie: Jetzt haben wir zwei Monate lang gearbeitet, jetzt haben wir Ferien, jetzt ist die Zeit der Erholung. Wenn wir die Wiener Verhältnisse in Betracht ziehen, müssen wir sagen: Es waren immer dieselben fünf bis sechs Abgeordneten, die sich in der politischen Arbeit aufrieben und in allen Bezirken arbeiteten. Jeder Abgeordnete, sei es nun ein Reichsrats-

oder Landtagsabgeordneter, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, soweit es ihm die Gesundheit und die freie Zeit erlaubt, daß er nicht bloß sein Mandat als Abgeordneter ausübt, sondern seine ganze Kraft in den Dienst der Partei stellt.

Deleg. **Ullreich**-Wien. Bei der Besprechung des Ergebnisses der Reichsratswahlen muß eines festgestellt werden, daß das überraschende oder nicht überraschende Ergebnis dieser Reichsratswahlen nicht imstande gewesen ist, das Organisationsgefüge der christlichsozialen Arbeiterschaft zu erschüttern. Das Ergebnis der Reichsratswahlen hat uns doch gezeigt, daß wir eines mit mehr Nachdruck fördern müssen: Den Ausbau unserer Organisation. Wir haben in unserem Parteistatut die Bestimmung über die Bezirksorganisationen, die auf dem Lande fast durchwegs nicht durchgeführt sind. Wir müssen uns mit der Frage beschäftigen, wie wir für unsere Bezirksorganisationen die nötigen Geldmittel aufbringen. Es sollte in jedem Wahlbezirk ein Arbeiterwählerverein oder Volkswahlverein geschaffen werden. Damit würden wir doch die notwendigsten Mittel beschaffen.

Abg. **Kunschak.** Was die Reichsratswahlen anbelangt, müssen zwei Dinge noch zur Erörterung gestellt werden. Das eine ist das Verhalten der Deutschnationalen und unter dem Schutze derselben das Auftauchen der sogenannten deutschen Arbeiterpartei. Wir müssen hier konstatieren, daß die Deutschnationalen, sicher nicht aus Liebe zu den Arbeitern, aber aus klugen taktischen Erwägungen, dieser deutschen Arbeiterpartei eine große Anzahl von Kandidaturen ohneweiters überlassen haben. Dies hat bei der Arbeiterschaft einen äußerst günstigen Eindruck hervorgerufen, im Gegensatze zu der christlichsozialen Partei, in welcher man den Versuch unternahm, die christlichsozialen Arbeiterabgeordneten hinauszudrängen. Wir müssen dieser deutschen Arbeiterpartei unsere Aufmerksamkeit zuwenden, und die Reichsratswahlen selbst haben uns darüber belehrt, daß diese deutschen Arbeiterparteikandidaten in Wirklichkeit nichts anderes waren als aufgepäppelte Kostkinder der Deutschnationalen, aufgepäppelt mit dem Gelde des ganzen deutschen Fabrikantenklüngels.

Wir haben bei den letzten Reichsratswahlen erfahren müssen, daß wir gegenüber den Deutschnationalen die Betrogenen gewesen sind. Seitens der Deutschnationalen wurde auf allen Linien, so in Wien und Niederösterreich, in Kärnten, Tirol, Salzburg, Oberösterreich und Böhmen, der schärfste Kampf gegen uns, einen Bestandteil der sogenannten deutschen Gemeinbürgschaft geführt. Noch ärger waren die Dinge bei den Stichwahlen. Die Stichwahlen der christlichsozialen Partei haben nur die Deutschnationalen mißbraucht, um sie für ihre eigenen Zwecke zu fruktifizieren, sie haben sich an uns gewandt mit dem Ersuchen, uns gegenseitig im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zu unterstützen. Ich mußte für die paar deutschnationalen Stimmen dafür sorgen, daß die Christlichsozialen in Schlesien und in Dux in Böhmen für den deutschnationalen Kandidaten eintreten.

Unsere Leute sind — es wird ihnen sehr schwer gefallen sein — in ihrer strammen, eisernen Disziplin für die Deutschnationalen zur Wahlurne gegangen und haben es zuwege gebracht, daß die Deutschnationalen den Sozialdemokraten 20 Mandate abnehmen konnten. In Wien hat man nur unterschrieben, daß man für mich eintreten werde, und am Tage der Stich-

wahl erscheinen übermannsgroße Plakate, in welchen die deutschnationale Parteileitung, Dr. Pollauf und andere, auffordert, unter gar keinen Umständen einem Klerikalen, sondern nur den Sozialdemokraten die Stimme zu geben. Zu diesem Zwecke haben sich die Deutschnationalen eine merkwürdige Praxis zurecht gelegt. Sie haben sich in zwei Teile geteilt. Der eine Teil ist die Pollaufrichtung, der andere die deutsche Arbeiterpartei. Die deutsche Arbeiterpartei hat uns ihre Hilfe versprochen. Die andern Deutschnationalen, unter Führung des Pollauf, haben gesagt, das geht uns gar nichts an, wir gehen unseren eigenen Weg. Wir sind durchgefallen, wir werden aber aus den Reichsratswahlen lernen müssen, die allergrößte Vorsicht im politischen und persönlichen Verkehr mit all dem, was sich in Österreich deutschnational nennt, anzuwenden, insbesondere aber die gewissenhafteste Überprüfung der Verhältnisse, bevor wir uns noch einmal entschließen, bei einer Stichwahl den Deutschnationalen gegen die Sozialdemokraten zum Erfolge zu verhelfen, uns besonders angelegen sein lassen.

Abg. Dr. **Drexel**: Die großen Erfolge im Jahre 1907, vor 4 Jahren, verdanken wir zum großen Teile den Mitläufern. Es wäre gar nicht zu erklären, wie die Partei damals, als eine ganz junge Partei, eine so große Stimmenzahl von festen, überzeugten, grundsätzlichen Anhängern gehabt hätte. Die Mitläufer sind uns bei den letzten Wahlen zum guten Teile verloren gegangen, weil wir der heftigen Agitation und den großen Geldmitteln gegenüber nicht gewachsen waren, die Mitläuferschaft zu halten. Die Partei muß es so halten, daß sie im Laufe der ganzen Zeit arbeitet, einen festen Stock von Leuten hat, für die man keine Flugschriften mehr zu schreiben braucht, so daß man sich im Wahlkampfe nur mit den Indifferenten zu beschäftigen hat. Daß eine Reihe von Männern unserer Partei gefallen sind, die fleißig gearbeitet haben, hängt mit dem Fehler unserer Partei zusammen, die Leute, welche man am notwendigsten braucht, auf die gefährlichsten Posten zu stellen. Man hat Dr. Lueger auf einen exponierten Posten gestellt, ebenso Kunschak in Hernals und Geßmann im nied.-österr. Städtebezirk. Die Sozialdemokraten geben ihren Führern die sichersten Plätze, bei uns kriegen die sichersten Plätze die allerschwächsten Kandidaten. Die Entscheidung ist gefallen in der letzten Woche vom 13. auf den 20. Juni. Das war ein Zusammenwirken von Kräften, von denen wir heute keine Ahnung haben. Auch die Regierung hat gegen uns gearbeitet. Wir haben am 20. viele verloren, die uns noch am 13. die Stimme gegeben haben. Redner sei persönlich der Meinung, daß diejenigen Vertreter der Arbeiterschaft, welche in dem harten Kampfe der Gewerkschaften stehen, sich nicht um solche Mandate bewerben sollen, bei welchen sie auf Stimmen von Gewerbetreibenden angewiesen sind, denen gegenüber sie einen Streik mit Erfolg durchgeführt haben. Was den Passus der Resolution über das Proportionalwahlrecht anbelangt, so möchte Redner denselben der Parteileitung zum Studium und zur Berichterstattung am nächsten Parteitage zuweisen. Die Schweizer haben erklärt, daß das Proportionalwahlrecht nur für solche Parteien sei, die innerlich stark und gefestigt sind, während es andere Parteien zerreiße. Wenn wir heute das Proportionalwahlrecht haben, haben sie in Wien 20 Listen und dann würde ein großer Krach herauskommen.

Nachdem noch die Delegierten Paschke und Halmenschlager die Wahlvorgänge in den von ihnen vertretenen Bezirken geschildert und

Dr. Hemala das Schlußwort gehalten, wird die von ihm beantragte Resolution mit Ausnahme des Proportionalwahlrechtes einstimmig angenommen, desgleichen der Antrag des Del. Ullreich: „Der Parteitag macht es den Parteigenossen zur Pflicht, für den Ausbau der politischen Organisation Sorge zu tragen. Zu diesem Zwecke ist auf Grundlage der Reichsratswahlbezirke möglichst für jeden Wahlbezirk ein Wählerverein zu gründen, der die Funktion der Bezirksorganisationen zu üben hat".

Hierauf wurde vom Obmann der Mandatsprüfungskommission, Gröpelbauer, bekanntgegeben, daß 142 Delegierte mit 187 Stimmen aus allen Kronländern Deutschösterreichs anwesend sind.

Zum Schlusse der Sitzung wurde die

Wahl der Parteivertretung

vorgenommen, in die folgende Delegierte gewählt wurden: Anderle (Wien) Appel (Wien), Bittner (Wien), Birbaumer (Wiener-Neustadt), Danek (Brünn), Dr. Drexel (Dornbirn), Fuchs (Linz), Ch. Fischer (Graz), Haider (Wien), Dr. Hemala (Wien), Krikawa (Wien), Kunschak (Wien), Kuře (Wien), Mender (Wien), Preyer (Wien), Scherntlanner (Salzburg), Schwarz (Wien), Spalowsky (Wien), Ullreich (Wien), Kratzer (Auschowitz).

II. Verhandlungstag.

Vorsitzender **Preyer** eröffnet die Tagung und verliest die eingelangten Begrüßungsschreiben.

Vorsitzender **Preyer**: Del. Abg. Kennerknecht hat sich zu einer Mitteilung das Wort erbeten. Ich erteile ihm dasselbe.

Abg. Kennerknecht-Dornbirn: Ich möchte mitteilen, daß mich der Herr Abg. Loser ersucht hat, seine herzlichsten Grüße auszurichten. Derselbe ist leider durch verschiedene Geschäfte verhindert, an dem Parteitage teilzunehmen. Gewiß hätte er sehr gerne dem Parteitag beigewohnt und wünscht demselben besten Erfolg.

Vorsitzender **Preyer**: Es tritt in der Tagesordnung eine Verschiebung ein und zwar folgt nunmehr das Referat

Über die Bekämpfung der Wohnungsnot.

Ich erteile hiezu Herrn Abg. Spalowsky das Wort.

Abg. **Spalowsky**. Auf den Parteitagen der christlichsozialen Arbeiterschaft hat man schon in früheren Jahren der Wohnungsfrage ein großes Interesse entgegengebracht. Man hat eben in unseren Kreisen schon sehr früh erkannt, daß das Wohnen im Leben der Arbeiter ebenso wie der Lohn, die Arbeitszeit usw. eine wichtige Rolle spielt. Wir haben auch erkannt, daß die Wohnungsverhältnisse im allgemeinen und die der Arbeiter im besonderen sich immer mehr verschlechtern und daß diese Verschlechterungen schwere Schäden im Gefolge haben, an denen niemand achtlos vorübergehen darf. Wir haben deshalb schon auf den Parteitagen von 1905 und 1909 die Wohnungsfrage eingehend erörtert und Forderungen gestellt, deren Erfüllung

eine weitere ungünstige Entwicklung der Wohnungsverhältnisse verhindert hätte.

Wir haben es daher nicht notwendig, eine prinzipielle Erörterung der Wohnungsfrage heute vorzunehmen. Wir wissen vielmehr, daß unsere seinerzeitigen Befürchtungen nur zu gerechtfertigt waren. Wir wissen ferner, daß unsere Forderungen leider nur wenig beachtet wurden und so ist es gekommen, daß die Wohnungsfrage zur Wohnungsnot und zum Wohnungselend sich ausgewachsen hat.

Wohnungselend ist gewiß ein hartes Wort, das unsere sittlichen und kulturellen Zustände grell beleuchtet. Und doch müssen wir davon sprechen, denn jeden bedrückt heute die Sorge, wie sich die Wohnungsverhältnisse in Zukunft gestalten werden. Diese Sorge wird durch Erscheinungen wachgerufen, die zum Nachdenken zwingen. Wenn es in Wien z. B. vorkommt, daß ein Familienvater eine Wohnung nicht finden kann, trotzdem er bereit ist, jeden Preis für eine solche zu zahlen und dabei keinerlei Ansprüche hinsichtlich der Qualität der Wohnung stellt, wenn wir in Wien alle Augenblick erleben, daß jemand in den Tod geht, weil er keine Wohnung findet, so sind das Vorkommnisse, die uns zeigen, welche Not an Wohnungen herrscht. Wenn wir aber sehen, wie Wohnungen so verteuert werden, daß viele Menschen ihr Wohnungsbedürfnis auf das geringste Maß einschränken, wenn wir sehen, daß das Aftermieter- und Bettgeherwesen immer mehr um sich greift, dann müssen wir erkennen, wie wenig heutzutage in den Städten die Art zu wohnen, oder besser gesagt, wie der Arbeiter wohnen muß, dem Zweck des Wohnens entspricht. Nach dem Tagewerk soll der Arbeiter Ordnung in seiner Wohnung finden, statt dessen ist die „Wohnung" oft ein Raum, in dem der Arbeiter für sich oft weniger Platz findet, als an seinem Arbeitsorte. Die Luft ist schlecht und verdorben und von Miasmen und Bazillen übersättigt. Aber nicht nur Krankheitsherde für den Körper sind solche überfüllte Wohnungen, sondern sie bedeuten die größte Gefahr in sittlicher Hinsicht. Mit Schaudern haben wir es vernommen, wie jüngst ein Knabe, der im zartesten Alter schon zum Wüstling geworden war, erzählte, daß er das, was er getan, schon oft bei den Bettgehern seiner Mutter gesehen habe. Das ist ein so grausiges Bild, daß wir uns unwillkürlich fragen: Sind wir wirklich im Zeitalter der Kultur und des Fortschrittes? Und wenn wir sehen, wie ein Weib für den sterbenden Mann und die Kinder keine andere Wohnung findet, als einen Dachboden, wenn wir den Vater in dieser neuen „Wohnung" sterben sehen und die Witwe samt den Kindern fühlen muß, daß sie nicht nur das Haupt der Familie, sondern auch die Gemeinschaft mit den übrigen Menschen verloren hat, dann fragen wir unwillkürlich: Sind diese Erscheinungen bittersten Wohnungselendes die Segnungen der soviel gepriesenen Humanität?

Es ist ein düsteres Bild, das sich hier entrollt. Aber nicht nur in der Großstadt finden wir so schaurige Bilder, in den anderen Orten ist es nicht viel besser. In den Fabriksorten ebenso wie in kleinen Landstädten herrscht eine ebenso große Wohnungsnot. Hier wie dort finden wir dieselben Begleiterscheinungen der Wohnungsnot, die diesen Zustand so recht als Kulturschande kennzeichnen.

Früher war es der Arbeiterstand, der von der Wohnungsnot zumeist getroffen wurde. Heute hat sie schon weitere Kreise in ihren Bereich ge-

zogen. Der Mittelstand wird von ihr ebenfalls sehr hart getroffen und wir sehen in Wien und auch auswärts, wie der kleine Gewerbsmann ebenso schwer wie der Arbeiter eine Wohnung findet, noch weniger aber eine Werkstätte finden kann. In Österreich, wo im Gewerbe die kleinen und kleinsten Betriebe vorherrschen, ist damit zu rechnen, daß gewöhnlich Räume in Wohnhäusern als Werkstätten verwendet werden. Mit der baulichen Entwicklung, die oft nichts anderes als der Ausdruck einer wilden Bauspekulation ist, verschwinden alte, unscheinbare Häuser und in den Palais, die an ihre Stelle treten, finden weder der Arbeiter noch der Handwerker Zulaß. Sie werden mehr und mehr an die Peripherie der Stadt gedrängt, was bei vielen Gewerbetreibenden oft mit der Vernichtung der Existenz gleichbedeutend ist. Öffentliche Angestellte, Beamte ebenso wie Diener finden oft nur weitab von der Stätte ihrer beruflichen Tätigkeit eine Wohnung. Die Widrigkeit dieser Zustände wird noch erhöht durch eine enorme Teuerung aller Wohnungen, die zu einer schweren wirtschaftlichen Gefahr für alle wird.

Wie sehr meine Ausführungen den Tatsachen entsprechen, mögen einige Ziffern zeigen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkszählung beträgt in Wien (in den Bezirken II—XX) in den letzten 10 Jahren die Zunahme der Bevölkerung 16·65%, die Zunahme der Wohnhäuser aber nur 11·3%. In Lemberg finden wir eine Bevölkerungszunahme von 29·2%, die Zunahme der Wohnhäuser jedoch nur mit 22·7%. Wenn die genauen Ergebnisse der Volkszählung auch schon für die kleinen Gemeinden, insbesondere die Fabriksorte vorliegen würden, so würden wir ein noch viel deutlicheres Bild von der ungenügenden Zunahme der Wohnhäuser haben. Die Zahl der auf ein Haus entfallenden Bewohner (die Behausungsziffer) beträgt:

in Wien	52·94	gegen	50·56	im	Jahre	1900
„ Lemberg . . .	38·01	„	36·02	„	„	1900
„ Prag	40·06	„	43·6	„	„	1900
„ Brünn	35·5	„	36·00	„	„	1900
„ Graz	25·6	„	25·6	„	„	1900

Es sind also diese durchschnittlichen Behausungsziffern nur in Prag und Brünn um weniges zurückgegangen, in Wien und Lemberg aber bedeutend gestiegen. Diese Durchschnittsziffern geben aber noch kein genaues Bild. Die Zahl der auf ein Haus entfallenden Bewohner ist besonders groß in den Arbeitervierteln, gering in den von wohlhabenderen Kreisen bewohnten Stadtteilen. Es entfallen 1910 auf ein Haus im Bezirke

XX, Brigittenau	86·8	Bewohner	gegen	69·1	im Jahre	1900
XIV, Rudolfsheim	75·7	„	„	71·9	„ „	1900
X, Favoriten	69·9	„	„	63·2	„ „	1900
V, Margareten	67·9	„	„	66·0	„ „	1900

Bezüglich des Bezirkes Margareten muß in Betracht gezogen werden, daß durch eine Grenzregulierung der Bezirk verkleinert wurde. Wir ersehen aus diesen Ziffern, daß die Behausungsziffern in diesen Bezirken nicht nur weit über den Wiener Durchschnitt hinausragen, sondern auch, daß ihr Anteigen gerade in den Arbeitervierteln ein sehr rasches ist. Interessant ist auch in diesen Bezirken ein Vergleich der Bevölkerungsvermehrung mit der Zunahme der Wohnhäuser. Es stieg von 1900 auf 1910 die Bevölkerung in den Bezirken:

XX, Brigittenau um 41·7%
XIV, Rudolfsheim „ 18·4%
X, Favoriten „ 19·6%

während die Bevölkerungsziffer im V. Bezirke, Margareten, um 2·3% zurückging.

Die Zahl der Wohnhäuser hingegen stieg in den Bezirken:

XX, Brigittenau nur um . . . . . 13 Prozent
XIV, Rudolfsheim „ „ . . . . . 3·6 „
X, Favoriten „ „ . . . . . 8·1 „

während sie in Margareten um 4·9 Prozent zurückging.

Sehr interessant ist die Entwicklung im XIII. Bezirke Hietzing. Dort findet man teils elegante Villenviertel, teils aber auch die von Proletariern bewohnten dumpfen Mietkasernen. Die Bevölkerung dieses Bezirkes stieg um 84·3%, die Zahl der Häuser jedoch nur um 22·9%. Die Behausungsziffer stieg dort von 21·2 auf 31·9. Wenn man bedenkt, daß in diesem Bezirke so viele Villen und Familienhäuser wie in keinem anderen Wiens anzutreffen sind, dann muß man diese Ziffer als unverhältnismäßig hoch bezeichnen. Die Verschlechterung der Wohnungsverhältnisse wird aber deutlich genug durch das gewaltige Ansteigen der Behausungsziffer gekennzeichnet.

Die Behausungsziffer ist auch in den anderen Orten oft sehr hoch. Sie beträgt in Innsbruck 26·4, Graz 25·6, Laibach 22·3, Klagenfurt 21·6, Salzburg 20·7, Bielitz 20·3 und Linz 20·0. Wenn man erwägt, daß in diesen Städten die Zinskaserne nur selten vorkommt, dagegen Villen und Familienhäuser öfter anzutreffen sind, so muß auch hier von einer Überfüllung der Wohnungen gesprochen werden.

Ich will jedoch mit diesen Feststellungen noch nicht zufrieden sein. Gestatten Sie mir, daß ich noch einmal die Verhältnisse in Wien zum Gegenstand meiner Erörterungen mache. Der Wohnungszuwachs betrug in Wien

im Jahre 1905 . . . . . 13·052
„ „ 1906 . . . . . 10·564
„ „ 1907 . . . . . 9·642
„ „ 1908 . . . . . 5·911
„ „ 1909 . . . . . 4·264

So gewaltig ist also die Wohnungsproduktion im Laufe der Jahre zurückgegangen. Auch die Wohnungsleerstehungen, die in normalen Zeiten mindestens 3% betragen sollen, sind zu interessant, als daß sie hier übergangen werden könnten. Es standen Wohnungen leer

im Jahre 1907 . . . . . 1·9 Prozent
„ „ 1908 . . . . . 1·5 „
„ „ 1909 . . . . . 0·8 „

Das Leerstehungsprozent sank in demselben Zeitraum in den Arbeiterbezirken: Favoriten von 1·5% auf 0·4%, Meidling von 1·5% auf 0·4%, Ottakring von 2·1% auf 0·5%. Wenn ein so geringer Prozentsatz von Wohnungen leersteht, so ist das ein sicherer Beweis für die bestehende Wohnungsnot.

Es ist also eine notorische Tatsache, daß die Wohnungen, insbesondere in den Arbeitervierteln, übervölkert sind, und daß die Zunahme der

Bevölkerung eine viel größere ist als der Wohnungszuwachs. Es kann daher niemand leugnen, daß eine Wohnungsnot tatsächlich besteht.

Dabei darf man aber nicht übersehen, daß es sich da um Wohnungen verschiedenster Güte handelt. Finstere Wohnräume, solche in Kellern oder, wie man oft sagt, im Souterrain, nasse Wohnungen sind nicht selten anzutreffen. Was das Hausen von Menschen in solchen Wohnungen gesundheitlich bedeutet, brauche ich wohl nicht erst zu erörtern. Und die Bewohner solcher Räume müssen oft noch recht froh sein, daß sie überhaupt eine Wohnung haben. Selbst wenn sie eine gesunde Wohnung mieten wollten, ist ihnen das unmöglich, weil es eine Auswahl einfach nicht gibt.

Diese Tatsache besteht aber nicht nur für Wien. Wer da meint, daß es anderwärts besser sei, der frage nur unsere Delegierten aus den verschiedensten Orten Österreichs. Der Christliche Tabakarbeiterverband hat eine Erhebung über die Wohnverhältnisse der Tabakarbeiterschaft gemacht und dieses Material in einer Broschüre veröffentlicht. Eine Arbeiterin aus Zwittau berichtet:

„Wenn wir einen kleinen Rundgang in der Stadt unternehmen, so werden wir zumeist sechs- bis acht-, ja sogar zehnköpfige Familien in einer Wohnung eingepferchT finden, in der nur ein Bett, ein Tisch nebst zwei Stühlen, vielleicht ein oder zwei Kästen Platz finden. Eine solche Wohnung bietet erst einen traurigen Anblick zur Zeit, wo alles sich in „sanftem Schlummer wiegt". Da findet man zwei bis drei Personen in dem einen Bett, einen Teil der Familie auf dem Fußboden, auf einen Strohsack ausgestreckt, und der Rest muß gewöhnlich auf dem Dachboden seine Lagerstätte aufsuchen. Zu all dem Elend gesellt sich noch die Wohnungsnot. Lange muß ein Arbeiter suchen und nachfragen, bis er in einer derartigen Spelunke wieder Unterkunft gefunden hat. Aus diesem Mangel an brauchbaren und billigen Wohnungen folgt die Flucht auf das flache Land hinaus, wo der Arbeiter eine Wohnung mietet, in der vielleicht noch vor kurzer Zeit eine Ziegenfamilie ihr Dasein gefristet und, ohne erst die „Wohnung" der notwendigen Restaurierung zu unterziehen, hoffen Menschen, darin ein trautes Heim zu finden."

Das sind Feststellungen, die zeigen, daß auch außerhalb Wiens die Wohnungsnot eine sehr große ist. Wenn einmal die Ergebnisse der Volkszählung vorliegen werden, wird diese Tatsache noch viel augenscheinlicher sein.

Die Wohnungsnot wird aber durch die Wohnungsteuerung nachgerade unerträglich. Oberkuratur Steiner hat festgestellt, daß der Mietzins von Wien 1900 bis 1910 von 212 Millionen Kronen auf 307 Millionen Kronen gestiegen ist. Das ist eine Steigerung um 44·8%. Per Kopf der Bevölkerung ist die Wohnungsmiete von K 128·50 auf K 159.— jährlich, also um 24% gestiegen. Eine aus vier Köpfen bestehende Familie muß also jährlich K 636·— allein an Miete aufbringen. Ein Familienvater, der im Wochenlohn 36 K verdient, muß also mehr als ein Drittel seines Lohnes für die Wohnung aufwenden. Kein Wunder, wenn bei einer solchen Verteuerung des Wohnens die Wohnung von vielen Familien mit fremden Leuten geteilt wird und damit Familienleben, Gesundheit und Sittlichkeit arg in Mitleidenschaft gezogen werden. Wo so wichtige In-

teressen berührt werden, da kann auch die Allgemeinheit nicht mehr ruhig zusehen. Je mehr also die Wohnungsnot zunimmt und je mehr die Wohnungsnot und das Wohnungselend Kultur, Gesittung und die Wirtschaft bedrohen, desto mehr wird die Sorge für eine Besserung der Wohnungsverhältnisse zu einer Pflicht der Allgemeinheit.

Wenn nun die Wohnungsnot wirksam bekämpft werden soll, dann muß auch ihren Ursachen entgegengewirkt werden. Eine der Hauptursachen der Wohnungsnot ist zweifellos die spekulative Verteuerung des Baugrundes. Auf teurem Boden wird das Erbauen von Wohnungen unrentabel. Und die Steigerung der Grundpreise ist tatsächlich eine horrende. Ich habe in meinem Referat 1905 schon darüber gesprochen, ebenso Kollege Mender 1909. Ich will diese Feststellungen nur ergänzen mit Berechnungen eines Fachmannes, die Kollege Kunschak heuer im März ziliert hat. Der Grundpreis ist von 1878 bis 1909 gestiegen: im 11. Bezirke um 254 bis 567%, im 13. Bezirke um 325 bis 775%, im 10. Bezirke um 489 bis 2650% und im 20. Bezirk 1614%. Diese Wertsteigerungen, die man ruhig als Wucher kennzeichnen kann, aufzuhalten, ist eine wichtige Aufgabe. Wie soll das nun geschehen?

Der Wert des Bodens steigt, wenn derselbe gebraucht wird. Wenn eine Stadt oder Gemeinde sich ausdehnt, so spekuliert der Grundbesitzer darauf, einen möglichst hohen Preis zu erzielen. Solange der Grund von den Wohnstätten der Menschen noch weit entfernt ist, solange ist er wertlos oder nur wenig wert. Wenn aber ein Gemeinwesen sich ausdehnt und immer mehr Grundflächen zum Bau von Wohnungen benötigt werden, desto höher schätzt der Grundbesitzer seinen Baugrund ein. Der Baugrund wird also zu einem Spekulationsobjekt.

Das ist aber durchaus nicht notwendig. In Deutschland und teilweise auch in Österreich, ist man schon darangegangen, Häuser auf fremdem Grund zu bauen. Wenn aber der Grund nicht zum Verkaufe gelangt, dann wird kaum eine solche Steigerung seines Wertes eintreten, wie das heute der Fall ist.

So ist also der Grundbesitz von der Wohnungsherstellung zu trennen. Doch wie sollen wir dazu kommen? Der spekulative Grundbesitzer wird es gewiß ablehnen, einem Fremden auf seinem Boden den Hausbau zu gestatten, wenn er andererseits die wenn auch entfernte Aussicht hat, seinen Grund teuer verkaufen zu können. Doch auch dagegen gibt es ein Mittel: Staat, Länder und Gemeinden brauchen sich nur zu bemühen, recht viel Grundbesitz selbst zu erwerben. Diese Faktoren, die nicht zu spekulieren brauchen, können nun anderen das Recht einräumen, auf diesem Grunde Wohnhäuser zu erbauen. Dieses Recht, das auf eine bestimmte Zeit eingeräumt und vererbt werden kann, nennt man bekanntlich Erbbaurecht und bedarf in Österreich noch einer gesetzlichen Regelung, einer genauen Umschreibung. Die in Deutschland gemachten Erfahrungen können bei einer Kodifikation leicht berücksichtigt werden.

Freilich könnte auch das Erbbaurecht nur wenig nützen, wenn die Gemeinden usw. nicht genügend Grund zur Verfügung hätten. Wenn die Grundspekulanten ungeheure Preise verlangen, so wäre es sehr notwendig, daß den Gemeinden das Recht zustünde, den zum Wohnungsbau notwendigen Boden einzuschätzen und zu enteignen. Heute ist das nicht nur nicht möglich, sondern es kommt häufig genug vor, daß die Gemeinden

den Grund für Straßenverbreiterung den Grundbesitzern übermäßig teuer ablösen müssen, wenn nicht der Verkehr in einer oft gefährlichen Weise unterbunden werden soll. Wird den Gemeinden aber das Enteignungsrecht eingeräumt, dann werden die Grundbesitzer nicht mehr darauf rechnen können, horrende Preise für ihren Grundbesitz zu erzielen. Sie werden dann entweder ihren Grund zu einem billigen Preis verkaufen oder denselben im Erbbaurecht gegen einen mäßigen Pachtzins vergeben.

Für das Erbbaurecht und das Enteignungsrecht der Gemeinden fehlen aber noch die gesetzlichen Voraussetzungen. Ebenso wie diese ist auch die Schaffung eines Wohnungsgesetzes notwendig. Dasselbe hätte Bestimmungen über die Anlage und Beschaffenheit der Wohnungen, die Wohndichtigkeit, die Durchführung der Wohnungsinspektion und endlich Regelung des Mietverhältnisses zu enthalten.

Neben diesen gesetzlichen Maßnahmen, muß aber auch eine Hebung der Bautätigkeit eingeleitet werden. Das wird nun Sache verschiedener Faktoren sein. Staat, Länder und Gemeinden müssen hiezu eine entsprechende Bodenpolitik betreiben. Dieselben müssen zunächst trachten, möglichst viel Baugrund in ihren Besitz zu bringen. Dann dürfen sie aber ihren Grundbesitz nicht zum Verkauf bringen. Vielmehr soll der Grund, wie schon erwähnt, gegen einen mäßigen Pachtzins in Erbbaurecht vergeben werden. Damit wird der Grund der Spekulation entzogen, doch muß auch dafür gesorgt werden, daß die Erbbaupächter durch eine Verteuerung der Wohnungen nicht etwa selbst zu Spekulanten werden.

Die erwähnten öffentlichen Körperschaften werden wohl oft klagen, daß ihnen die zum Grundkauf notwendigen Geldmittel nicht zur Verfügung stehen. Dem könnte durch eine entsprechende Steuerreform begegnet werden. Die Gemeinden sollen zur Einführung der Steuer nach dem gemeinen Werte und der Wertzuwachssteuer schreiten. Über das Wesen und die Bedeutung dieser Steuerreform will ich mich hier nicht verbreiten, es genügt, wenn ich die Parteigenossen auf die Protokolle des 6. und 8. Parteitages verweise.

Werden die Quellen einer gerechten Besteuerung eröffnet, so müssen insbesondere die Gemeinden zu reichlichen Einkünften gelangen. Freilich sehen wir, daß in den Gemeindevertretungen die Stimmung für die Einführung solcher Steuern keine günstige ist. Das ist auf den Einfluß, den die Haus- und Grundbesitzer in übergroßem Maße in den Gemeinden haben, zurückzuführen. Daß die Grundbesitzer einer solcher Steuer, die sie nicht nur empfindlich treffen würde, sondern die Grundspekulation überhaupt beseitigen könnte, nicht günstig gesinnt sind, kann man verstehen. Daß aber die Hausbesitzer sich ebenfalls gegen solche Steuern kehren, ist nicht einzusehen. Diese beiden Steuerarten verhindern die Preistreiberei mit dem Baugrunde. Und die Grundspekulation verteuert ja gerade den Hausbau so außerordentlich. Darum sollte der reelle Hausbesitz die Einführung solcher Steuern nur begrüßen. Statt dessen sehen wir aber das Gegenteil. Wenn nun in Gemeinden, dank dieser Einflüsse, diese Steuerreform nicht durchgeführt werden kann, so wird endlich nichts anderes übrbleiben, als sie auf einem anderen Wege durchzuführen. Dieser Weg ginge über den Landtag resp. den Reichsrat. Gewiß soll der Ertrag dieser Steuern in erster Linie den Gemeinden zufließen, weil sie die Wert-

steigerung in erster Linie hervorbringen. Aber wenn die Gemeinden nicht darangehen, dieses der Allgemeinheit gehörige Vermögen zu sichern, sondern den Genuß auch weiterhin einigen spekulativen Köpfen ruhig überlassen, dann wird man wohl daran denken müssen, auf dem Wege der Landes- oder Reichsgesetzgebung diese Wertsteigerung der Allgemeinheit wieder zurückzugeben.

Vielfach hört man auch den Ruf nach einer Herabsetzung der Hauszinssteuer. Er ertönt merkwürdigerweise ebenso auf seiten der Sozialdemokraten wie der Hausbesitzer. Daß die Hauszinssteuer nicht die hohen Wohnungspreise verschuldet, lehrt ein einfaches Beispiel. Seit dem Jahre 1898 ist die Gebäudesteuer ziemlich gleich geblieben. Aber gerade seither sind die Wohnungsmieten bedeutend in die Höhe getrieben worden. Ja, es ist zu befürchten, daß eine Ermäßigung der Hauszinssteuer in den meisten Fällen keine Ermäßigung des Mietzinses mit sich bringen würde, sondern nur in die Taschen der Hausbesitzer fließen würde. Die hohe Besteuerung der Gebäude ist eigentlich nichts anderes als eine Beteiligung von Staat, Land und Gemeinde an dem hohen Preise der Wohnungen. Wie wenig eine Beseitigung derselben dem Mieter nützen würde, kann man daraus entnehmen, daß in der Enquete über die Reform der Gebäudesteuer der Präsident der „Wiener Baugesellschaft", Oberbaurat Eduard Kaiser, ausdrücklich konstatierte, daß die „allgemeine Herabsetzung der Hauszinssteuer zunächst wohl nur den Wert der bestehenden Zinshäuser und wahrscheinlich auch der Baustellen steigern würde". Man kann sich deshalb wenig für eine Steuerermäßigung erwärmen, wenn man schon im voraus hört, daß den Gewinn derselben nicht das Volk, sondern die Haus- und Grundbesitzer haben sollen. Und die Steuersumme wird man doch viel lieber dem Staate als den Haus- und Grundbesitzern zahlen. Denn, wenn die Steuern herabgesetzt würden, müßten Staat, Länder und Gemeinden, die ohnedies schon zu wenig Mittel haben, diese durch andere Steuern hereinzubringen suchen. Wenn auch nur teilweise die Hausbesitzer die Ermäßigung selbst behalten würden, so wäre eine solche Steuerreform nur ein Geschenk an die Haus- und Grundbesitzer. Wenn die Sozialdemokraten ebenfalls dafür eintreten, so ist dies aus der Demagogie ihrer Politik zu erklären. Die Sozialdemokratie ist ja mit der Aufhebung von Steuern immer rasch bei der Hand, wie aber die davon betroffenen öffentlichen Körperschaften den Abgang hereinbringen, darüber zerbrechen sie sich die weisen Köpfe freilich nicht. Wenn schon der Versuch mit einer Herabsetzung der Gebäudesteuer gemacht werden soll, dann könnte er nur hinsichtlich der von den öffentlichen Körperschaften und der von gemeinnützigen Baugenossenschaften errichteten Wohnhäuser gemacht werden. Bei solchen Objekten kann vielleicht die Ermäßigung wirklich den Mietern zukommen, wenn entsprechende Vorkehrungen getroffen sind. Wird jede Wertsteigerung immer den Mietern zugeführt, dann mag man es versuchen. Niemals wird dies aber hinsichtlich der im Privatbesitz befindlichen veräußerlichen Wohnhäuser geschehen dürfen.

Eine wesentliche Anregung der Bautätigkeit würde die Bereithaltung von Geldmitteln zur Beschaffung billigen Baukredites und von Hypothekardarlehen bieten. Mit der Schaffung des Wohnungsfürsorgefonds ist in dieser Hinsicht dieser erste Schritt getan worden, doch sind die hiefür eingeräumten Mittel viel zu gering, um eine ausgiebige Abhilfe schaffen

zu können. Vielmehr muß auch noch weiterhin getrachtet werden, solche Fonds zu schaffen und mit reichlicheren Mitteln zu dotieren.

Die Gemeinden ebenso wie der Staat und die Länder werden oft auch selbst zur Erbauung von Wohnungen schreiten müssen. Besonders für ihre eigenen Angestellten, Diener und Arbeiter werden die Verwaltungen aufstrebender Gemeinden durch Erbauung von Wohnhäusern und Ledigenheimen sorgen müssen. Doch kann die Erbauung von Wohnungen seitens der Gemeinden zur Vermietung nur als wünschenswert bezeichnet werden, weil solche Wohnungen nicht im Preise gesteigert zu werden brauchen. Wohnungen mit konstanten und billigen Mietzinsen bilden aber einen nicht zu unterschätzenden Preisregulator gegenüber den Beutegelüsten rücksichtsloser Bauspekulanten.

Die Entwicklung der letzten Jahre hat aber gerade gezeigt, daß die Bautätigkeit Privater an dem Baue von Wohnhäusern immer weniger Gefallen findet. Dies ist freilich nicht recht verständlich. Architekt Professor Simony hat in einem Vortrage im österreichischen Ingenieur- und Architektenverein nachgewiesen, daß die von gemeinnützigen Baugesellschaften in Wien-Stadlau und Wiener-Neustadt aufgeführten Arbeiterwohnhäuser eine Rentabilität von $3\frac{1}{2}$ bis 4 Prozent aufweisen. Es scheint aber, daß vielen eine solche Rentabilität als zu gering erscheint. Ein Spekulant rechnet überhaupt nicht mit einer billigen Verzinsung. Er sucht das von ihm hergestellte Projekt möglichst im Preise emporzutreiben, umsomehr, wenn er, was oft der Fall ist, mit fremdem, d. h. teuerem Gelde arbeitet. Darum ziehen sich diese Elemente von der Bautätigkeit zurück und wenden ihre spekulative Tätigkeit anderen, ergiebigeren Zweigen zu.

Wenn aber die Entwicklung zeigt, daß die Wohnungsproduktion dem Bedarf nicht entspricht, wenn dadurch eine wahre Not an Wohnungen entsteht, dann ist eine ausgiebige Abhilfe notwendig. Die erwähnten Mittel zur Belebung der Bautätigkeit werden manches nützen, sie werden aber erst recht wirksam, wenn auch auf diesem Gebiete zur Selbsthilfe gegriffen wird. Es wird darum die Gründung von Spar- und Baugenossenschaften eine unabweisliche Notwendigkeit. Diese Genossenschaften werden sich wohl nicht allzu rasch entwickeln. Aber dem beharrlichen Streben wird auch hier der Erfolg beschieden sein. Manche Arbeiter und Angestellten werden wohl in der Lage sein, für eine solche Genossenschaft einige Hundert Kronen für Anteilscheine aufzubringen. Wo dies möglich ist, soll ehestens mit solchen Gründungen begonnen werden. Aber die Mehrzahl der Arbeiter wird nicht in der Lage sein, binnen kurzer Frist den notwendigen Betrag aufzubringen. Da wird es sich empfehlen, durch wöchentliche Einzahlungen das Kapital im Verlauf einiger Jahre anzusammeln. Bei ernstem und redlichem Willen wird dies möglich sein.

Bei der Konstituierung der Genossenschaften darf jedoch nicht vergessen werden, daß der Zweck derselben ist, verbilligend auf den Wohnungsmarkt einzuwirken. Das kann nur geschehen, wenn die geschaffenen Wohnungen oder Häuser nicht zu Spekulationszwecken mißbraucht werden können. Es ist ja in Deutschland vorgekommen, daß Leute, die durch solche Genossenschaften zu günstigen Bedingungen in den Besitz eines eigenen Hauses gelangten, hernach dasselbe zur Spekulation gebrauchten. Damit war natürlich der ganze Zweck einer solchen Genossenschaft vereitelt. Dem kann dadurch vorgebeugt werden, daß der Erwerber eines solchen Hauses sich verpflichtet,

dasselbe nur wieder an die Genossenschaft zu veräußern. In diesem Falle wird dem Verkäufer neben dem Erwerbungspreise nur der für tatsächliche Verbesserungen aufgewendete Betrag zuzuerkennen sein. Von dieser Summe wäre aber in jedem Falle für die Abnützung eine entsprechende Quote in Abschlag zu bringen. So kann faktisch die Spekulation von einem solchen Objekt ferngehalten werden.

Ich habe schon früher erwähnt, daß die Gemeinden die Tätigkeit solcher Genossenschaften wesentlich fördern können. Die Zuwendung billiger Kredite, die Überlassung von Grund und Boden im Erbbaurecht werden hier in erster Linie Anwendung finden können. Besonders wird dies aber hinsichtlich der Bauordnungen geschehen können. Besonders in Orten, in denen die Bodenpreise noch keine exorbitante Höhe erreicht haben und dort, wo die Gemeinden in der Lage sind, auf Grund ihres großen Besitzes an Bauland solches zu billigem Pachtzins an Genossenschaften abzugeben, wird der Frage der Bauordnungen ein großes Augenmerk zugewendet werden müssen. Denn in solchen Orten wird am ehesten an die Errichtung von Ein- und Zweifamilienhäusern geschritten werden können. Wenn aber die Bauordnungen für die Geschoßhöhen, Mauerstärken, Feuermauern, Stiegenanlagen gleiche Bestimmungen für alle Gebäude, ob mehrstöckiges Zinshaus oder Kleinwohnungshaus, bestimmen, so ist das nur eine Verteuerung des Kleinwohnungshauses. Denn die Mauerstärke kann zweifellos für ein Haus mit höchstens zwei Geschossen geringer sein als wie für ein solches mit vier oder fünf Geschossen. Und für die Stiegenanlage in einem Kleinwohnungshause mit wenigen Einwohnern kann sicherlich eine Erleichterung gegenüber den Vorschriften für ein dichtbevölkertes Zinshaus eingeräumt werden. Alle diese ganz gerechtfertigten Begünstigungen drücken sich aber in einer Verminderung der Baukosten aus. Damit ist freilich nicht gesagt, daß die durch die Erfahrungen gebotenen sanitären Vorschriften etwa bei solchen Häusern außeracht gelassen werden sollen. Es kann sich hier nur um technische Erleichterungen handeln. Wenn ich schon das Kapitel „Bauordnung" bespreche, möchte ich eine Forderung besonders betonen. Das ist die Forderung nach einer zeitgemäßen Reform der Bauordnungen überhaupt. Meistens sind dieselben schon sehr veraltet und dringendst reformbedürftig. Wir sehen aber gerade in Wien, daß die Reform der Bauordnung unter den verschiedensten und nichtigsten Vorwänden immer wieder verzögert wird. Es wäre hoch an der Zeit, sich endlich einmal zu einem energischen Schritte aufzuraffen. Man muß gewissen Kreisen einmal klar machen, daß man sich auch im Wohnungsbau einer modernen Auffassung nicht widersetzen darf. Die rücksichtslose Verbauung des Baugrundes muß beseitigt werden und jedes Zurückweichen vor dieser Erkenntnis muß sich früher oder später rächen. Das soll man erkennen und einmal zu einem Entschlusse kommen, wenn man nicht den Eindruck erwecken will, daß die maßgebenden Kreise nicht den Mut hiezu aufbringen wollen.

Dann können die Gemeinden auch durch Nachlaß verschiedener Gebühren, z. B. der Kanaleinmündungsgebühr usw., entgegenkommen.

Die Frage, welche Arten von Häusern von den Genossenschaften gebaut werden können, kann nicht allgemein beantwortet werden. Ein- und Zweifamilienhäuser wird man wohl nur dort bauen können, wo der Grund noch billig zu haben ist. Wo die Grundpreise aber schon eine gewisse

Höhe erreicht haben, da wird man mit Familienhäusern keine preiswerten Wohnungen schaffen können. Man wird dort mehrstöckige Häuser mit kleinen Wohnungen errichten müssen, um das investierte Kapital bescheiden verzinsen zu können und die Mietzinse doch nicht zu hoch ansetzen zu müssen. So sehr man die Schaffung von Familienhäusern auch für Arbeiter wünschen kann, so darf doch ein solcher Lieblingswunsch nicht weiter als möglich verfolgt werden.

Die Baugenossenschaften werden neben diesen zwei verschiedenen Häusertypen auch noch die Schaffung von Ledigenheimen ins Auge fassen müssen. Denn anders kann dem Bettgeherunwesen nicht begegnet werden. Ledige Leute, die noch keine Familie haben, müssen doch auch wohnen und dazu soll das Ledigenheim dienen. Dort, wo eine Genossenschaft infolge ihrer geringen Mittel nur mit einem oder wenigen Objekten rechnen kann, wird man mit der Bereithaltung von einigen Räumen für diesen Zweck wohl auskommen.

Was die Gründung und Einrichtung von Spar- und Baugenossenschaften anbelangt, so ist selbe wohl nicht zu schwer. Ordnung halten ist hier wie überhaupt in Organisationsfragen eine Grundbedingung. Die Kenntnis der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen ist nicht schwer zu erlangen. Dann stehen heute bereits eine Reihe von ausgezeichneten Behelfen zur Verfügung, welche teils von der Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, teils vom Ministerium für öffentliche Arbeiten herausgegeben wurden.

Wir sehen also, daß es Wege genug gibt, die zum Zweck einer Bekämpfung der Wohnungsnot beschritten werden können. Aber sie müssen einmal begangen werden. Lange, allzulange hat man bisher in Österreich die Dinge gehen lassen. Wir dürfen von uns sagen, daß wir nicht achtlos an der Entwicklung der Dinge vorüber gegangen sind. Allein unsere Stimme wurde nicht gehört. Wir müssen aber in Zukunft uns bemühen, in der Bekämpfung der Wohnungsnot unseren Willen zur Geltung zu bringen.

Freilich haben wir damit zu rechnen, daß über die Wohnungsfrage viele noch irriger Meinung sind. Da muß fleißig und unermüdlich Aufklärungsarbeit geleistet werden. Diese Aufklärungsarbeit müssen wir uns entschieden vornehmen. Als vor Jahren die christlichsozialen Arbeiter Wiens zuerst die Frage der Bodenreform und damit die Wohnungsfrage aufrollten, da war diese Idee in Österreich neu, und man war oft genug geneigt, diese Idee ebenso wie ihre Verfechter zu verspotten. Doch schon damals hat Dr. Lueger die große Wichtigkeit dieser Ziele erkannt und er hat uns in der denkwürdigen Versammlung in der Volkshalle aufgetragen, die Idee der Bodenreform zu verbreiten und populär zu machen. Wir haben uns dieser Arbeit gewidmet, aber der Boden, auf dem wir säten, war oft hart und unfruchtbar und die Verhältnisse einem Gedeihen der jungen Saat oft recht mißgünstig.

Heute liegen die Dinge wohl schon anders. Die Erkenntnis, daß die Wohnungsnot kein Rühr-mich-nicht-an mehr sein kann, bricht sich immer mehr Bahn. Sehnsüchtig blicken viele nach Hilfe aus. Und wir haben das helfende Mittel erkannt, wir wissen, was man tun muß, um die Verhältnisse zu bessern. Darum haben wir aber auch die Pflicht, diese Erkenntnis nicht allein auf uns zu beschränken, sondern sie allen anderen bedrängten

Menschen mitzuteilen, ihnen so die Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu bringen.

Durch eine rege Versammlungstätigkeit und durch Verbreitung aufklärender Schriften müssen wir in der nächsten Zukunft für die Sache der Bodenreform wirken und an einer wirksamen Bekämpfung der Wohnungsnot mitarbeiten. Wir haben dabei auf die werktätige Unterstützung zweier wertvoller Bundesgenossen zu rechnen: der Bund deutscher Bodenreformer in Berlin und die Zentralstelle für Wohnungsreform in Österreich, Wien, 1. Bezirk, Stubenring 8. Besonders die letztere leistet viel an Aufklärungsarbeit und Herbeischaffung von aufklärendem Material. Der Beitrag zu derselben ist so gering (2 Kronen jährlich), daß jede Organisation und viele Arbeiter denselben leisten könnten.

Wir werden durch unsere unermüdliche Arbeit diese Fragen aber nicht nur auf der Tagesordnung erhalten, sondern die autonomen Vertretungskörper durch unsere Propaganda auch zwingen, sich mit denselben zu befassen. Bisher ist das so wenig geschehen, daß ein wenig Nachdruck da nicht schaden wird.

Neben der rührigen Aufklärungs- und Propagandaarbeit werden wir uns auch mit dem Gedanken befreunden müssen, die Selbsthilfe auf dem Gebiete der Wohnungsfrage durchzuführen. Die Gründung von Spar- und Baugenossenschaften wird allerorts leicht möglich sein. Es ist wohl nicht notwendig, besonders zu betonen, daß in diesen Genossenschaften unter allen Umständen das Hauptaugenmerk auf eine vorsichtige und kluge Gebarung zu richten sein wird. Diese Genossenschaften rasch zu gründen, ist eine eminente Notwendigkeit, wenn nicht die gesamten Mittel des staatlichen Wohnungsfürsorgefonds ausschließlich an sozialdemokratische Wohnungsbaugenossenschaften fallen sollen. In vielen Orten werden unsere Organisationen oft noch billige Baugründe erhalten können. Damit werden unsere Kollegen den Wohnungsmarkt sehr oft günstig beeinflussen können und praktisch zeigen, daß gerade die christliche Arbeiterschaft in der so wichtigen Wohnungsfrage entsprechend zu handeln weiß.

Aber nicht nur den einzelnen Organisationen soll der Parteitag diese Pflicht auferlegen, sondern es soll auch die Parteivertretung mit solchen bedacht werden. Den einzelnen Organisationen wird es oft schwer fallen, sich die notwendigen Hilfsmittel für die Gründung solcher Wohnungsgenossenschaften zu besorgen. Geht ihnen dabei die Parteivertretung wirksam an die Hand, so werden nicht nur manche Fehler vermieden, sondern es wird auch dafür gesorgt werden, daß die Baugenossenschaftsbewegung in unserem Lager auch ein einheitliches Gepräge erhält.

Zum Schlusse richte ich an alle, die entweder in unserer Bewegung stehen oder dieselbe als Freunde zu unterstützen bereit sind, die dringende Bitte: „Helfet alle zusammen, damit das furchtbare Wohnungselend beseitigt werde, helfet alle mit, den Arbeitern Wohnungen zu schaffen, damit sie menschenwürdig wohnen können und nicht in dumpfem Dahinbrüten und laut aufschreiender Verzweiflung an der Wirksamkeit der christlichen Sozialreform verzweifeln.“ In diesem Sinne bitte ich auch die gestellte Resolution anzunehmen.

Die schon seit Jahren in Österreich herrschende Wohnungsnot hat mit ihren sittlichen, moralischen und gesundheitlichen Gefahren und der durch die grenzenlose Steigerung der Mietzinse herbeigeführten wirtschaftlichen Schädigung weiter Bevölkerungskreise ein Wohnungselend geschaffen, wie es trauriger und kulturwidriger nicht mehr sein könnte.

Die Ursachen dieses Zustandes liegen in der spekulativen Verteuerung des Baugrundes und der ungenügenden Bautätigkeit Privater, ebenso wie in Versäumnissen, die Staat und Gemeinden sich in Bezug auf die Wohnungsfürsorge zu Schulden kommen ließen.

Schon die Parteitage von 1905 und 1909 haben auf die Notwendigkeit einer raschen Hilfe verwiesen. Der IX. Parteitag billigt die schon damals gefaßten Beschlüsse und fordert neuerdings zur Bekämpfung der herrschenden Wohnungsnot:

1. Gesetzliche Maßnahmen zur Regelung des Erbbaurechtes und Enteignungsrechtes der Gemeinden. Schaffung eines Wohnungsgesetzes.

2. Beschaffung von Geldmittel durch Staat und Gemeinden zum Zwecke der Darlehensgewährung an gemeinnützige Baugenossenschaften zu einem billigen Zinsfuße. Die Schaffung des Wohnungsfürsorgefonds wird als erster Schritt auf diesem Gebiete begrüßt.

3. Betreiben einer vernünftigen Bodenpolitik seitens des Staates, der Länder und Gemeinden. Diese sollen ihren gegenwärtigen Grundbesitz nicht nur erhalten, sondern durch Ankauf preiswerten und als Bauland geeigneten Bodens zu mehren suchen.

4. Staat, Länder und Gemeinden sollen anstatt des Verkaufes ihres Grundbesitzes die Benützung desselben als Bauland in Erbbaurecht vergeben.

5. Besteuerung des Bodens nach dem gemeinen Wert und Einführung einer Wertzuwachssteuer. Soferne die Grundbesitzer durch ihren Einfluß in den Gemeindeverwaltungen eine solche Steuerreform hintanzuhalten imstande sind, sollen die Landtage, resp. der Reichsrat an deren Einführung schreiten.

6. Schaffung zeitgemäßer und die Erbauung von Kleinwohnungen begünstigender Bauordnungen.

7. Förderung des Wohnungsbaues durch Begünstigung gemeinnütziger Baugenossenschaften in der Form von Abgabe des Grund und Bodens in Erbbaurecht zu billigen Bedingungen, Gewährung von Baukrediten und Hypothekardarlehen und Nachlaß der Straßenherstellungkosten, Kanaleinmündungsgebüren ꝛc. seitens der Gemeinden. Bau von Wohnungsbäusern und Ledigenheimen seitens des Staates, der Länder und Gemeinden selbst, in erster Linie für deren Angestellte und Arbeiter.

8. Schaffung einer zweckentsprechenden Wohnungsinspektion und von Wohnungsnachweisen.

Der Parteitag fordert die Parteigenossen nicht nur zur Verbreitung und Vertretung dieser Prinzipien auf, sondern legt denselben insbesondere die Gründung von gemeinnützigen Baugenossenschaften dringendst ans Herz. Die Parteivertretung wird beauftragt, den Organisationen bei Gründung solcher Baugenossenschaften ihre Unterstützung bei Abfassung der Statuten und Einrichtung der Verwaltung ꝛc. angedeihen zu lassen.

Preyer-Wien: Bevor wir in die Debatte eingehen, habe ich die freudige Mitteilung zu machen, daß der Präsident des kath. Volksbundes, welcher zur gleichen Zeit seinen sozialen Kurs abhält, Erbgraf Trauttmannsdorf, erschienen ist und begrüße ich denselben namens des Parteitages auf das herzlichste.

Erbgraf **Trauttmannsdorf:** Sehr verehrte Anwesende! Wenn ich heute zu Ihnen komme, zu Ihnen, welche die christlichsoziale Arbeiterschaft repräsentieren, so werden Sie sich vielleicht wundern, da ich einem ganz anderen Stande angehöre, als Sie, einem anderen Stand der sozialen Schichtung in der Gesellschaftsordnung. Aber ich sage, ich bin mit Freuden zu Ihnen gekommen, weil mich ein Zweifaches mit Ihnen verbindet. Es verbindet mich, daß ich auch ein Mensch bin, wie Sie, ein Mensch, der nach christlichen Grundsätzen zu leben bestrebt ist wie Sie. Mich verbindet mit Ihnen jener große christliche Gedanke der Nächstenliebe, jener große Gedanke der Versöhnung aller Berufe und Stände auf christlicher Grundlage und Weltanschauung. Und auch ein zweites Bindeglied führt mich hieher in meiner zweiten Eigenschaft, in welcher ich erschienen bin: als Vorsitzender der sozialen Woche. Auch als solcher möchte ich Sie auf das herzlichste begrüßen. Der Volksbund hat es übernommen, die große Arbeit der gegenseitigen Versöhnung und Ausgleichung in den großen Kämpfen der Berufe und Stände zu vollführen. Er hat die große Aufgabe, in den schier unüberwindbaren Gegensätzen die Mittellinie zu zeigen,

welche allein die Grundlage ist, einen Ausgleich der Stände herbeizuführen. Wenn wir drüben im Neuen Rathause, wie Sie hier im alten tagen, so möchte ich dies nicht als einen bloßen Zufall bezeichnen. In unseren Beratungen hat einen großen Raum die Beratung über die Interessen der Arbeiterschaft eingenommen. Aber auch Sie sind hieher gekommen, um über Ihre Interessen, die Interessen der Arbeiter zu beraten und darüber zu beschließen. Meine sehr Verehrten! Jeder Stand hat das Recht und, ich möchte sagen, die Pflicht, seine Rechte und Interessen zu wahren. In diesem Kampf um das Recht und die Verpflichtung der Stände wird mancher harte Zusammenstoß erfolgen. Nie aber wird dieser Zusammenstoß unüberbrückbare Gegensätze bieten, wenn wir uns von dem christlichen Gedanken der Versöhnung leiten lassen.

In diesem Sinne, im Sinne der Berechtigung der Vertretung Ihrer Interessen und auch im Sinne der Versöhnung durch die christliche Weltanschauung, begrüße ich Sie auf das herzlichste.

Preyer-Wien: Ich glaube im Sinne aller Anwesenden zu sprechen, wenn ich Erlaucht für die Begrüßung den besten Dank ausspreche. Mit den gleichen ehrlichen Gefühlen, welche Erlaucht dem Parteitag bekundet haben und ihm besten Erfolg wünschten, mit den gleichen Gefühlen begleiten auch wir die Beratungen im Neuen Rathaus. Es sind zwei Begrüßungsschreiben eingelangt: von Exzellenz Dr. Weiskirchner und Prof. Schinzl. Wir kommen nun zur Debatte über das Referat Spalowsky.

Dr. Pullar: Der Herr Referent hat in seinem Referate die Ursachen der Wohnungsnot behandelt. Ich vermisse aber darinnen zwei Ursachen: Er hat unter anderem auch angegeben, die Ursache liege in der ungenügenden Bautätigkeit. Ich möchte sagen, in der ungenügenden Bautätigkeit der kapitalkräftigen Privaten. Es ist eine traurige Tatsache, daß Leute bauen, die selbst ohne jedes Kapital dastehen, dadurch sind sie auf Baukredite angewiesen, die 5 bis 7% kosten. Die müssen 1. die Zinsen für den Baukredit hereinbringen, die Zinsen für den Grund und schließlich auch davon leben. Dadurch muß dann der Bauherr die Zinse hoch ansetzen. Das hat aber zur Folge, daß der Hausherr des Nebenhauses sagt: wenn die Wohnungen teurer vermietet werden, kann ich es ja auch. In der Inneren Stadt werden z. B. die besten Häuser niedergerissen und dadurch werden die Zinse abermals verteuert. Eine Mitursache der hohen Mietpreise ist auch die Steuerschraube. Es läßt sich nicht leugnen, daß die Steuerbehörden möglichst viele Steuer aus den Wohnungen herauspressen wollen. Dadurch werden auch viele Hausherren veranlaßt, die Mietpreise zu erhöhen. Die Aufhebung der Hauszinssteuer wird wohl kaum eine Besserung dieser Verhältnisse zur Folge haben. Ein Beispiel: nehmen wir ein Haus mit 20 Wohnungen. Der Mietpreis ist 30 Kronen für Zimmer und Küche. Das Haus trägt demnach 7200 Kronen Zins, ergibt eine Hauszinssteuer von 1800 Kronen, eine Ermäßigung der Hauszinssteuer von 10% wäre 180 Kronen, per Wohnung und Monat von 75 Heller ausgerechnet. Damit wird eine Wohnung nicht billiger, der Nachlaß wird nicht dem Mieter zugute kommen. Um einem Übelstand abzuhelfen, könnten wohl jenen Hausherren, welche Parteien mit mehr als drei Kindern in das Haus aufnehmen, Nachlässe von der Hauszinssteuer gewährt werden. Der beste Weg, um der Wohnungsnot entgegenzutreten, wäre wohl die Zwangs-

ermietung. Die christlichsoziale Arbeiterschaft soll bei diesen Forderungen an der Spitze marschieren.

Schmitz-Wien: Der Herr Referent hat eine Reihe von Forderungen an Gemeinden, Land und Staat gerichtet, er ist aber nicht näher darauf eingegangen. Es ist viel zu wenig Aufklärung bei unseren Mandataren zu finden. Besonders betonen möchte ich den Punkt 6 der Resolution: Schaffung von Kleinwohnungen. In den neugebauten Häusern werden größtenteils nur große Wohnungen hergestellt. Sehr zu bedauern ist, daß wir nicht schon früher an der Schaffung von Baugenossenschaften aktiv beteiligt waren. Die Zentralstelle des katholischen Volksbundes gibt Auskunft über Wohnungsbaugenossenschaften.

Peschke-Römerstadt: Es wurde bedauert, daß die Ermäßigung der Hauszinssteuer keine Verbilligung der Wohnungsmiete bringen würde. Ich gebe das zu. Man hat bei uns in Schlesien die Steuern ganz horrend erhöht. Man hat die Hausherren veranlaßt, die Mietzinse zu erhöhen und sagte zu den Hausherren, sie vermieten viel zu billig. Die Hauszinssteuer ist in Schlesien von 20 auf 65% hinaufgeschraubt! Im Großen und Ganzen sind wir am Lande denselben Verhältnissen ausgesetzt wie in Wien.

Hörelzauer-Waidhofen: Die Ausführungen im jetzigen Referate bezogen sich hauptsächlich auf die großstädtischen Verhältnisse. Wir sind der Parteivertretung dankbar, daß sie dieses Referat auf die Tagesordnung gesetzt hat. Wir in der Provinz leiden durch die Sommerfrischler. So z. B. wurde vor 20 Jahren ein Arbeiterwohnhaus errichtet, heute sind lauter Sommerfrischler und Pensionisten darinnen. Wir tragen uns schon lange mit dem Gedanken, Arbeiterwohnhäuser zu bauen. Aufklärung und Schulung der Mitglieder ist sehr notwendig.

Fürlinger-Wien: Ich möchte zunächst konstatieren, daß ich für die Herabsetzung der Hauszinssteuer bin, aber ich sehe nicht ein, daß wir bei Wohnungen, die 3000 Kronen kosten, die Hauszinssteuer herabsetzen. Für Wohnungen des Volkes von Zimmer, Kabinett und Küche, d. i. Kleinwohnungen, Arbeiterwohnungen, soll eine Herabsetzung dieser Steuer erfolgen, wo zumindest die Hälfte den Mietern zugute kommen sollte. Die Hausklassensteuer müßte allerdings mit der Reform der Hauszinssteuer Platz greifen. Dieselbe wird ganz willkürlich festgesetzt. Wir sollen immer dort anpacken, wo wir Erfolge erzielen können: durch die Baugenossenschaften. Die Gemeinden könnten viel zur Gesundung der Verhältnisse beitragen, sie sollten mit den Grundverkäufen aufhören und Häuser für Kleinwohnungen errichten. Unser Augenmerk müssen wir mehr der Sozialpolitik zuwenden und uns in den Gemeindevertretungen Einfluß verschaffen. Eventuell sollen die Gemeinden Notwohnungen erbauen.

Dr. Resch-Wien: Ich will mich kurz fassen. Ich glaube, der Kernpunkt der Wohnungsreform ist eine vernünftige kommunale Bodenpolitik. Unsere Städte haben sich auf diesem Gebiet große Fehler zuschulden kommen lassen. Wien hat es versäumt, frühzeitig schon möglichst viele Gründe anzukaufen und diese Gründe der Spekulation zu entziehen. Ich glaube, daß jeder Gemeindefunktionär, der einen Antrag auf Verkauf von Baugründen stellt, unter Anklage wegen Verschleuderung des Gemeindevermögens gestellt werden sollte. Ich verweise Sie auf die Schmelz; um welches billige Geld hätte die Gemeinde diese Gründe erwerben können.

Die Gemeinde muß das Geld für die Wohnungsreform aufbringen, sonst hätte sie ihre Existenzberechtigung verloren. Durch eine Losanleihe könnte ja das Geld leicht hereingebracht werden. Die Wohnungsnot hat die Tuberkulose groß gezogen und verbreitet, 30% dieser Krankheit sind auf die Wohnungsnot zurückzuführen. Ein Wohnungsnachweisamt ist unbedingt erforderlich, damit der einzelne einen Überblick gewinnt über die leerstehenden Wohnungen, über die Lage usw. Ich glaube auch, daß ein gutes Wohnungsnachweisamt sehr gutes Material für die Wohnungsreform geben wird. Eine großstädtische Verkehrspolitik ist unbedingt erforderlich. Die Gemeinde Wien hat für die Straßenbahnen einen Frühtarif. Wenn ein Arbeiter um 12 Heller von einem Ende der Stadt zum anderen fahren kann, so wird der Wohnungsreform sehr gedient, darum soll dieser Tarif auch auf Mittag ausgedehnt werden. Jedoch sollen nur Arbeiter und ähnliche eine solche Ermäßigung erhalten. Auch die Stadtbahn muß kaufmännisch verwaltet werden, wenn wir die Arbeiter an der Peripherie ansiedeln wollen. Aber die Staatsbahnen wollen eine kaufmännische Tarifpolitik nicht. Es wurde hingewiesen auf die Tätigkeit der Zentralstelle für Wohnungsreform, die früher wirklich politisch neutral war. Diese Zeit ist aber heute vorüber, sie segelt heute ganz unter sozialdemokratischer Flagge. Da könnte Ihnen die Zentralstelle des kath. Volksbundes wohl besser helfen. Selbsthilfe wird wohl vorläufig das Beste sein, wir sollen uns nicht zuviel auf die Gemeinden und Länder verlassen. Wenn der Arbeiter ein menschenwürdiges Heim hat, wird er nicht soviel Alkohol genießen, die Wohnungsreform trägt deshalb viel zur Gesundung der Menschen bei.

Krajicek-Wien: Ich stehe auf dem Standpunkte, daß die Hauszinssteuer nach der Anzahl der Kinder der Familie des Mieters progressiv ermäßigt werden soll.

Müller-Wien: Die Gemeinde solle sich ernstlich mit der Frage der Wohnungsreform für die städtischen Bediensteten befassen. Wien hat allein 30.000 Bedienstete. Wenn die Gemeinde für ihre Bediensteten Wohnhäuser baut, werden tausende Wohnungen frei, und es wäre einstweilen viel geholfen. Mit den Ausführungen des Dr. Resch bin ich einverstanden. Ich bitte, den Antrag auf Einführung der 24jährigen Steuerfreiheit anzunehmen.

Wanker-Innsbruck: Eigentlich sollen ja der Staat, die Länder und die Gemeinden eine gesunde Wohnungsreform machen, da aber dies nicht der Fall ist, müssen wir wohl zur Selbsthilfe greifen und Baugenossenschaften gründen. Der Volksbund hat sich mit dieser Frage beschäftigt und wir müssen ihm herzlichst dafür danken. Besonders notwendig ist der Bau von Arbeiterwohnungen. Wir müssen an die christliche Intelligenz herantreten, damit diese uns mit Rat und Tat moralisch unterstützt.

Haider-Wien: Der berufene Faktor zur Behebung der Wohnungsnot ist die Gemeinde Wien selbst. Die Vertrauensmänner, welche wir als Gemeinderäte im 4. Wahlkörper haben, sollen mehr Augenmerk der Wohnungsreform zuwenden.

Schweighofer-Wien: Ich möchte das Ersuchen richten an die Mandatare, wenigstens auf den Gründen der englischen Gaswerke im 19. Bezirk Volkswohnungen zu erbauen.

Kunschak-Wien: Ich verkenne nicht, daß es nicht möglich und auch nicht wahrscheinlich ist, daß eine Herabsetzung der Steuern den Mietern zugute kommt. Wir dürfen aber deshalb noch nicht von vorneherein sagen, eine Ermäßigung ist nichts. Die Wohnungszinssteuer ist groß und beträgt 42%. Es ist außerdem ganz der Willkür der Steuerbeamten überlassen, die Hauszinssteuer vorzuschreiben. Unsere Finanzen sind sehr bedrängt. Würde das Parlament die Erhöhung einer Steuer verweigern, so würde die Regierung den Auftrag geben, durch Anziehen der Steuerschraube ein höheres Ausmaß von Steuern hereinzubringen. Die Hauszinssteuer ist die Grundlage eines großen Teils unserer Finanzen in der Landesverwaltung. An einem solchen Steuersystem sollen wir nicht rütteln, nur deshalb, weil es schwer möglich sein wird, daß die Ermäßigung den Mietern zugute kommt. Über die Wege zu einer Reform werden wir uns heute nicht einigen können, aber wir müssen das Prinzip festlegen, damit wir Klarheit schaffen. Es ist ja richtig: die Gemeinde hätte vornehmlich und in erster Linie die Aufgabe, den Wohnungsbedürfnissen ihrer Inwohner Rechnung zu tragen. Die Befriedigung der Wohnungsbedürfnisse kann und darf nicht allein der privaten Spekulation überlassen bleiben.

Hier hat die Gemeinde einzugreifen und ihre Pflicht zu tun. Man verlangt von der Gemeinde zweierlei: Beschaffung von Wohnungen überhaupt und Beschaffung von billigen Wohnungen. Zum Baue von Wohnungen gehört in erster Linie ein Baugrund. Dr. Resch sagte, die Gemeinde hat die Pflicht, die Baugründe nicht zu verkaufen. Diese Forderung kann ich aber nicht unterschreiben, man muß vielmehr unterscheiden, welcher Grund und was für ein Grund. Denn es handelt sich doch auch wesentlich darum, für welche Zwecke dieser Grund verkauft wird. Unter Umständen kann ja der Nichtverkauf eine Einschränkung der Bautätigkeit bedeuten. Es wurde auch gesagt, die Gemeinde kann Gründe kaufen, sie kann ja zahlen. Jeder Baugrund, den die Gemeinde kauft, ist überzahlt. In dieser Beziehung haben wir schon die denkbar traurigsten Erfahrungen gemacht. Wir haben jetzt gerade ein Beispiel im 21. Bezirk. Die Gemeinde hat versucht, im 21. Bezirk große Baugründe zu kaufen und sofort haben diese die Spekulanten unter Führung Reizes' aufgekauft. Es wurde auch die Forderung ausgesprochen, daß die Gemeinde für ihre Arbeiter Wohnungen bauen muß. Ich habe mich in dieser Frage redlich bemüht. Ich habe mich für den Bau von Arbeiterhäusern in der Brigittenau bemüht. Die Gemeinde wird jetzt Aufwendungen von fünf Millionen für den Bau von Personalhäusern für die Straßenbahner machen. Der einzig gangbare Weg zur teilweisen Bekämpfung der Wohnungsnot scheint mir der zu sein, daß die Gemeinde für ihre Bediensteten und Arbeiter Häuser baut. Ich wünsche auch, daß die Gründung von Baugenossenschaften in schleunigerem Tempo vor sich geht, ich warne sie aber, daß dabei nicht leichtsinnig vorgegangen wird. Ich bitte um die Annahme meines Antrages.

Regierung und Parlament werden aufgefordert, ehestens eine zeitgemäße Reform der Hauszins- und Hausklassensteuer vorzunehmen."

Schwarz-Wien: Gegen die Ermäßigung der Steuer spreche ich mich entschieden aus. Wir haben immer gefunden, daß jede Ermäßigung von Steuern nur den Besitzern und nicht den Mietern zugute kommt. Dem Antrag des Abg. Kunschak kann ich mich vollkommen anschließen. Die

Gemeinde und der Staat sollen für ihre Bediensteten Häuser bauen, dann wird auch der Not bedeutend abgeholfen. Dem Antrage Müller wegen Begünstigung der Baugenossenschaften durch Steuerfreiheit kann ich mich nur dann anschließen, wenn die Genossenschaft den Baugrund pachtet, und das Verkaufsrecht der Gemeinde gesichert ist.

Vorsitzender **Preyer**: Die Rednerliste ist erschöpft und ich unterbreche die Verhandlung bis Nachmittag.

Vorsitzender **Preyer** eröffnet die unterbrochenen Verhandlungen: Nachdem vormittags über Punkt 6 der Tagesordnung „Bekämpfung der Wohnungsnot" die Debatte geschlossen wurde, erteile ich dem Referenten das Schlußwort.

Spalowsky-Wien: Ich komme zurück auf die Debatte und will gleich eingestehen, daß es ein Versehen meinerseits war, daß ich bei der Gründung von Baugenossenschaften nicht auf die Mithilfe des katholischen Volksbundes verwiesen habe. Ich bemerke aber, daß ich mit Absicht zur Beteilung an der Zentralstelle für Wohnungsreform aufgefordert habe. Wenn die Zentralstelle immer mehr und mehr unter sozialdemokratischer und liberaler Flagge segelt, so will ich der Mitteilung, welche der Direktor des katholischen Volksbundes Dr. Resch gemacht hat, entgegenhalten, daß es ein Versäumnis unsererseits ist, daß heute die Zentralstelle unter dem Einflusse der sozialdemokratischen und liberalen Partei steht. Aber wir sollen die Zentralstelle doch nicht so den Gegnern überlassen, denn dieselbe hat wirklich etwas außerordentliches geleistet und gearbeitet, wenn ich auch zugebe, daß der Volksbund empfohlen werden soll. Einen ziemlich breiten Raum in der Debatte nimmt die Reform der Hauszinssteuer ein und ich bemerke, daß ich es erwartet habe, daß mir entgegengetreten werden wird. Es ist den Hausbesitzern gelungen, von der Herabsetzung der Hauszinssteuer so lange zu reden, daß die Leute wirklich glauben, daß es durch sie besser werden wird. Die Grundsätze, die ich aufgestellt habe, sind aber nicht widerlegt worden. Die Herabsetzung der Hauszinssteuer wird den Mietern nicht zugute kommen, denn an der Entwicklung der Preise jener Gründe, für welche man Steuerfreiheit gewährt hat, hat man gesehen, daß eine große Preistreiberei stattfand und daß die Preise der Wohnungen in der Umgebung hinaufgeschraubt wurden. Ich verweise hier auf die Kasernengründe. Es hat Herr Fürlinger davon gesprochen, daß in der Zeit des allgemeinen Wahlrechtes doch den Betrag der Hauszinssteuer nicht der Hausbesitzer einstecken wird und daß der Staat eingreifen kann. Der Hausherr wird die Preise der Wohnungen um die Steuer herabsetzen, wird aber den Mieter kündigen und dann die Wohnung zu einem höheren Preise vermieten. Das müssen wir uns vor Augen halten und deshalb bin ich gegen die Herabsetzung der Steuer, obwohl Kunschak gegen meine Stellungnahme gesprochen. Man sagt immer, daß die Hauszinssteuer eine der drückendsten Steuern ist, aber man gibt damit ein böses Beispiel. Die Wertzuwachssteuer soll auch angeblich keine Verbilligerung der Mitzinse bringen, denn der Verkäufer wird die Wertzuwachssteuer schon zu dem Verkaufspreis schlagen. Dieser Ansicht kann ich aber nicht zustimmen, weil man dann einfach alles gehen lassen müßte wie es eben geht. Ich habe die Resolution im Auftrage der Parteivertretung eingebracht und muß auch die Resolution aufrechterhalten. Wenn wir die Auflassung der Hauszinssteuer verlangen, so werden wir nur den Beifall der

Sozialdemokraten erwerben. Kollege Haider hat vergessen, uns zu sagen, was wir machen sollen, um bessere Wohnungsverhältnisse herbeizuführen. Den Antrag Müller bitte ich abzulehnen. Auch bin ich nicht imstande, für den Antrag Kunschak einzutreten, weil er meinem Auftrag widerspricht und bitte deshalb um Ablehnung und Annahme meines Antrages.

Vorsitzender **Preyer** nimmt die Abstimmung über die Resolution Spalowsky vor, welche auch einstimmig mit dem Zusatz im 2. Absatz „Wertzuwachssteuer" angenommen wird.

Der Antrag Müller wird abgelehnt.

Der Antrag Kunschak wird mit 76 Stimmen angenommen.

Der Gegenstand erscheint mithin erledigt.

Der Parteitag schritt sodann zur Behandlung des nächsten Punktes der Tagesordnung über

„Unsere Taktik".

Zu diesem Referate liegen folgende Anträge vor:

Antrag des Referenten Franz M. **Bittner:**

In Anbetracht dessen, daß die seit 1907 für ganz Deutschösterreich geeinte „Christlichsoziale Partei", von welcher die christlichsoziale Arbeiterorganisation ein Teil ist, allem Anscheine nach sich in einen Verband mehrerer christlicher Parteien umzuwandeln droht;

in Anbetracht dessen, daß die christlichsoziale Arbeiterschaft, die auch schon vor 1907 trotz des damaligen Bestandes zweier getrennter, ja teilweise gegnerischer, christlicher Parteien für sich bereits geeint war, diese ihre Einigkeit im ganzen Reiche unentwegt aufrechtzuerhalten fest entschlossen ist;

endlich in Anbetracht der Tatsache, daß auch schon während des Bestandes der eigenen Partei die christlichsoziale Arbeiterschaft seitens der bürgerlichen Gruppen in den verschiedenen Ländern und Gemeinden ganz verschieden behandelt worden ist,

stellt der IX. Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs für deren künftige Taktik folgende Grundsätze auf:

Die christlichsoziale Arbeiterschaft Deutschösterreichs konstituiert sich mit dem heutigen Tage entgegen den bisherigen Verhältnissen als eigene politische Partei unter dem Namen: „Christlichsoziale Arbeiterpartei Deutschösterreichs".

Sie übernimmt damit die volle und alleinige Verantwortung für alle ihre eigenen Entschließungen und Handlungen, entledigt sich aber auch zugleich der Verantwortlichkeit für die Aktionen der übrigen christlichen Parteien.

Die „Christlichsoziale Arbeiterpartei Deutschösterreichs" betrachtet sich berufen zur Vertretung aller christlich gesinnten Anhänger einer zielbewußten, tatkräftigen und vollständigen Sozialreform, ob sie nun als Arbeiter im Lohnverhältnis stehen, als Diener oder Beamte und Lehrer fixe Bezüge haben oder auch selbständig erwerbstätig sind.

Dieselbe bekennt sich, aus Deutschösterreichern bestehend, in der Vertretung der nationalen Interessen zur Gemeinbürgerschaft aller deutschen Parteien Österreichs.

Sie hält programmatisch und tatsächlich am Antisemitismus, aber auch am positiven und praktischen Christentum fest und ist in staatlicher Hinsicht großösterreichisch und kaisertreu.

Alle wirtschaftlichen und politischen Fragen wird sie in erster Linie vom Standpunkte des Arbeiters und des mit diesem in gleicher Richtung interessierten kleinen Fixangestellten, sowie aller anderen, wenn auch selbständigen, wirtschaftlich Schwachen beurteilen und behandeln.

Die christlichsoziale Arbeiterpartei wird infolgedessen, wo die vorher genannten gemeinsamen Angelegenheiten in Betracht kommen, Hand in Hand gehen mit den christlichen bürgerlichen Parteien, in allen Fragen dagegen, wo die Interessen der wirtschaftlich Schwachen eigene sind, eben diese vertreten.

Hiezu ist selbstverständlich auch notwendig, daß die christlichsoziale Arbeiterpartei in allen öffentlichen Vertretungskörper möglichst viele ihrer Vertrauensmänner entsendet.

Am besten wird dies geschehen, wenn sie ihre eigenen Kandidaten für alle Wahlen ganz selbständig aufstellt. Von Fall zu Fall können je nach der Art und Weise, wie man in den einzelnen Ländern und Gemeinden seitens der übrigen christlichen Parteien ihr entgegenkommt, Kompromisse über die Verteilung der Mandate abgeschlossen werden; solche Kompromisse bedürfen aber vor ihrem Abschlusse der Zustimmung der Parteivertretung, welche diesbezüglich dem Parteitage verantwortlich bleibt.

Um einerseits für die Verteilung der Mandate im Kompromißwege einen gerechten Schlüssel zu finden, andrerseits bei selbständigen Kandidaturen nicht den Gegnern einen Zufallsgewinn an Mandaten zu verschaffen, fordert der Parteitag die Einführung des übrigens auch im Interesse der gesamten Wählerschaft und aller Parteien gelegenen und auch einzig gerechten Systems des Wahlrechtes, nämlich die Verhältniswahl und verpflichtet die Parteigenossen, für diese Forderung mit allen Mitteln einzutreten, wo immer es nur möglich ist.

Resolutionsantrag des LAbg. L. **Kunschak:**

Mit aufrichtigem Bedauern und lebhaftem Unwillen hat die christlichsoziale Arbeiterschaft erkannt, daß sich in der letzten Zeit, ohne sonderlichen Widerstand zu finden, innerhalb der christlichsozialen Partei Bestrebungen in den Vordergrund drängen, die darauf abzielen, die Partei von ihrer bisherigen programmatischen Grundlage abzubringen, deren Spitze aber unverkennbar gegen die christlichsoziale Arbeiterschaft gerichtet erscheint.

Indem der IX. Parteitag diese Bestrebungen, als dem Wesen und den Absichten der christlichsozialen Partei widersprechend, schärfstens verurteilt und der Hoffnung Ausdruck gibt, daß selbe nur eine vorübergehende Erscheinung sein mögen, konstatiert er, daß die organisierte christlichsoziale Arbeiterschaft Österreichs entschlossen ist, nach wie vor an dem Grundsätzen, wie sie im christlichsozialen Arbeiterprogramm, im Organisationsstatut und den sonstigen Parteitagsbeschlüssen niedergelegt erscheinen, festzuhalten.

Im Sinne dieser Grundsätze ist sie gewillt, als ein Teil der großen christlichsozialen Volkspartei an den Kämpfen wie an dem Ausbau der Partei auch weiterhin redlich mitzuarbeiten. Hiezu gilt aber die Voraussetzung, daß die Partei bereit ist:

1. Dafür einzutreten, daß der wahrhaft christliche Geist das öffentliche und private Leben wieder durchdringe und in der Gesetzgebung wie in der Erziehung des Volkes seinen Ausdruck finde;

2. frei von allem Chauvinismus und aller Ungerechtigkeit gegen andere Nationen für die Ehre und ungeschmälerte Stellung des deutschen Volkes in Österreich einzutreten;

3. den volksfremden, auf die wirtschaftliche Unterdrückung der arbeitenden arischen Völker abzielenden, deren Sitte und Moral vergiftenden jüdischen Geist konsequent zu bekämpfen und

4. ihrem Charakter als Volkspartei entsprechend, die Gebote einer aufrichtigen Solidarität der arbeitenden Stände anerkennend, sich verpflichtet erachtet, die politischen und wirtschaftlichen Forderungen der Arbeiterschaft gleich jenen der übrigen Stände zu vertreten und den christlichsozialen Arbeitern in allen dem Zwecke der Gesamtpartei dienenden Organisationen den ihnen zustehenden Einfluß zu gewährleisten.

Vermag oder will die christlichsoziale Partei obigen Bedingungen nicht entsprechen, dann müßte dies die Lostrennung der christlichsozialen Arbeiterschaft zur Folge haben, worüber die Entscheidung einem zu diesen Zwecke einzuberufenden Parteitag vorbehalten bleibt.

und ein Antrag der **Bezirksorganisation Wien XIII:**

1. Die christlichsoziale Arbeiterschaft erklärt sich als eine selbständige politische Partei, um ihre Aktionsfreiheit ungehindert wahren zu können;

2. die selbständige christlichsoziale Arbeiterpartei erklärt sich bereit, der christlichsozialen Gesamtpartei als selbständige Gruppe, unter vollständiger Aufrechterhaltung ihres Programmes und gegen Einräumung einer entsprechenden Vertretung in der Leitung der Gesamtpartei beizutreten.

Über Antrag des Delegierten **Fischer**-Graz, wurde die Verhandlung über diesen Gegenstand für vertraulich erklärt.

Nach Erstattung des Referates durch Hchw. Franz M. **Bittner** begründet L.-Abg. **Kunschak** seinen Resolutionsantrag.

Nach mehrstündiger Debatte, in deren Verlauf Delegierter **Bittner** den von ihm gestellten Antrag und Delegierter Zahradnik den Antrag der Bezirksorganisation XIII zurückzogen, wurde der Antrag Kunschak mit folgendem Zusatz einstimmig angenommen:

„Im übrigen sieht der Parteitag ein und billigt es, daß die christlichsoziale Arbeiterschaft in Wien, falls nicht ohne Verzug geordnete Verhältnisse in der Wiener Gesamtpartei geschaffen werden, in bezug auf Organisation, Agitation und Kandidatenaufstellung selbständig vorgehen kann, worüber die Stadtorganisation zu entscheiden haben wird."

Schließlich wurde auch folgender Antrag der Bezirksorganisation VIII angenommen:

In das Programm der christlichsozialen Arbeiterschaft ist unter Punkt 4 die Forderung nach Einführung der Verhältniswahl für Reichsrat, Landtag und Gemeindevertretungen aufzunehmen. Die Parteivertretung wird aufgefordert, das Geeignete zur Durchführung dieser Forderung zu veranlassen.

III. Verhandlungstag.

Sonntag, den 10. September.

Vorsitzender Gemeinderat Hans **Preyer** eröffnet die Beratungen um ¼ 10 Uhr.

Zur Verhandlung kommt das Referat über

die Sozialversicherung.

Referent Dr. **Drexel**: Als der Sozialversicherungausschuß des letzten Abgeordnetenhauses nach einer langen, mühevollen Arbeit nahe daran war, den Abgeordneten die Sozialversicherung zur endgiltigen Beschlußfassung vorzulegen, da erwachte in Hunderttausenden von Armen und Schwachen unter den arbeitenden Ständen die Hoffnung, daß auch bei uns trotz der politischen Wirren und jahrelanger Untätigkeit endlich einmal eine Tat geschaffen werde. Kaum war die Hoffnung geboren, so wurde sie stark herabgedrückt durch die Auflösung des Hauses und was in den letzten Wochen und Monaten geschah, ist geeignet, diese freudige Stimmung noch mehr herabzudrücken, wenn nicht gar zu vernichten. Die österreichische Arbeiterschaft muß fürchten, daß ihre Alters- und Invalidenversicherung noch lange auf sich warten läßt und das ist umso bitterer, als man sie schon in naher Zeit erwarten zu dürfen glaubte. In diesem Augenblicke muß die österreichische Arbeiterschaft mit aller Entschiedenheit und mit deutlicher Sprache allen, die es angeht, gegenüber die Forderung erheben, daß unverzüglich die Alters- und Invalidenversicherung durchgeführt werde. Die Arbeiterschaft hat darauf einen Rechtsanspruch und daher ist es eine Ungerechtigkeit, dieses Recht ihr noch länger vorzuenthalten.

Unsere kapitalistische Wirtschaftsordnung beutet die Kraft des arbeitenden Volkes aus und setzt denjenigen, welcher durch Jahre hindurch an der Mehrung des Kapitals mitgearbeitet hat, herzlos, kaltblütig auf die Straße, so daß der Arbeiter, der ein ganzes Leben lang ernst, treu und fleißig seine Kraft zur Verfügung stellte, in seinen alten Tagen nichts hat. Wenn seine Kraft gebrochen ist und wenn er nicht treu besorgte Kinder hat, ist er auf die Armenversorgung angewiesen. Während die Besitztümer einzelner ungeheuerlich wachsen, während andere, für die es arbeitet, in Luxus und Überfluß schwimmen, muß das arbeitende Volk mit Sorgen an das Alter denken und während ein altes Sprichwort sagt, daß ein langes Leben eine Gabe Gottes sei, muß man fast den alten, gebrochenen Mann bedauern, daß der Tod ihn nicht früher erlöste. Unser Staat, die Besitzenden, die Arbeitgeber haben eine Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß der Arbeiter in seinen alten Tagen nicht ganz mittellos dasteht und nicht Gnade oder Güte ist es, an die wir in dieser Frage appellieren,

sondern wir beanspruchen das Recht auf Versorgung für denjenigen, der sein ganzes Leben lang gearbeitet hat und beim besten Willen nichts ersparen konnte.

Als die Sozialversicherungsvorlage vor fast drei Jahren dem Abgeordnetenhause vorgelegt wurde und im Sozialversicherungsausschuß zur Beratung kam, da war eine interessante Beobachtung zu machen. Anfänglich wurden nicht besonders viel Stimmen gegen die Vorlage laut, nur die Sozialdemokraten brachten einige sehr scharfe Abänderungsanträge ein, mit welchen sie die Sozialversicherung in ihrem innersten Wesen erschüttern wollten, nicht etwa zum Wohle der Arbeiter, sondern vornehmlich aus politischen Gründen. Es gab aber damals schon eine große Anzahl heftiger Widersacher, die sich nicht an die Öffentlichkeit getrauten und die hofften, es werde der Sozialversicherungsausschuß nicht vorwärtskommen und in einzelnen Fragen so entgegengesetzte Beschlüsse fassen, welche eine Gesetzberatung ausschließen. Das war nun nicht der Fall; wohl gab es harte Fehden und mancher Beschluß ging nur mit knapper Stimmenanzahl durch, aber schließlich war doch ein einheitliches Ganzes in Vorbereitung nnd mit Entsetzen sahen die stillen Gegner immer mehr, was sie fürchteten.

In dieser Zeit hörte man immer häufiger das Lob der französischen Altersversicherung; auch auf die belgische wies man hin und auch hinter der englischen stehe die österreichische weit zurück. Allmählich ging man in diesen Angriffen weiter und aus den Kreisen der Großindustrie hörte man Vorschläge, welche im Ausschusse die Sozialdemokraten vertreten hatten. Bei all dem beteuerte man, daß man den Arbeitern eine Altersversicherung gönne, aber in anderer Form. Wenn es auch Arbeitgeber gibt, die ganz aufrichtig für die Sozialversicherung eintreten, so ist es doch eine Tatsache, daß es viele im kapitalistischen, rücksichtslosen Geiste aufgewachsene Kreise gibt, die gegen jede Sozialversicherung Stellung nehmen werden; wenn sie gegen die Form gar nichts mehr einwenden könnten, so würden wir dann hören, wie es schon in der letzten Zeit manchmal laut wurde, die österreichische Industrie vertrage eine solche Belastung nicht. Die österreichische Sozialversicherung hat bei den eingehenden Prüfungen und bei Erwägung aller Momente die Probe auf ihre Festigkeit im Ausschusse glänzend bestanden. Die Schöpfer der Sozialversicherung kannten alle Versicherungssysteme anderer Länder und die Argumente, die sie in den stundenlangen Diskussionen für die von ihnen gewählte Form vorbrachten, zeigten, wie viel reifliche Überlegung, welch reiche Erfahrung und volle Kenntnis der einschlägigen Literatur zusammenarbeiteten bei der Festlegung der österreichischen Sozialversicherung.

Das ganze Ausland nahm von unserer Sozialversicherung Kenntnis und während auf der einen Seite nur ganz wenige abfällige Kritiken laut wurden, liegen auf der anderen Wagschale eine Reihe glänzender Anerkennungen seitens der Fachmänner vor. Wer die österreichischen Verhältnisse kennt und andererseits den Mut aufbringt, etwas möglichst Gutes zu schaffen und auf sozialem Gebiete nicht bloß hinterher, sondern auch einmal vorausgehen will, der kommt zu dem Schlusse, daß die österreichische Sozialversicherung die grundsätzlich richtige und unter den gegebenen Verhältnissen die beste Lösung dieses schwierigen Problems ist. Was liegt nicht für ein ethisch hoher Standpunkt in dem ersten Grundsatze, der alle

wirtschaftlich Schwachen zusammenfaßt, um ihnen eine Wohltat zu bringen, gleichgiltig, was sie für Arbeit leisten, ob an der fremden Maschine des Arbeitgebers oder am Pfluge oder an der Maschine, die sie zwar eigen nennen, vielleicht aber das Geld beim Großkapitalisten zum Ankauf entlehnten. Andere Staaten haben eine Arbeiterversicherung oder eine Armenversicherung. Österreich wollte eine Sozialversicherung sich schaffen, die alle unteren Schichten des arbeitenden Volkes zusammenfaßt, es ist darum begreiflich, daß alle diejenigen, die kein soziales Empfinden haben, diesen Gedanken nicht erfassen konnten.

Dabei ein streng versicherungstechnischer Aufbau, der manchmal harte Ziffern bringt und in manchem Verhältnisse kleine Renten brachte, aber es ist ein solider Bau, der ein Fundament bekommt, auf welchem die Zukunft sich entfalten kann. Es ist den Schöpfern der Sozialversicherung als ein besonderes Verdienst anzurechnen, daß sie Schritt für Schritt streng versicherungstechnisch vorgingen, damit auf dem Boden der Wirklichkeit blieben und weder Versicherte der Gefahr aussetzten, sich später getäuscht zu sehen, noch die Sozialversicherung selbst einer inneren Unmöglichkeit und einem schließlichen Zusammenbruche auszusetzen.

Ein Teil der Großindustrie und auffallenderweise auch die Sozialdemokraten verlangen Trennung der verschiedenen Risken: Selbständige von den Unselbständigen, Industriearbeiter von den landwirtschaftlichen usw. Der eine Teil will damit überhaupt den Gedanken der Sozialversicherung zurückdrängen. Daß nach den deutlichen Beschlüssen des letzten Sozialversicherungsausschusses und nachdem der Standpunkt der Riskengemeinschaft in diesem Ausschusse von den Schöpfern des Gesetzes und von einzelnen Abgeordneten in glänzender Weise begründet und gerechtfertigt wurde, die Sozialdemokraten heute abermals mit der Trennung in verschiedene Gruppen kommen, muß als tief bedauerlich bezeichnet werden. Gewiß läßt sich heute nicht genau feststellen, welche Gruppe etwas mehr und welche etwas weniger verhältnismäßig beiträgt, aber dagegen wäre schließlich nicht gar so viel einzuwenden, wenn die ganze Buchführung so angelegt ist, daß man in einem längeren Zeitraume der Erfahrung sich über die einzelnen Berufsgruppen ein Urteil bilden kann. Wer aber von Anfang an die einzelnen Gruppen ganz trennt, der verteuert die Sozialversicherung, verschlechtert sie, zerstört ihren Grundgedanken und tut vielleicht viel größeres Unrecht, da ja die einzelnen Gruppen stark ineinandergreifen und ständiger Wechsel von der einen zur andern ist, der sich nicht ziffermäßig feststellen läßt. Gerade diese Tatsache spricht vor allem der einheitlichen Sozialversicherung das kräftigste Wort. Auch das Proportionalsystem wird von den Sozialdemokraten neuerdings angegriffen, obwohl es eine Forderung ihres Parteiprogramms ist. Die christliche Arbeiterschaft muß auf dieser Forderung bestehen, weil sie das einzige Mittel ist, in die Verwaltung vieler Kassen Ordnung und Vertrauen zu bringen und weil es das einzige Mittel ist, um zu verhindern, daß Krankenkassen ganz rücksichtslos für politische Zwecke ausgenützt werden.

Ein bedenkliches Wort ist auf dem Reichshandwerkertag gefallen: „Die Regierung soll mit der Sozialversicherung warten, bis die wirtschaftliche Lage sich gebessert habe.“ Gegen eine solche Terminverschleppung muß die Arbeiterschaft entschieden protestieren. Die Gegner der Sozialversicherung hätten damit jederzeit eine Waffe. Sollte das Unbegreifliche

wirklich wahr werden, daß ein größerer Teil der Gewerbetreibenden eine in früheren Jahren oft vorgebrachte programmatische Forderung ihres Standes heute fallen lassen oder wenigstens hinausschieben, so kann die christliche Arbeiterschaft sie nicht zwingen, mitzutun, aber etwas muß sie deutlich und klar und bestimmt erklären: Die Arbeiterschaft Österreichs kann nicht mehr länger warten, und von ihrer täglichen Arbeit müssen die paar Kreuzer abfallen, welche man für die Altersversicherung braucht. Und schließlich kann der kranke Arbeiter nicht mehr länger warten. Daß nur zwanzig Wochen Krankenunterstützung gezahlt wird, hat viele Leidende hart getroffen. Die Sozialversicherung wollte den Kranken ein ganzes Jahr hindurch Unterstützung bieten, gerade der Erholung nach schwerer Krankheit wird größere Aufmerksamkeit gewidmet, der Mutterschutz kommt mehr zur Geltung und viele andere Vorteile. Es ist ein Unrecht unserer gesetzgebenden Faktoren, wenn sie die Arbeiterschaft noch länger oder gar vergebens warten lassen. Sie mögen bedenken, daß Tausende von Schwachen und Siechen die aufgehende Sonne erwarten, welche sie in der Krankenkassenreform erblicken.

In kurzer Zeit wird das Abgeordnetenhaus neuerdings zusammenkommen, man wird über manches verhandeln, was keine besondere Beachtung verdient; es wird manche Demonstration gemacht werden, die zwecklos ist: in diesem Augenblicke muß der Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs deutlich und energisch die Forderung erheben: „Heraus mit der Sozialversicherung!“

Der Referent beantragt sodann folgende Resolution:

Wir fordern mit aller Entschiedenheit von der Regierung sowohl als auch von den Abgeordneten die unverzügliche Durchführung der Alters- und Invalidenversicherung, auf welche die Arbeiterschaft einen Rechtsanspruch hat.

In der Sozialversicherungsvorlage, wie sie dem letzten Abgeordnetenhause vorlag und im Sozialversicherungsausschusse durchberaten und festgelegt wurde, sehen wir die grundsätzlich richtige und unter den gegebenen Verhältnissen beste Lösung dieses schwierigen Problems.

Wir weisen die von verschiedenen Seiten erhobenen Forderungen nach einer Volksversicherung, nach Änderung des Systems nach dem Muster der französischen, belgischen oder englischen Altersrente usw. mit aller Entschiedenheit zurück, da es sich bei allen diesen Vorschlägen nicht um gutgemeinte Verbesserungen, sondern in Wirklichkeit um eine Verschleppung der Sozialversicherung handelt.

In dem sozialen Grundsatze, welcher den Kreis der Versicherten festsetzt, in der einheitlichen Organisation, in der Solidarität der Risken, in dem streng versicherungstechnischen Aufbau, in der Festlegung des Proportionalwahlrechtes sehen wir gerade besondere Vorzüg eder österreichischen Sozialversicherungsvorlage.

Insbesondere verlangt aber die Krankenversicherung eine gründliche Reform; die Sozialversicherungsvorlage hatte die wichtigsten Wünsche der Arbeiterschaft berücksichtigt und war geeignet, der österreichischen Arbeiterschaft bedeutende Vorteile zu bringen und die mißliche Lage vieler Krankenkassen zu beheben.

Aus allen diesen Gründen erwarten wir von der Regierung und den Abgeordneten die sofortige Inangriffnahme der Sozialversicherung im bisherigen Umfange als Alters- und Invaliden-, Kranken- und Unfallversicherung, und zwar auf jenem Boden, welchen die frühere Regierungsvorlage und die zweijährigen Arbeiten des gewesenen Sozialversicherungsausschusses geschaffen haben.

Hiezu nachstehender Antrag:

Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

Der Parteitag stellt an alle christlichsozialen Abgeordneten die Forderung, dafür einzutreten, daß das Gesetz, betreffend die Sozialversicherung in der vom Sozialversicherungsausschuß des früheren Parlamentes beschlossenen Form in kürzester Zeit Gesetzeskraft erlange.

Dr. **Resch** bemerkte, daß die Industriellen gegen die Sozialversicherung, den größten sozialpolitischen Gesetzentwurf der Gegenwart, den Einwurf vorbringen, sie sei eine zu starke Belastung der Industrie; dieser Einwurf ist aber gar nicht stichhältig. Die Industrie erspart durch das Hinausschieben der Sozialversicherung täglich Tausende von Kronen an Beiträgen. Die christlichsozialen Arbeiter sollen über das Wesen der Sozialversicherung aufgeklärt werden, damit sie einst als Arbeitervertreter in der Sozialversicherung ihrer Aufgabe gewachsen sind. Das ist nur möglich, wenn die Arbeiter in Kursen über das öffentliche Versicherungswesen genügend unterrichtet werden.

Delegierter **Ullreich** stellte folgenden Antrag: „Der neunte Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs spricht dem Hauptreferenten im Sozialversicherungsausschusse des gewesenen Abgeordnetenhauses, Herrn LAbg. Karl Drexel, für seine mühevolle Arbeit herzlichsten Dank und vollste Anerkennung aus."

Sodann wurde die Resolution Dr. Drexel und der Antrag Ullreich und Bezirksorganisation Wien VIII einstimmig angenommen.

Hierauf schritt der Parteitag zur Behandlung des letzten Punktes der Tagesordnung:

Jugendorganisation.

Referent Redakteur Christian **Fischer**-Graz.

Werte Kollegen! Hoher Parteitag!

Die Frage, mit der wir uns gegenwärtig zu beschäftigen haben, war Gegenstand wiederholter Beratungen auf den verschiedenen Tagungen der christlichen Arbeiterschaft Österreichs. Seit dem Jahre 1903 haben wir uns auf allen Parteitagen mit der Frage der Organisation der Arbeiterjugend befaßt und haben die Freude erlebt, daß die christliche Arbeiterjugendbewegung erstarkte, uns zwar manche bittere Stunde, aber in der letzten Zeit auch viele Freude bereitete. Es war daher zu erwarten, daß wir auf die Tagesordnung des diesmaligen Parteitages die Frage der Jugendorganisation setzen werden. Nicht, als ob wir unsern Standpunkt in dieser Frage ändern wollten, auch nicht durch die Angriffe von links oder rechts veranlaßt, sondern, weil wir die Arbeiterjugendfrage als ein Stück der großen Arbeiterfrage betrachten und weil wir uns neuerdings vor Augen halten müssen, welche Aufgaben die christliche Arbeiterschaft Österreichs diesem wichtigen Punkte gegenüber zu erfüllen hat.

Werte Kollegen! Bis jetzt haben wir zu wiederholtenmalen die Frage der Arbeiterjugendorganisation lediglich von dem Sprichwort ausgehend betrachtet: „Wer die Jugend hat, der hat die Zukunft." Es war dies erklärlich, weil wir gesehen haben, daß unsere Gegner von links und rechts sich eines jugendlichen Nachwuchses versichert haben. Vor 17 Jahren wurde der sozialdemokratische Verband der jugendlichen Arbeiter Österreichs gegründet, der heute in allen Teilen Österreichs Ortsgruppen besitzt, eine sehr umfangreiche agitatorische Tätigkeit entfaltet und den sozialdemokratischen Organisationen Tausende von jugendlichen Arbeitern zugeführt hat. In anderen Staaten sehen wir dasselbe. Den sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands gehören heute mehr als 100.000 jugendliche Arbeiter unter 20 Jahren an. Das sozialdemokratische Organ „Die Arbeiterjugend" wird in Deutschland sogar an Schulkinder verteilt. Es bestehen auf gegnerischer Seite in Deutschland 360 Jugendausschüsse, 105 Jugendheime

70 Jugendbibliotheken. Es wurden im Jahre 1910 1466 Ausflüge, 400 Festlichkeiten, 215 Führungen durch Museen und Ausstellungen veranstaltet und über 500.000 Flugblätter unter die jugendlichen Arbeiter verteilt. Aber auch unsere deutschnationalen Gegner sind nicht müßig geblieben. Sie haben sogenannte Arbeiterjugendorganisationen geschaffen, unterstützt von den verschiedenen deutschnationalen Parteien unter dem Protektorate von Stadtgemeinden, Bezirksvertretungen und millionenreichen Großkapitalisten. Es darf uns daher nicht wundern, wenn auch wir noch vor verhältnismäßig kurzer Zeit die Arbeiterjugendfrage lediglich vom Standpunkte des Nachwuchses unserer Organisationen betrachtet haben.

Wir mußten uns aber auch sagen, daß dieser Standpunkt allein nicht genügt, wir mußten tiefer sehen lernen, haben dies getan und gefunden, daß nirgends, auch nicht bei der schlechtestgestellten Arbeiterschichte, ein derartiges Elend vorhanden ist, daß die soziale Not nirgends krasser zutage tritt, wie bei der arbeitenden Jugend.

Trotz aller Bemühungen der gewerkschaftlichen Bewegungen ist die Lage der Arbeiterschaft eine sehr gedrückte, der Lohn des Arbeiters reicht nicht aus, um eine Familie zu erhalten. Kaum wachsen die Kinder heran, verlangt es die bittere Not, daß bereits die schulpflichtige Jugend zur Arbeit herangezogen wird. Die Statistik lehrt uns, daß Hunderttausende von schulpflichtigen Kindern jeden Tag zum Unterhalt ihrer Familie beitragen müssen, weil sonst das Auslangen beim besten Willen nicht gefunden werden kann. Die Berichte unserer Gewerbeinspektoren sagen uns, daß in Österreich im Jahre 1909 nicht weniger als 3000 Knaben und 1500 Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren und 200.000 Knaben und über 120.000 Mädchen im Alter von 14 bis 16 Jahren in regelmäßiger gewerblicher Beschäftigung gestanden sind. Nur 20 Prozent aller Betriebe, in denen diese Kinder beschäftigt waren, wurden von den Gewerbeinspektoren besucht. Die christlichsozialen Mitglieder des Arbeitsbeirates haben sich in der Sitzung vom 30. Jänner d. J. veranlaßt gesehen, in einem Dringlichkeitsantrag den Herrn Handelsminister darauf aufmerksam zu machen, wie groß die Gefahren jugendlicher Hilfsarbeiter an Maschinen ist. In dem Dringlichkeitsantrag der christlichsozialen Mitglieder des Arbeitsbeirates wird ausgeführt, daß die Gewerbeinspektoren im Jahre 1909 in nicht weniger als 74 Fällen einschreiten mußten, weil jugendliche Arbeitspersonen zu besonders gefährlichen Arbeiten herangezogen wurden. Einen besonders krassen Fall meldet der Bericht des Grazer Gewerbeinspektors, daß nämlich in einem Dampfsägewerk ein 13jähriger Arbeiter gleich am ersten Tage seiner Beschäftigung zu einer Kreissäge gestellt wurde und noch am selben Tage die rechte Hand verlor. Gelegentlich der Beratung des Dringlichkeitsantrages habe ich mir die Unfallsdaten der jugendlichen Arbeiter im Sprengel der Unfallversicherungsanstalt für Steiermark und Kärnten erhoben. Aus den Daten ergibt sich, daß im Jahre 1907 sich nicht weniger als 102 Unfälle von jugendlichen Arbeitspersonen im Alter von 12 und 16 Jahren sich ereigneten, die eine Heilungsdauer von mehr als 4 Wochen erforderten, davon nicht weniger als 62 Unfälle an Maschinen. Im Jahre 1908 waren 114 solcher Unfälle jugendlicher Arbeitspersonen im Alter bis zu 16 Jahren zu verzeichnen, davon 70 an Maschinen. Im Jahre 1909 waren 90 derartige Unfälle, davon 45 an Maschinen, darunter einige mit einer Heilungsdauer von über 4 Wochen. Über das Jahr 1910 habe ich

mir die Daten über sämtliche Unfälle jugendlicher Arbeitspersonen verschafft, die sich im Grazer Sprengel ereigneten. Es waren 508 Unfälle, davon 390 an Maschinen. Man ersieht daraus, daß die jugendlichen Arbeiter zu gefährlichen Arbeiten herangezogen werden. Noch deutlicher sagt dies der Bericht der Kommission, welche die Erhebungen über die Arbeitszeit in Eisen-, Hütten- und Walzwerken vorgenommen hat. Der Bericht, von Herrn Oberinspektor Tauß erstattet, sagt, daß die jugendlichen Arbeiter auch im unausgesetzten Betriebe in der Eisen- und Hüttenindustrie verwendet werden Die sogenannten Türljungen sind ganz besonders stark der Hitze ausgesetzt, dagegen ist die Arbeit der sogenannten Hacklerjungen eine außerordentlich anstrengende und gefährliche. Diese Jungen arbeiten in zwölfstündiger Schicht gerade in solchen Walzwerken, in welchen die wenigsten und kürzesten Arbeitspausen bestehen: sie verrichten ihre Arbeit mit Ausnahme von ganz kurzen Intervallen während 12 Stunden stets in Bewegung, häufig laufend. Sie haben die größte Aufmerksamkeit zu verwenden, damit sich nicht Schlingen bilden, welche den ganzen Walzprozeß stören können und die ganze Mannschaft im Walzwerke gefährden. Dabei müssen sie achtgeben, daß sie selbst von dem glühenden Walzgute nicht verletzt werden. Verbrennungen kommen außerordentlich häufig vor. Die Verwendung jugendlicher Hilfsarbeiter zu dieser gefährlichen Arbeit ist auf die veraltete Anschauung zurückzuführen, daß ein richtiger Walzer zuerst Hacklerjunge gewesen sein müsse. Die Anschauung ist als längst überholt zu bezeichnen. Aber die Direktionen der großen Hüttenwerke verwenden die jugendlichen Arbeiter deshalb zu dieser gefährlichen Arbeit, weil sie williger und vor allen Dingen billiger sind als die erwachsenen Arbeiter. In den Glasfabriken sind die Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter fast noch schlechter, als in den Eisen-, Hütten- und Walzwerken. Trotzdem werden die Arbeiten in den Glasfabriken noch immer zu jenen gezählt, die zu den leichteren Kategorien gehören.

Wir müssen auch konstatieren, daß die Schutzgesetzgebung für die jugendlichen Hilfsarbeiter und Lehrlinge vollständig versagt. Obwohl es sehr gefährlich ist, sich für den Schutz der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge einzusetzen, weil man darauf gefaßt sein muß, daß dies selbst von angeblichen Parteigenossen mißverstanden wird, muß doch gesagt werden, daß die Schutzgesetzgebung für die jugendlichen Arbeiter unter allen Umständen ausgebaut werden muß. Freiherr von Vogelsang hat in richtiger Weise das Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und die Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen bis zu 18 Jahren auf sechs Stunden pro Tag verlangt und ebenso gefordert, daß die Nachtarbeit für Frauen und männliche Arbeiter unter 18 Jahren verboten werde. Wenn wir dagegen aber unsere gegenwärtige in Kraft befindliche Schutzgesetzgebung betrachten, so finden wir Hintertürchen genug, durch welche die Ausbeuter der jugendlichen Arbeitskraft entweichen können. Es heißt z. B. im § 94 der Gewerbeordnung, daß jugendliche Hilfsarbeiter zwischen dem vollendeten 12. und 14. Lebensjahre zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen verwendet werden dürfen, sofern ihre Arbeit der Gesundheit nicht nachteilig ist und die körperliche Entwicklung nicht hindert. Auch darf die Arbeit 8 Stunden täglich nicht überschreiten. Was sehen wir aber in Wirklichkeit? Sie können, werte Kollegen, jeden Tag die Beobachtung machen, daß Kinder mit 12 Jahren in den Glasfabriken als Einträger

selbst bei Nacht verwendet werden, zu einer Arbeit, die keineswegs als leicht zu bezeichnen ist und wo man gewiß nicht behaupten wird, daß die Arbeit in Glasfabriken geeignet ist, die Entwicklung der jugendlichen Arbeitskraft zu fördern. Jugendliche Hilfsarbeiter, heißt es im § 95, dürfen zur Nachtzeit zu regelmäßigen gewerblichen Beschäftigungen nicht verwendet werden. Freilich heißt es gleich darauf, daß der Handelsminister ermächtigt ist, im Verordnungswege die Nachtarbeit angemessen zu regeln und auf Grund dieser Verordnung werden die jugendlichen Arbeiter selbst bei Nacht in den Eisen-, Hütten- und Walzwerken zu den schwersten Arbeiten herangezogen und alle Vorstellungen, dies abzuändern, waren bis jetzt vergeblich.

Wenn die Verhältnisse in der großen Industrie geradezu krasse sind, so sind die Dinge in gewerblichen Betrieben ganz gewiß nicht besser. Dort existieren dafür andere Übelstände, die nicht so leicht aufgedeckt werden können, weil der Gewerbeinspektor die kleingewerblichen Betriebe vielfach nur von außen kennt, ohne sich um die Lehrlinge besonders viel zu kümmern. Die von mir in meiner Broschüre über die Arbeiterjugendfrage aufgestellte Behauptung, daß es Leute gibt, die sich den Lehrlingshandel förmlich zum Gewerbe gemacht haben, ist bis jetzt völlig unbestritten, nur sind die Gewerbebehörden nicht in der Lage, diese traurigen Elemente auszuschalten, weil es gewerbliche Kategorien gibt, die ohne Lehrlingshändler überhaupt keine Lehrlinge bekommen würden. Die Berichte der gewerblichen Fortbildungsschulen, besonders der Unterstufen, besagen es klar und deutlich, daß die Erfolge dieser Schulen deshalb so außerordentlich geringe sind, weil die Vorbildung der Lehrlinge bei gewissen Berufen (Schuhmacher, Schneider, Spengler, Tischler) außerordentlich gering ist. Bei dieser Gelegenheit sei darauf verwiesen, daß mit allem Nachdrucke die Abschaffung des Sonntagsunterrichtes und des Abendunterrichtes in den gewerblichen Fortbildungsschulen verlangt werden muß.

Warum sage ich dies alles in einem Referate über die Jugendorganisation? Weil sich auf diesem Gebiete eine Reihe von Aufgaben für die christliche Arbeiterschaft ergeben. Wir müssen die arbeitende Jugend schützen, wir müssen den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen den Beweis erbringen, daß es die christliche Arbeiterschaft mit der Aufgabe, die Jugend zu schützen, ernst nimmt, daß es nicht nur Phrasen sind, wenn wir unsere Liebe zur arbeitenden Jugend betonen und die Jugend auffordern, sich unseren Reihen anzuschließen. Wir können dies auf die verschiedenste Weise tun. In allen Teilen unseres Vaterlandes bestehen Organisationen, Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine, Gewerkschaften, Volksorganisationen. Diese erhalten Zentralstellen, Rechtsschutzstellen, Arbeitersekretariate, Gewerkschaftssekretariate. Diese haben die Verpflichtung, den jungen Leuten an die Hand zu gehen, ihnen Hilfe zu teil werden zu lassen, wo dies nur immer möglich ist. Wir dürfen unsere jugendlichen arbeitenden Kollegen nicht als etwas Minderwertiges ansehen, denn so wie wir die Jugend behandeln, so wächst dieselbe heran. Die Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter von heute sind unsere Mitkämpfer und Kampfgenossen von morgen. Wir müssen die jugendlichen Kollegen darauf aufmerksam machen, daß es nicht in ihrem Interesse liegt, sich mit Spiel und Tand zu beschäftigen, sondern, daß es in ihrem ureigensten Interesse ist, wenn sie sich auf den Lebenskampf, den Kampf ums Dasein, vorbereiten.

Wenn wir so handeln, wenn wir die Jugend schützen, wenn wir die Jugend über ihre Lebensaufgabe aufklären, dann werden die jugendlichen Arbeiter von selbst den Weg in die christliche Arbeiterorganisation finden. Ein sozialistischer Schriftsteller sagt in einer Broschüre über die Arbeiterjugend, daß in unseren Reihen nur die Minderwertigen, die Schmarotzer und Kriecher, die Charakterlosen und Streber sich organisieren. Wir wissen, daß dies eine gemeine Verleumdung ist, allein unsere jugendlichen Kollegen in den Werkstätten wissen das nicht. Dies muß gesagt werden, daß heutzutage viel Mut, viel Charakterfestigkeit, viel Idealismus dazu gehört, um in den Reihen der christlichen Arbeiterschaft zu kämpfen. Die andern, die Feiglinge, die sich nicht getrauen, den Kampf gegen die betörte Masse aufzunehmen, die sitzen im sozialdemokratischen Lager, knurren vielleicht über die Ketten, die man ihnen angelegt hat, ducken sich aber, wenn die Peitsche des Terrorismus über ihre Köpfe saust. Wir dagegen kämpfen für die Freiheit, für die Unabhängigkeit der Arbeit, sowohl vom Großkapitalismus, wie vom internationalen Judentum. Wenn wir dies den jugendlichen Arbeitern sagen, wenn wir sie richtig über das Programm der christlichsozialen Arbeiterschaft aufklären, dann wird unsere Agitation unter der jugendlichen Arbeiterschaft nicht ohne Erfolg bleiben.

Werte Kollegen! Es ist selbstverständlich, daß die Sammlung der Arbeiterjugend durch eine eigene Jugendorganisation viel leichter geschehen kann, als wie durch die Arbeiter, die ihre ganze Kraft dem Kampfe um ihre eigene Existenz widmen müssen. Dies war in letzter Linie die Ursache, weshalb die Parteivertretung gemeinsam mit dem Reichsverbande der christlichen Arbeitervereine und der Zentralkommission der christlichen Gewerkschaften zur Gründung einer eigenen Arbeiterjugendorganisation geschritten ist. Es war dies eine absolute Notwendigkeit. Ich will hier an dieser Stelle nicht neuerlich Wunden aufreißen, die uns der Konflikt in der Jugendbewegung geschlagen hat. Der seinerzeitige „Bund der Arbeiterjugend", von viel ehrlicher Sympathie begrüßt, mit großen Opfern der Partei unterstützt, hat wohl durch die Schuld der Führer vollständig versagt und die Organisation aus einer Verlegenheit in die andere gebracht. Ja es ist, wie Ihnen bekannt sein dürfte, so weit gekommen, daß uns die Sozialdemokraten in unseren Versammlungen die Zitate der Reden des Herrn Orel und seiner Anhänger entgegen gehalten haben. Die Leute des Herrn Orel haben den christlichsozialen Abgeordneten Mißtrauensvoten ausgestellt und Herr Orel fand in allen Seitensprüngen seiner Leute nicht das Geringste, sondern im Gegenteil, verteidigte dies Beginnen, wo er nur immer Gelegenheit dazu fand. Es war erklärlich, daß den verantwortlichen Faktoren diese Geschichte endlich zu dumm wurde. Gerade diejenigen Delegierten, die schon einige Parteitage mitgemacht haben, werden sich erinnern können, daß die Parteitage friedlich verlaufen sind, solange der Herr Orel nicht Parteitagdelegierter war. Dagegen waren es die Anträge dieses Herrn, die sowohl in Salzburg wie in Linz und das letztemal in Wien Anlaß zu den stürmischesten Debatten boten, so daß die Provinzdelegierten vielfach erklärten: „Unter solchen Umständen beschicken wir keinen Parteitag. Wir lassen uns vom Herrn Orel nicht zum Besten halten." Das Ganze hat aber dem Faß den Boden ausgeschlagen, als Orel anfing, die christlichsozialen Prinzipien direkt zu verleugnen und Kunschak, den bewährten Führer der christlichen Arbeiter-

schaft, in einer Weise angriff, die hinter der Kampfesweise sozialdemokratischer Blätter nach keiner Richtung hin zurückstand. Da war's genug. Trotzdem wurde aber noch gewartet, bis Orel seinen Abfall von der christlichsozialen Arbeiterschaft klipp und klar erklärte und da war es die Organisation der christlichsozialen Arbeiterschaft ihrer Ehre schuldig, daß sie sich sagte: so kann es nicht weiter gehen, die Jugendbewegung wird auf eine schiefe Bahn geleitet, wenn wir jetzt nicht eingreifen. So kam es am 15. November 1909 zur Gründung des Reichsbundes der christlichen Arbeiterjugend Österreichs. Die Nachricht von der Gründung des Reichsbundes, das muß offen gesagt werden, wurde von der erdrückenden Mehrheit der christlichsozialen Arbeiterschaft freudigst begrüßt. Die junge Organisation hat einen schönen Aufschwung genommen, sie zählt heute über 4000 Mitglieder. Damit ist der glänzendste Beweis erbracht, daß diese Organisation eine Notwendigkeit war, daß sie in richtiger Art und Weise geführt wird und unser vollstes Vertrauen verdient. Diejenigen Kollegen also, die jugendliche Mitarbeiter haben, müssen diese unbedingt dem Reichsbunde der christlichen Arbeiterjugend zuführen. Ich will hier mit dem Reichsbunde als solchen, der ja eine unpolitische Organisation ist, mich nicht weiter beschäftigen, sondern will nur auf einige Verleumdungen zu sprechen kommen, die gegen unsere christliche Arbeiter-Jugendorganisation, den Reichsbund vorgebracht werden.

Es wird zunächst gesagt, der Reichsbund sei eine persönliche Sache des Abg. Kunschak. Dies ist vollkommen unrichtig. Daß Abg. Kunschak an der Wiege des Reichsbundes gestanden ist, rechnen wir ihm, die wir ihn doch am besten kennen, als großes Verdienst an. Ebenso, daß er seine wenige freie Zeit den Interessen der christlichen Jugend widmet. Allein, es wird doch niemand behaupten wollen, daß alle die Organisationen, in denen Kunschak mitarbeitet und denen er seine Kräfte widmet, seine persönliche Sache seien. Kunschak ist der Führer der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs. Er hat in uneigennützigster Weise seine Pflicht getan auf dem Gebiete der Jugendbewegung sowohl wie überall, allein dies mußte er tun als unser Vertrauensmann. Seine Haltung wird von uns gebilligt und es ist deshalb total verfehlt, wenn man fortwährend von einer Kunschakgruppe und -Clique spricht. Desgleichen glaube ich, das Recht zu haben, zu erklären, daß die christliche Arbeiterschaft mit Leuten nichts zu tun haben kann, die unsern Führer in solcher Weise beleidigt, wie dies von Seiten des Herrn Orel und seiner Leute geschehen ist.

Weiter wird gesagt, der Reichsbund sei eine politische Organisation. Es ist dies vollkommen unrichtig. Der Reichsbund der christlichen Arbeiterjugend muß naturgemäß eine nichtpolitische Organisation sein, weil er zum größten Teile, ja der erdrückenden Mehrheit nach, jugendliche Arbeiter und Lehrlinge aller Berufsschichten umfaßt, die einer politischen Organisation überhaupt nicht angehören können. Es würde den Herren von der Gegenseite außerordentlich schwer fallen, den Nachweis für ihre Behauptung zu erbringen. Wenn man übrigens die Ausführungen des Orel'schen Organes verfolgt, muß es einen seltsam anmuten, wenn man dem Reichsbund vorwirft, er befasse sich mit Politik. Mehr wurde in der Jugendbewegung wohl noch nicht politisiert, als, solange Orel in unseren Reihen stand. Der schwerste Vorwurf, der dem Reichsbund gemacht wird, ist, er stehe auf dem Boden des Klassenkampfes. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nur die eine

Tatsache konstatieren, daß das Schlagwort vom Klassenkampfe zuerst auf einem Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft nicht von uns, sondern von Herrn Orel gefallen ist. Wir haben uns damals alle dagegen gewehrt. Nun dreht Orel den Spieß um und beschuldigt uns des Klassenkampfes. Was müssen wir denn unter Klassenkampf verstehen? Die internationale Sozialdemokratie benützt das Schlagwort vom Klassenkampf dazu, die Arbeiter in ihren Reihen zu sammeln, um sie gegenüber allen anderen Ständen auszunützen.

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkte, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen die menschliche Gesellschaft nicht weiter existieren kann, daß der technische Fortschritt, die wachsende Konzentration der Produktion und des Besitzes immer größere Kreise früher selbständiger kleingewerblicher Unternehmer und Kleinbauern immer mehr direkt oder indirekt in die Abhängigkeit von dem Kapitalismus bringt. Die Sozialdemokratie steht weiter auf dem Standpunkte, daß die Verdrängung der Einzelproduktion auch den Einzelbesitz überflüssig und schädlich macht, daß das Proletariat zum Bewußtsein gebracht werden muß, daß es diese Entwicklung fördern und beschleunigen müsse und daß der Übergang der Arbeitsmittel in den gemeinsamen Besitz das Ziel des Volkes, die Eroberung der politischen Macht das Mittel seines Kampfes für die Befreiung der Arbeiterklasse sein muß. Nur das zum Klassenbewußtsein erwachte und das zum Klassenkampfe gerüstete Proletariat könne der Träger dieser Entwicklung sein.

Verehrte Kollegen! Es wird wohl niemand behaupten wollen, daß die christlichsoziale Arbeiterschaft derlei Tendenzen gehuldigt hat. Es ist dies nicht wahr und wer das Gegenteil behauptet, der huldigt nicht christlichsozialen, sondern gegnerischen Prinzipien. Die christlichsoziale Arbeiterschaft verwirft den Klassenkampf und sagt, es liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft, daß die Kleinhandwerker und Bauern ihres Besitzes enteignet werden. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft, daß die Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse über die Leichen der Bauern und Gewerbetreibenden hinweggeht. Es liegt nicht im Interesse der Arbeiterschaft, daß das Privateigentum und die Produktionsgüter aufgehoben werden, weil wir Lohnarbeiter die Abhängigkeit, die Sklaverei, als Lohnsklaven des Großkapitalismus leider nur allzu sehr spüren und andere vor diesem Schicksal bewahren wollen. Die Lage der Arbeiter, die heute in der Industrie und im Gewerbe beschäftigt sind, würde aber durch ein erhöhtes Angebot von Arbeitskräften nur noch drückender werden und es wäre also total verfehlt, wenn wir den Klassenkampf proklamieren würden. Es ist dies aber auch nicht der Fall und im erhöhten Maße gilt dies von unserer Arbeiterjugendorganisation. Unsere Organisation der christlichsozialen Arbeiterschaft hat überall gerne und freudig mitgearbeitet, wenn es gegolten hat, für die Interessen der Gesamtheit unseres Volkes einzustehen. Sie ist vielleicht gar manchesmal in diesem Beginnen zu weit gegangen und hat ihre eigenen Interessen hintangesetzt, um ja nicht den Anschein zu erwecken, als seien wir eine einseitige Interessenvertretung. Wenn wir aber unseren jugendlichen Kollegen sagen, daß sie sich auf ihren künftigen Beruf als Arbeiter und Kämpfer für das Wohl der Arbeiterschaft vorbereiten müssen, so liegt ja darin keineswegs die Erziehung zum Klassenkampf. Wir sagen den jungen Kollegen nur, daß es in ihrem Interesse liegt, sich rechtzeitig

auf die Aufgaben als Arbeiter vorzubereiten. Wir schließen niemand von dieser Arbeit aus. In unseren Ortsgruppen am Lande draußen sitzen Lehrlinge und industrielle Arbeiter, Hacklerjungen und Bauernknechte, Bergarbeiter und Besitzersöhne in trauter Bundesfreundschaft beisammen und mir ist wenigstens nichts bekannt, daß es jemals ob dieses brüderlichen Verhältnisses Schwierigkeiten gegeben hat. Im Gegenteile, die gegenseitige Aussprache, die Freundschaft im Bunde selbst bringt es mit sich, daß die künftige Generation die Brücken finden wird, die über die einzelnen Interessengegensätze führen werden und führen müssen.

Die ganze Arbeit des Reichsbundes der christlichen Arbeiterjugend Österreichs, die wir aus eigener Anschauung kennen, ist eine derartige, daß wir schon aus dieser Arbeit sehen müssen, daß die Schlagworte der Gegner vollkommen hinfällig sind. In unserem Reichsbunde stehen Dutzende von katholischen Jünglingsvereinen mit allen möglichen Kategorien von Mitgliedern. Diese pflegen das religiöse Leben genau so, mindestens ebenso gründlich und gut, wie die Organisationen, die dem Verbande des Herrn Orel angehören, In allen Jugendorganisationen, die wir besitzen, wird auf die religiöse Schulung der Mitglieder Gewicht gelegt und werden die Mitglieder angehalten, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen. Wir wissen, daß dies notwendig ist, um den jungen Mann für die Kämpfe, die ihn im Leben erwarten, zu schulen und zu stärken. Wir legen Wert darauf, daß unsere jugendlichen Kollegen die notwendige Aufklärung über die Gewerkschaftsbewegung erhalten, damit sie einst nicht eine Beute der Sozialdemokraten werden. In unseren Organisationen wird auf die Bildungsbestrebungen großes Gewicht gelegt und Verstand und Herzensbildung gleichmäßig gewürdigt.

Ich wüßte also wirklich nicht, warum wir im Reichsbund eine Organisation des Klassenkampfes erblicken sollten. Daß er sich eine Arbeiterjugendorganisation nennt, soll dies vielleicht bereits Klassenkampf bedeuten? Ich erinnere an die herrlichen Worte, die der hochwürdige Herr General der Kalasantiner, Pater Schwarz, unseren jugendlichen Arbeitern gewidmet hat, daß wir alle Arbeiter sind, sowie derjenige gearbeitet hat, nachdem sich unsere Richtung in der Jugendbewegung christlich nennt.

Wenn dies alles zutrifft, dann, Kollegen, haben wir alle Ursache, den Reichsbund der christlichen Arbeiterjugend zu fördern und ihm behilflich zu sein, die jugendlichen Arbeiter zu sammeln und zu organisieren.

Die Förderung der christlichen Arbeiterjugendbewegung kann auf verschiedene Weise erfolgen. Die wichtigste wird wohl sein, daß wir uns bemühen, aus den Kreisen der jugendlichen Arbeiter selbst Vertrauenspersonen zu gewinnen und diese durch Verteilung der christlichen Arbeiterpresse und unserer Broschüren gründlich zu schulen. In jedem Orte finden sich junge Arbeiter, die das Vertrauen ihrer Altersfreunde besitzen. Hand in Hand muß die Gründung von Zahlstellen und Ortsgruppen und die Verbreitung der christlichen Arbeiterjugendpresse gehen. Man stellt sich manchmal die Gründung einer christlichen Arbeiterjugendorganisation viel schwerer vor, wie sie in Wirklichkeit ist. Die Leitung des Reichsbundes ist gerne bereit, an alle Kollegen, die dies wünschen, die notwendigen Materialien zur Gründung einer Zahlstelle oder Ortsgruppe zu versenden. Wenn auch manchmal am Anfange die Begeisterung groß ist, die Zahl der beitretenden Mitglieder uns anfangs überrascht, so muß man sich erst recht bemühen, einen sicheren Stock zu gewinnen, der auch dann bleibt,

wenn die Begeisterung abzuflauen beginnt. Es ist auch notwendig, daß die bereits bestehenden Jugendvereine, Jugendbündnisse, Jünglingsvereine, Burschenvereine 2c., dem Reichsbunde der christlichen Arbeiterjugend angeschlossen werden. Man muß sich diesbezüglich mit den Leitern dieser Vereine ins Einvernehmen setzen und wird in den meisten Fällen gewiß ein Erfolg zu erzielen sein. Einen großen Dienst erweisen wir der Arbeiterjugendbewegung, wenn wir den Ortsgruppen, Zahlstellen und Verbandsvereinen unsere vielfach wenig benützten Vereinslokale für ihre Zwecke überlassen. Für die jugendlichen Kollegen darf es selbstverständlich in derartigen Fällen keinen Trinkzwang geben, ja, es soll den jungen Leuten die Möglichkeit gegeben werden, ihre Unterhaltungen möglichst alkoholfrei zu veranstalten. Den jungen Kollegen fehlen vielfach die Mittel, die Bildungsbestrebungen ihrer Mitglieder zu befriedigen. Die Arbeitervereine sollen deshalb selbst Vorträge, Kurse u. dgl. veranstalten, wobei selbstverständlich auf die Verhältnisse der jugendlichen Arbeiter ganz besonderes Gewicht zu legen ist.

Großen Nutzen werden wir der Jugendorganisation verschaffen, wenn wir den Mitgliedern der Jugendorganisation vorkommendenfalls bei Streitigkeiten, die sich nämlich im Lehrverhältnisse leicht ergeben, mit den notwendigen Auskünften zur Seite stehen. Die Vertrauensmänner der Arbeiterorganisationen, die den Rechtsschutz zu handhaben pflegen, werden sich gewiß gerne der kleinen Mühe unterziehen, auch den jugendlichen Arbeitern Auskünfte zu erteilen. Sollten sich durch die bloße Intervention der Vertrauensmänner Übelstände nicht abstellen lassen, so wird eine Beschwerde an den Gewerbeinspektor oder an die Genossenschaftsbehörde gewiß den erwünschten Erfolg erzielen. An größeren Orten, an denen mehrere Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften bestehen, dürfte es sich empfehlen, gemeinsame Ausschüsse dieser Vereine zur Förderung der Arbeiterjugendbewegung zu schaffen.

Ein Kapitel für sich ist der Agitationsfond für die Jugendbewegung, der „Kunschakturm". Vor mehr als einem Jahre wurde von uns in Graz die Anregung gegeben, eine große Sammlung für die Arbeiterjugend in die Wege zu leiten. Das Ergebnis dieser Sammlung sollte unter dem Namen „Kunschakturm" zinsbringend angelegt werden, bis ein Betrag von K 10.000.—, bestehend aus Bausteinen à K 10.—, beisammen ist. Der Plan war, daß jede christliche Arbeiterorganisation einen Baustein von K 10.— widmen solle. Die Sammlung wurde eingeleitet, doch zur festgesetzten Zeit konnte die Sammlung nicht abgeschlossen werden, weil der Betrag von K 10.000.— noch nicht beisammen war. Wohl ist bereits die Hälfte beisammen und ich glaube, daß es in absehbarer Zeit, regen Eifer der Kollegen vorausgesetzt, möglich werden wird, das Ziel der Sammlung zu erreichen. Es war die Idee des „Kunschakturmes" keine persönliche Anstrudelung unseres verdienten Führers. Die Bezeichnung „Kunschakturm" wurde gewählt, weil Kunschak derjenige war, der zuerst die Idee der christlichen Sozialreform unter die Arbeiter gebracht hat und um ihn sich die Arbeiterjugend sammelte. Es ist nun Sache der Organisationen, die Sammlung für den „Kunschakturm" mit allem Eifer wieder aufzunehmen und einem glücklichen Ergebnisse zuzuführen. Es ist wohl nicht wahr, daß man nicht imstande wäre, im Laufe einer gewissen Zeit in einem noch so kleinen Vereine einen Betrag von K 10.— zu erübrigen. Wir empfehlen da besonders das System der Heimsparkassen, das sich für

kleinere Vereine ganz besonders eignet, da jedes Zehnhellerstück im Dienste der Sache wirken kann. Die Ortsgruppe Graz des Reichsbundes hat mit gutem Erfolge eine derartige Heimsparkasse eingeführt und empfiehlt dieses System bestens zur Beachtung. Eine Reihe von Kollegen hat selbst in ihre Sparkasse gegriffen und namhafte Beträge für den „Kunschakturm" gewidmet. Was diese können, muß auch anderen möglich sein. Es geschieht ja für unser Bestes, für die Jugend, für unsere Zukunft.

Werte Kollegen! Meine kurzen Ausführungen haben Ihnen den Beweis erbracht, daß es notwendig ist, eine eigene Jugendorganisation zu schaffen, daß es auch möglich geworden ist, eine solche zu gründen. Sie haben Ihnen den Weg gezeigt, der neben anderen Dingen eingeschlagen werden kann zur Förderung der Jugendbewegung und wie wir uns das finanzielle Fundament vorstellen, auf dem die Jugendorganisation aufgebaut werden muß. Kollegen, ich habe eingangs ausdrücklich gesagt, wir dürfen die Arbeiterjugendbewegung nicht allein vom organisatorischen Standpunkte aus betrachten. Es wäre dies gefehlt und könnte uns unter Umständen um den ganzen Erfolg bringen. Wir haben ja gerade in der Orelschen Bewegung den besten Beweis dafür, daß ein guter Anfang noch lange nicht genügt, die Aufgaben einer Jugendorganisation zu erfüllen. Dies ist nur dann der Fall, wenn wir, wie ich bereits andeutete, es verstehen, das Ideal des christlichen Arbeiters in die Herzen der jugendlichen Arbeiter zu pflanzen, wenn es uns gelingt, das vollste Vertrauen der jugendlichen Arbeiter nicht nur zu erlangen, sondern auch zu rechtfertigen, wenn wir es, mit einem Worte gesagt, verstehen, den jungen Kollegen die Überzeugung beizubringen, daß ihre Interessen nicht bei den Sozialdemokraten oder Deutschradikalen, sondern im Lager der christlichsozialen Arbeiter ihre besten und uneigennützigsten Vertreter finden. Sind wir einmal so weit, dann wird die Jugendorganisation in der Lage sein, unseren Reihen Verstärkung zu bringen, dann wird die Jugendorganisation wirklich das, als was sie gegründet ist: die Zukunft der christlichen Arbeiterbewegung Österreichs.

Im Sinne meiner Ausführungen gestatte ich mir, dem geehrten Parteitage nachstehende Entschließung vorzulegen:

„Der neunte Parteitag der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs ist mit der Haltung der Parteivertretung in Angelegenheit der Jugendfrage vollkommen einverstanden und begrüßt die Gründung, Haltung und Entwicklung des Reichsbundes der christlichen Arbeiterjugend Österreichs auf das Wärmste. Der Parteitag verpflichtet alle Parteiangehörigen, die arbeitende Jugend bei jeder sich bietenden Gelegenheit vor Ausbeutung und Terrorismus zu schützen, Gesetzesübertretungen energisch abzustellen und Aufklärung über die Arbeiterjugendfürsorge zu verbreiten.

Die Parteivertretung wird aufgefordert, an die christlichen Abgeordneten des österreichischen Reichsrates mit der Forderung nach Ausbau des gesetzlichen Schutzes der arbeitenden Jugend heranzutreten. Er fordert zur Förderung der Arbeiterjugendorganisation und zur Werbearbeit für den Reichsbund der christlichen Arbeiterjugend auf und empfiehlt allen Angehörigen der christlichen Arbeiterschaft:

1. Die Gründung von Zahlstellen und Ortsgruppen des Reichsbundes der christlichen Arbeiterjugend Österreichs.
2. Den Anschluß von bereits bestehenden Jugendbünden, Jünglingsvereinen, Jugendsektionen, Burschenvereinen 2c. an die Reichsorganisation.
3. Verbreitung der christlichen Jugendpresse.
4. Die Überlassung der Vereinslokale der Arbeiterorganisationen an die Jugendvereine.
5. Die Gewährung von Auskünften bei Streitigkeiten aus dem Arbeits- und Lehrverhältnisse, wie die Übermittlung berechtigter Beschwerden an die zuständigen Behörden durch die Vertrauensmänner der Arbeiterorganisation.

6. Bildung von Jugendausschüssen zur Förderung der Arbeiterjugendbewegung und
7. Eifrigste Sammelarbeit für den ‚Kunschakturm'."

In längerer Debatte besprachen die einzelnen Redner den Stand der Jugendorganisation in den verschiedenen Kronländern und sagten die eifrige Unterstützung des Reichsbundes der christlichen Arbeiterjugend Österreichs zu.

Zur Resolution wurden folgende Anträge gestellt: Punkt 2 solle lauten: „Den Anschluß . . . . an den Reichsbund" und Punkt 3: „Verbreitung der christlichen Jugendpresse, namentlich der Arbeiterjugend".

Nachdem der Referent sich den gestellten Abänderungen anschloß, erfolgte die Abstimmung, bei der der Vorsitzende die einstimmige Annahme konstatierte.

Vorsitzender **Preyer**: Wir schreiten zum letzten Punkte der Tagesordnung „Anträge und Resolutionen". Hiezu hat sich der Delegierte Dr. Pultar zum Worte gemeldet. Ich erteile ihm dasselbe.

Delegierter Dr. **Pultar**: Namens der Bezirksorganisation Wien XXI stelle ich folgenden Antrag: „Der Parteitag beschließt die Schaffung eines Wahlfonds, dessen Mittel durch ständige, beziehungsweise wiederkehrende Beiträge und durch Spenden aufgebracht werden. Die Festsetzung der Bestimmungen über die Art der Einhebung und die Höhe der Beiträge sowie die Verwendung des Fonds bleibt der Parteileitung überlassen."

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender **Preyer**: Zu einem weiteren Antrage erhält der Delegierte Ullreich das Wort.

Delegierter **Ullreich** brachte folgenden Antrag ein: „Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen zur Durchführung der politischen Organisation die Gründung von Arbeiterwähler- und Volkswahlvereinen, welche sich in der Regel auf einen Wahlbezirk erstrecken sollen."

Auch dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Vorsitzender **Preyer**: Anträge liegen keine mehr vor. Es erübrigt uns nur noch, den Ort des nächsten Parteitages festzustellen. Zu einem diesbezüglichen Antrage hat Herr Abg. Kunschak das Wort.

Delegierter Abg. **Kunschak**: Ich beantrage, den nächsten Parteitag, der zugleich der zehnte Parteitag ist, in Wien abzuhalten.

Bei der Abstimmung ergibt sich die einstimmige Annahme.

Vorsitzender **Preyer**: Zu einem weiteren Antrage Herr Abg. Kunschak.

Delegierter Abg. **Kunschak**: Meine Herren! Wir sind am Schlusse unserer Verhandlungen. In diesem Augenblicke gedenke ich unseres Führers der christlichsozialen Gesamtpartei, des Herrn Landmarschalls Prinz Liechtenstein, der stets ein warmer Freund und Förderer der christlichsozialen Arbeiterschaft war. Ich möchte beantragen, an denselben ein Begrüßungstelegramm abzusenden.

Vorsitzender **Preyer** konstatiert die einstimmige Annahme.

Vorsitzender **Preyer** schloß hierauf den Parteitag mit einer Ansprache, in der er ausführte, daß schon der gute Besuch des Parteitages gezeigt habe, daß die christliche Arbeiterschaft in Stadt und Land trotz der Niederlagen bei den letzten Reichsratswahlen von der gewohnten Begeisterung erfüllt ist; noch mehr aber kam dies im Verlaufe der verschiedenen Debatten zum

Ausdrucke. Richtunggebend für unser Verhalten in der Zukunft war besonders die Debatte und der Beschluß über unsere Taktik. Nun sind wir wieder gestärkt mit frischem Mut und neuer Begeisterung für den ferneren Kampf, der uns sicher nicht erspart bleiben wird. Der neunte Parteitag hat, wie seine Vorgänger, wieder gezeigt, daß der christliche und soziale Gedanke in Österreich stets einen Hauptträger in der christlichsozialen Arbeiterbewegung haben wird. Wir können mit Befriedigung auf die Verhandlungen zurückblicken, die soeben beendet worden sind. Redner resumierte dieselben noch kurz, worauf er den Parteitag schloß mit einem Hoch auf die christliche Arbeiterbewegung, in das die Delegierten begeistert einstimmten.

An alle Gesinnungsgenossen und Organisationen!

Nachdem die Protokolle der einzelnen Parteitage einen notwendigen Teilbestand jeder christlichen Arbeiterbibliothek bilden, sollen sie auch in keiner dieser Bibliotheken fehlen. Aber auch für die einzelnen Gesinnungsgenossen sind dieselben von großem Werte, dafür spricht schon deren Inhalt. Aus den Verhandlungsgegenständen der einzelnen Protokolle führen wir an:

V. Parteitag über: Organisation, Agitation, die politischen Rechte der Arbeiter, Arbeiterversicherung und Presse.

VI. Parteitag über: Organisation und Agitation, Wohnungsfrage und Bodenreform, Reform und Ausbau der Arbeiterversicherung.

VII. Parteitag über: Presse, Kartellwesen, die nächsten Ziele der Arbeiterschutzgesetzgebung.

VIII. Parteitag über: Die nächsten Ziele der Bodenreform, Organisation, Sozialversicherung.

Der Preis für alle fünf Protokolle beträgt 3 Kronen samt Zusendung. Die Einzelpreise sind: je 50 Heller für das Protokoll des V. und VI. und je 60 Heller für das des VII. und VIII. Parteitages.

Bestellungen sind zu richten an die Parteivertretung der christlichsozialen Arbeiterschaft Österreichs, **Wien VII, Kaiserstraße 8.**

ORGANISATIONEN UND PARTEIGENOSSEN

legen ihre Ersparnisse im

„OESTERR. ARBEITER-KREDIT"

WIEN, VII, KAISERSTRASSE 8, an.

Derzeitige Verzinsung 4 Prozent. a) **Darlehen gegen Bürgschaft oder gegen Faustpfand** (Wertpapiere, Versicherungspolizzen) oder gegen Hypothekarpfand oder gegen sichere Wechsel. — b) **Kontokorrent-Kredit** geg. Bürgschaft, Faust- oder Hypothekarpfand. — c) **Vorschüsse** auf ausstehende Geschäftsforderungen. d) **Wertpapiere**-An- und Verkauf. — e) **Spareinlagen**-Uebernahme gegen Büchel oder in laufender Rechnung Verzinsung beginnt mit dem der Einlage folgenden 1. oder 16., schliesst mit dem der Rückzahlung vorausgehenden 15. oder 30. (31.) Monatstage; Zuschlag der Zinsen zum Kapital am 1. Jänner und 1. Juli. — Spareinlagen werden bis auf weiteres mit 4 Perzent verzinst. — Die Geschäfte unter a, b, c und d darf die Genossenschaft **nur** mit ihren **Mitgliedern** machen. **Spareinlagen aber übernimmt sie von allen, auch von Nichtmitgliedern, auch außerhalb Wiens.** — Einlagen und Rückzahlungen erfolgen durch die **Postsparkasse.** — Mitglied kann jede volljährige Einzelperson sowie jede Vereinigung christlicher Arbeiter werden. Jedes Mitglied muß wenigstens einen **Stammanteil** (K 50) voll einzahlen (Monatsraten à K 5). Die Stammanteile werden nach Maßgabe des Reingewinnes bis zu 5 Perzent verzinst. — Der „Österreichische Arbeiter-Kredit hat sich der Revision durch den niederösterreichischen **Landesausschuß** unterstellt. Anfragen und Zuschriften werden unter der Adresse erbeten: **Wien, VII, Kaiserstraße Nr. 8.**

Christlich-soziale ARBEITER-ZEITUNG

mit der Beilage: „Illustriertes Unterhaltungs-Blatt"

Vorzügliches Insertionsorgan
::: Erscheint jeden Samstag :::

Unbedingt notwendige Lektüre für jeden Arbeiter u. Freund der christl.-sozial. Arbeiterbewegung

PROVINZ		
Ganzjährig	Kronen	4·50
Halbjährig	„	2·25
FÜR WIEN		
Ganzjährig	„	4·20
Halbjährig	„	2·10
AUSLAND		
Ganzjährig	„	6·20
samt Zustellung		

Zentralorgan der christl.-soz. Arbeiterschaft Österreichs ..... Wien, VII, Kaiserstraße 8

WIENER GRAPHISCHE ANSTALT

(CHRISTL. ARBEITERBUCHDRUCKEREI)

Werke, Broschüren u. Zeitungen, sämtliche Vereins- und Geschäftsdrucksorten, auch in Massen-Auflagen Illustrations-, Farbendruck Aufträge (auch aus der Provinz) sowohl in einfacher als auch künstlerischer Ausstattung werden übernommen und exakt ausgeführt.

TELEPHON 16.358

I, EBENDORFERSTRASSE 8

Christl. Arbeiterzünder

sind zu bestellen per Adresse:

k. k. priv. Österreichische Länderbank, Zündwarensektion

Wien, I, Renngasse 5.

Quantität und Preise stellen sich wie folgt: eine Kiste à 1000 Pk. (10.000 Sch.) K 105, à 500 Pk. (5000 Sch.) K 55, à 300 (3000 Sch.) K 34·50. Kiste frei, Kassa 2%, frachtfrei b. z. Bahnstat. d. Best. Der Betrag längstens innerhalb 30 Tg. einzusenden Weniger als 300 Pk. können nicht bestellt werden.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

JN
1999
C5A44
1911

Christlichsociale Arbeiterschaft Österreichs. Parteitag, 9th, Wien, 1911
Protokoll über die Verhandlungen